

Während hierzulande sinkende Infektionszahlen die Aufhebung nahezu aller mit der Pandemie verbundenen Einschränkungen ermöglichen, bleibt die Lage in Lateinamerika unvermindert dramatisch: Im Juni überschritt die Zahl der Corona-bedingten Todesfälle in Brasilien die Schwelle einer halben Million und von 100.000 in Kolumbien, während Peru die weltweit höchste Todesrate pro Kopf verzeichnet.

Sicher nicht zufällig spitzt sich parallel dazu in vielen Ländern der Region auch die politische und soziale Krise zu: Kolumbien erlebt seit Ende April eine beispiellose soziale Protestbewegung – und ihre blutige Unterdrückung. In Peru, wo auch mehr als zwei Wochen nach der Stichwahl um die Präsidentschaft noch kein offizielles Ergebnis verkündet wor-

den ist, nehmen die Spannungen zwischen den städtischen Eliten einerseits und der verarmten, vorwiegend indigenen und ländlichen Bevölkerungsmehrheit zu, die sich vom Wahlsieg von Pedro Castillo ein

EDITORIAL

Ende der bisherigen neoliberalen Politik erhofft.

Für einen solchen Richtungswechsel hat sich bereits Mitte Mai die chilenische Bevölkerung in eindrucksvoller Weise ausgesprochen und eine verfassunggebende Versammlung gewählt, die im lateinamerikanischen Musterland des Neoliberalismus neue demokratische Perspektiven eröffnen wird.

Um solche Perspektiven, die den Weg aus der aktuellen Krise weisen und die „Infektionsketten“ von Rassismus, Sexismus und Gewalt brechen können, geht es auch in den von *Leo Gabriel* zusammengestellten Beiträgen dieses Heftschwerpunkts. Ob – wie aktuell in Kolumbien – der Niedergang des Neoliberalismus gewaltsam verlaufen wird, oder ein „Gutes Leben“ für alle auf demokratischem Weg erreicht werden kann, geht auch uns an. Denn wie in der Pandemie gibt es auch auf dieser Ebene keine Lösung in einem Land allein. Diese Erkenntnis hat nicht zuletzt die Zapatistas zu ihrer „Reise für das Leben“ nach Europa bewegt. Auch wenn wir in diesem Sommer lange entbehrte Freiheiten genießen dürfen: Bleiben wir solidarisch und lernfähig! Anregende Lektüre wünscht **Hermann Klosius**.

INHALT

THEMA: PERSPEKTIVEN AUS DER KRISE

| | |
|--|----|
| Perspektiven vom Rand des Abgrunds | 4 |
| Von Leo Gabriel | |
| Die Krise der Linken | 5 |
| Von Francine Mestrum | |
| Systemkritische Bewegungen heute | 8 |
| Von Boaventura de Sousa Santos | |
| Auslandsschulden und Covid | 10 |
| Von Óscar González César | |
| Warum der Progresismo in Lateinamerika scheitert . . . | 13 |
| Von Alberto Acosta | |
| Kolumbien in Flammen | 14 |
| Von Boaventura de Sousa Santos | |

AKTUELLES & ANALYSE

| | |
|--|----|
| Kolumbien in sozialer Erschütterung | 17 |
| Von Ralf Leonhard | |
| Kokabesprühung aus der Luft – hundert Jahre Einsamkeit? | 18 |
| Von Robert Lessmann | |
| Peru: Stichwahl auf des Messers Schneide | 20 |
| Von Eny Angenvoort | |
| Mit dem Sombrero gegen die Mafias. | 21 |
| Von Hugo Cabieses Cubas | |

| | |
|--|----|
| Chile: „Wichtiger als die Wahl Allendes“ | 22 |
| Von Erhard Stackl | |
| Mapuchefamilien in Chile: Corona und Rassismus, eine unendliche Geschichte | 24 |
| Von Jürgen Schübelin | |
| Mexiko-Europa: Die seitenverkehrte „Konquista“: | 26 |
| Von Raina Zimmering | |
| Nicaragua: Ein Land in Geiselhaf. | 28 |
| Von Leo Xavier Gabriel | |
| Costa Rica: Landkonflikte im Süden. | 29 |
| Von Klaus Beisswenger | |
| Wirksamer Schutz für Indigene? | 30 |
| Von René Kuppe | |
| Guaraní-Aquifer-Abkommen in Kraft | 31 |
| Von Raban Brauner | |
| Ivan Illich. Der Mann, der die Schule abschaffen wollte. . | 33 |
| Von Gerhard Drekonja-Kornat | |
| Kurznachrichten | 34 |
| Buchbesprechungen: Revolte in Chile; Alternativen zum Kollaps, Lieder für die Feuersbrunst; Von Engels gelernt? | 36 |
| Bunny Wailer, Soul Rebel aus Trenchtown. | 39 |
| Nachruf von Werner Zips | |



PERSPEKTIVEN AM RAND DES ABGRUNDS

Linksintellektuelle auf den Spuren einer Neuen Welt

„Die Pandemie ist wie ein Brennglas, das die gesellschaftlichen Widersprüche enorm vergrößert hat“ ist eine dieser Tage in vielen Analysen wiederkehrende Redewendung. Tatsächlich ist die sozioökonomische und politische Situation in den Ländern Lateinamerikas zurzeit derart angespannt, dass die meisten Beobachter:innen des Geschehens davon ausgehen, dass eine „Rückkehr zur Normalität“ nach der Pandemie weder möglich noch wünschenswert ist. „Wir befinden uns in einem Übergang, von dem niemand weiß, wohin er uns führen wird“, sind sich die meisten Autor:innen, die sich in letzter Zeit zu Wort gemeldet haben, einig. Angesichts dieser schwierigen Lage lassen wir einige von ihnen, die teilweise in Lateinamerika und teilweise in Europa beheimatet sind, zu Wort kommen. Sie gehen der Frage nach, welche Perspektiven sich aus dieser multidimensionalen Krise für die nähere und weitere Zukunft des Kontinents ableiten lassen.

Von Leo Gabriel

So unterschiedlich die Herangehensweisen der verschiedenen Autor:innen auch sind, sind sich alle darüber einig, dass der Neoliberalismus – nicht nur, aber vor allem in Lateinamerika – ausgeht hat. Die unausgesprochene Bankrott-erklärung der rechten Regierungen lässt sich darauf zurückführen, dass der globale Kapitalismus nicht in der Lage war und ist, den gesundheitlich und ökonomisch in extreme Not und Armut geratenen Bevölkerungsmehrheiten unter die Arme zu greifen. „Rette sich, wer kann“, lautet anscheinend die Devise der Globalisierungsgewinner, die sich an den Börsen von New York und Frankfurt ins Fäustchen lachen und dabei noch staatliche Unterstützungsgelder kassieren.

Nichts zu lachen haben hingegen die 170.000 im April neu hinzugekommenen Flüchtlinge aus Zentralamerika und Mexiko, die verzweifelt an die Türen des US-Imperiums klopfen und dabei nur den zynisch anmutenden Stehsatz von Kamala Harris hören: „Kommt nicht her, bleibt daheim“. „Es wäre nett gewesen, hätte die US-Regierung zugegeben, dass ihre imperialistische Einmischung in Mittelamerika Millionen dazu gezwungen hat, in die USA zu fliehen“, kommentiert die Journalistin Suyapa Portillo.

Doch was tun? Um diese zentrale Frage zu beantworten, haben es sich die Autor:innen nicht leicht gemacht. Im Unterschied zu den meisten Aktivist:innen der zahlreichen sozialen Bewegungen Lateinamerikas, die sich oft a priori in ideologisch determinierte Utopien verlieren, setzen die Autor:innen in ihren Analysen

beim real existierenden Kräfteverhältnis zwischen den bestehenden Machtstrukturen der alteingesessenen Oligarchien, Militärs sowie transnationalen Unternehmen und den sich rasch ausbreitenden sozialen Bewegungen an.

Antisystemische Ansätze

So nimmt zum Beispiel der renommierte Soziologe und Politikwissenschaftler Boaventura de Souza Santos ein Wiedererstarken des Nationalismus mit faschistoiden Zügen gepaart mit einem kräftigen Schuss religiösem Fundamentalismus in Form von rechtsgerichteten Parteien wahr, während die progressiven linksgerichteten Kräfte immer weniger Vertrauen in das politische System und seine komplexen parteipolitischen Allianzsysteme haben. Der den Leser:innen nicht unbekanntere ehemalige Vorsitzende der konstituierenden Nationalversammlung Ecuadors Alberto Acosta wiederum hat in diesem Zusammenhang sogar einen neuen Begriff, nämlich den des *Progresismo* in die Debatte eingeführt.

Aufgestiegen dank linker Volksbewegungen, aus denen sie ihr auf Klassenkampf und Armutsbekämpfung ausgerichtetes Narrativ geschöpft haben, hätten sich die „Progresistas“ von ihrer Basis abgewendet, sobald sie an der Regierung waren. Am schlimmsten war es, so Acosta, wenn diese ihr Machtmonopol ausnützten, um ehemalige Genossen linksgerichteter Bewegungen und Parteien auszubooten oder sogar zu kriminalisieren, wie das in El Salvador, Ecuador und kürzlich erst wieder in Nicaragua der Fall war.

Demgegenüber stehen aber nach wie vor die Volksbewegungen unterschiedlicher Provenienz und Ausrichtung, deren weiter Bogen sich von den Indígenas über die Landlosen, die Menschenrechtsaktivist:innen, Klimaschützer, Gewerkschafter:innen und Frauenbewegungen spannt. Diese lassen sich nicht mit einigen mehr oder weniger großzügigen Sozialprojekten abspesen, sondern haben sich gerade in den Zeiten der Pandemie die grundsätzliche Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems zum Ziel gesetzt, analog zum Slogan der Umweltbewegung: „*Change the system, not the climate*“. Dabei kommt den meist auf ein konkretes Einzelziel gerichteten Bewegungen die Funktion eines Katalysators für eine reformorientierte Weltsicht zu.

An diesem Punkt der Diskussion erhebt sich die Frage: Wie kann aus diesen verschiedenen thematischen Schwerpunktsetzungen eine Einheit entstehen, in der sich die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen wiederfinden können? Welches innere Organisationsprinzip müsste entwickelt werden, um eine politisch wirksame, globale Kraft zu bilden, die in der Lage wäre, den übermächtig erscheinenden Institutionen wie der G7, der G20, dem Weltwirtschaftsforum, der NATO und den auf nationalstaatlichen Prinzipien aufgebauten Vereinten Nationen Paroli bieten zu können?

Als Leitbild dafür kann weder – wie beim neoliberalen Kapitalismus – auf individuelle Profitinteressen noch auf eine a priori etablierte, vertikal durchgestylte Organisationsstruktur zurückgegriffen werden, wie das im so genannten Realsozialismus der Fall war. Der zukünftigen „Linken“ – oder wie immer dieses neue Gebilde auch heißen mag – bleibt also nichts anderes übrig, als den schwierigen Weg einer Konsensfindung zu gehen, welche die internen Widersprüche nicht ausklammert, sondern offen und öffentlich ausdiskutiert.

Francine Mestrum und die internen Widersprüche

Einer dieser grundsätzlichen Widersprüche, der von der belgischen Sozialwissenschaftlerin Francine Mestrum vom *Centre Tricontinental* (CETRI) aufgegrif-

weiter Seite 12 ➔

DIE KRISE DER LINKEN

im Angesicht von Kolonialismus, Eurozentrismus und Modernität

Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise ist eine Gelegenheit, über die Zukunft nachzudenken. Dieser Artikel befasst sich mit den „linken“ oder „progressiven Kräften“ in einem sehr weiten Sinne, mit Implikationen für politische Parteien und soziale Bewegungen. Werden sie in der Lage sein, diese Gelegenheit zu ergreifen, um ihre Alternativen vorzuschlagen? Wird sie wieder einmal ungenutzt bleiben, wie es 1989 und 2008 geschah? Und vor allem: Was ist von der Linken übrig geblieben? Denken Sie an die sehr schwierigen Debatten, die durch den Staatsstreich in Bolivien ausgelöst wurden, der von einem Teil der radikalen Linken ignoriert wurde, oder an den Wahlerfolg eines indigenen Kandidaten in Ecuador. Gibt es also gute Gründe für die Annahme, dass es keine Linke oder Rechte mehr gibt? Und Eurozentrismus, Postkolonialismus, Postentwicklung, Nullwachstum? Was sollte und kann getan werden?

Von Francine Mestrum



Mobilisierungen auf der Straße sind eine Stärke der Linken (WSF, Cancún, 2012)

Lateinamerika ist ein Kontinent mit ernsthaften Identitätsproblemen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist weiß oder mestizisch, Kinder der geschmähten Kolonisation. Es ist auch der Kontinent, der sich immer durch originelles Denken ausgezeichnet hat, von José Martí bis Mariátegui, vom inneren Kolonialismus bis zum Strukturalismus und der Dependenztheorie. Wenn ich einige der Autoren studiere, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie auf der Suche nach einer neuen Theorie sind, die ihnen endlich einen festen Platz und eine Identität gibt und die den Gegensatz zwischen indigenen Wurzeln und weißer Invasion aufhebt. Sie wollen sich vom „Zerr-

spiegel“ des Eurozentrismus befreien, um einen eigenen Weg zu finden, eine andere Moderne, die manchmal eher wie eine Selbstkritik als eine Kritik am „Westen“ aussieht. Und wenn man Dussel oder de Sousa Santos liest und nicht an diese indigene Vergangenheit und Gegenwart denkt, sondern an, sagen wir, das islamische Saudi-Arabien oder den Iran, beginnt man bald an der Relevanz einiger der Ansätze zu zweifeln. Das Gleiche gilt für die Kritik an der modernen Wissenschaft, denn wer würde denken, dass ein Kräutertee so wirksam sein könnte wie ein Impfstoff gegen das Coronavirus, so wichtig manche traditionelle Medizin auch sein mag.

Und es gibt noch mehr. Mehrere Autoren haben bereits darauf hingewiesen, dass ein Großteil des Denkens von und über die indigenen Völker Lateinamerikas eine sehr seltsame Wendung genommen hat. Die Europäer, die nach Amerika kamen, dachten, sie hätten eine Art „Paradies auf Erden“ gefunden. Mit ihren Geschichten fantasierten die Europäer noch mehr über diese „neue Welt“, und alles wurde mit den in Europa vorhandenen Kategorien, vor allem der Bibel, erklärt. Diese Mechanismen sind von Jorge Magasich in „*América Mágica*“ oder von Serge Gruzinski in „*La machine à remonter le temps*“ brillant erklärt worden. Und genau dieses Denken wurde in Amerika eingeführt. Oder anders ausgedrückt: Was wirklich als „einheimisch“ gilt, ist meist europäischen Ursprungs. Das gilt bis zu einem gewissen Grad auch heute noch. Die ganze „Pachamama“-Geschichte über die nährenden (weiblichen) Erde hat sehr wenig mit dem zu tun, was die Ureinwohner denken oder dachten. Heute hat eine ganze weiße intellektuelle und materielle Industrie begonnen, den Ureinwohnern beizubringen, wer oder was ihre Götter sind, wie heilig die Erde ist und wie sie, die ursprünglichen Völker, in Harmonie mit der Natur leben können. Glücklicherweise schütteln einige Gruppen diesen vorurteilsbehafteten Einfluss ab und sind dabei, ihre eigene Weltanschauung besser sichtbar zu machen.

Letztlich lässt sich ein Großteil des Denkens auf unbewusste psychologische Notwendigkeit und gut gemeinte Täuschung der Bevölkerung reduzieren. Die Realität von Ländern wie Bolivien und Ecuador, deren linksgerichtete Präsidenten nicht zögern, weiter Öl, Gas oder Lithium zu fördern, weil sie Geld für ihre Sozialpolitik und zur Begleichung ihrer Schulden brauchen, sagt alles. Rafael Correa wies wiederholt darauf hin, dass die extensive Viehzucht, die von einigen Indigenen in seinem Land betrieben wird, die Umwelt nicht weniger verschmutzt und schädigt als der von ihm genehmigte Bergbau. Man kann kaum betteln gehen, sagte er, wenn man auf einem Sack voll Gold sitzt.

➔ von Seite 5: DIE KRISE DER LINKEN

Eine politische Krise

Dass wir unser Denken dekolonisieren müssen, dass wir alle westliche und vor allem weiße „Überlegenheit“ über Bord werfen müssen, dass wir lernen müssen, die Welt aus anderen Perspektiven als der eigenen zu betrachten, ist sicher. Keiner hat es besser erklärt als der französische Anthropologe Philippe Descola, der die Beziehung zwischen Mensch und Natur untersucht. Er lehrt uns, wie unterschiedlich und wie gleich wir sind, wie wir mit verschiedenen Ontologien leben, die jeweils hybrid und fließend sind, und wo jede für sich „eine Welt“ macht. Ganzheitlichkeit ist nicht von vornherein gegeben, sondern wird täglich neu gestaltet. Er lehrt uns auch, wie viel wir voneinander lernen können, indem wir erkennen, dass niemand, weder Schwarz noch Rot noch Gelb, die Antwort auf all unsere Fragen hat. Mensch und Natur wieder miteinander zu verbinden, das müssen wir lernen und das ist dringend notwendig, aber nicht in einer nicht vorhandenen und unerreichbaren Harmonie mit der Natur, auch nicht, indem wir den Blick darauf richten, wie die Azteken ihren Feinden die Herzen heraus schnitten. Daraus ist nichts zu lernen.

Es ist immer gefährlich, ein Leiden auf eine einzige Ursache zurückzuführen und eine einzige Folge vorherzusagen. Alle Ereignisse sind unvorhersehbar; in jedem Moment kann eine überraschende Wendung die Geschichte in eine andere Richtung schicken. Schauen Sie sich an, was das Coronavirus jetzt gerade macht. Teleologische Geschichtsschreibung ist riskant. Die Menschen haben ihre Zukunft in der Hand, das ist klar, aber sie müssen sich entscheiden, gemeinsam etwas zu tun. Es ist möglich, dass der Individualismus zu weit gegangen ist, es ist wahr, dass der Neoliberalismus, der uns seit Jahrzehnten plagt, uns glauben lässt, dass wir nur individuell, in Konkurrenz zueinander, vorankommen können. Richtig ist auch, dass wir nur gemeinsam wirklich etwas erreichen können. Die Welt, die Gesellschaft, kann zwar von uns selbst gestaltet werden, aber von allein wird sich nichts ändern. Die Eliten, die sich der besten Klassensolidarität aller Zeiten rühmen, werden alles tun, damit die Menschen am unteren Ende nie lernen zusammenzuarbeiten, wie Yuval Noah Harari uns sagt.

Der Mai '68 brachte eine Menge heiliger Kühe zu Fall. Die jungen Leute waren es leid, in einer starren und hierarchischen Umgebung zu leben. Die alten Strukturen mussten verschwinden, in Zukunft würde man es anders machen.

Dies war teilweise erfolgreich. Viele soziale Bewegungen sind immer noch dem „Horizontalismus“, dem Verzicht auf Chefs und Mehrheitsentscheidungen, verpflichtet. Das funktioniert, solange in kleinen Gruppen gearbeitet wird und genügend Zeit für Diskussionen bleibt. Es funktioniert nicht, wenn in größeren Zusammenhängen gearbeitet wird und manche Menschen weniger gutmütig sind, als nach diesen netten Prinzipien zu erwarten. Das Weltsozialforum wurde durch diesen Horizontalismus zerstört. Machtverhältnisse gibt es überall; es ist gut, sie zu erkennen und sie demokratisch zu neutralisieren. Wenn jedoch der Horizontalismus über jeden gesunden demokratischen Reflex siegt, dient er nur dazu, bestehende Machtverhältnisse zu verschleiern und zu perpetuieren.

Vom *Arabischen Frühling*, den *Indignados*, *Occupy Wall Street* und *Nuits Debout*, über die *Gelbwesten* und andere Massenbewegungen müssen wir auch fragen, wohin das führen kann. 2019 war ein Jahr der Proteste, von Hongkong bis Santiago de Chile, von Beirut bis Algier und in vielen anderen Städten. Das waren keine eintägigen Proteste, sondern monatelange anhaltende Besetzungen und Aufzeigen von Missständen. Hier und da ein kleines Zugeständnis von einer Regierung, aber insgesamt ein weiterer Misserfolg. Immer mehr junge Menschen beginnen sich zu fragen, ob Gewalt vielleicht doch der einzige Weg ist, etwas durchzusetzen. Die massiven, weltweiten Aktionen von Feministinnen am 8. und 9. März 2020 waren ein unerwarteter Erfolg. Wird dies zu neuen Gesetzen, Rechten und weniger Gewalt führen? Kann die Covid-Krise etwas zum Besseren verändern? Oder wird sie nur zu mehr Gewalt und Repression führen? Brasilien, die Philippinen, Indien, Thailand und nun auch Myanmar sind keine nachahmenswerten Vorbilder.

Eines wird zu oft vergessen: Wer Erfolg haben will, wer etwas erreichen will, muss sich organisieren, muss Strukturen und Wortführer haben. Zu Tausenden auf die Straße zu gehen ist wichtig, es politisiert, es prägt sich ein, aber politisch etwas zu erreichen, ob von einer bestehenden oder einer neu zu bildenden Regierung, ist

schwierig. Die Lehren, die hier zu ziehen sind, lassen sich am besten bei den Gewerkschaften finden, die vor über hundert Jahren mit der Organisierung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene begonnen haben. Nicht immer mit dem gleichen Erfolg, aber sie sind bis heute die einzigen glaubwürdigen Organisationen, mit denen man verhandeln kann, die etwas bewirken können, Gegenmacht sind.

Wenn es darum geht, die beiden großen aktuellen Krisen, die soziale und die ökologische, zu bewältigen, ist dies das Beispiel, dem man folgen sollte. Wir brauchen keine Predigten über Moral und Mehrdimensionalität, die Armen brauchen Einkommenssicherheit und öffentliche Dienstleistungen, die Umweltkrise erfordert eine andere Wirtschaft.

Das ist einfach zu sagen, aber schwer umzusetzen. Zwei Dinge sind sicher: Die Menschen in den reichen Ländern werden ihren Lebensstandard nicht automatisch senken. All die grünen Versprechungen von „mehr Glück“ und „mehr Wohlstand“ klingen gut, aber sie werden die Stadtbewohner nicht überzeugen, wie der Lockdown wieder einmal gezeigt hat. Und arme Länder brauchen schlicht und einfach Wachstum. Natürlich kann man darüber reden, was für ein Wachstum es sein wird, aber mit einem Bruttoinlandsprodukt von 500 Dollar pro Kopf kann man nicht sehr weit springen. Außerdem braucht eine wachsende Bevölkerung natürlich mehr Nahrung und mehr Energie.

Das bedeutet, dass wir nach Strategien suchen müssen, die die Menschen überzeugen können, und dass wir nach einem Wachstum suchen müssen, das die Nachhaltigkeit nicht gefährdet. Und das wiederum bedeutet Politik sowie eine Regierung, die auf lokaler, nationaler, kontinentaler und globaler Ebene demokratische Entscheidungen treffen kann. Und eine politische Ökologie, die die Natur in die Steuerung der Gesellschaft integriert. Denn die Klimakrise ist eine Krise der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Institutionen. Das bedeutet, dass eine Reihe von Ideen angepasst werden müssen.

Der Diebstahl der Geschichte

Es beginnt mit unserer Geschichte. Jack Goody beschrieb auf sehr interessante Weise, wie „der Westen“ seine eigene Geschichte schrieb und dabei seine Rolle stark überschätzte. Viele der Konzepte, mit denen wir leben und die wir für „typisch



Venezuelas Wahlsystem: glaubwürdig dank Modernisierung?

westlich“ halten, sind gar nicht westlich, von der Demokratie über den Kolonialismus bis zum Kapitalismus. Griechenland als die Wiege unserer Zivilisation zu betrachten, bedeutet auch, den Kontext zu ignorieren, in dem ein sehr vielfältiges Griechenland gedeihen konnte, vom Nahen Osten bis nach Nordafrika. Die Betrachtung der Vergangenheit aus der Perspektive der Gegenwart hat viele ungerechtfertigte Mythen geschaffen und stellt es so dar, als ob die Renaissance und die Aufklärung wirklich grundlegende Fortschritte waren, die dem Westen einen unbestreitbaren Vorteil und eine Überlegenheit verschafften. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein, so der Autor.

Nun ist es genau diese falsche Geschichtserzählung, die von linken und progressiven Bewegungen benutzt wird, um ihre Kritik am „Westen“ zu äußern und alle positiven Eigenschaften des Humanismus, der Moderne und der Aufklärung wegzuworfen, als ob sie nur den Rechten gefallen wollten! Indem sie ihren Glauben an Veränderung, Wissenserwerb und kollektives Handeln wegwerfen, schaufeln sich die Progressiven ihr eigenes Grab. Die Rechten können dann in aller Ruhe die Führung übernehmen.

Nochmals: Ich sage nicht, dass wir unkritisch mit dem Erbe der Vergangenheit umgehen sollten. Die ökologische Krise macht Kritik und Umdenken sicherlich sehr notwendig und dringend. Das gegenwärtige Bewusstsein und der Aktivismus der indigenen Völker weltweit kann ein Anreiz sein, unsere Systeme zu überdenken. Aber ich denke, wir müssen uns vom

einfachen Schwarz-Weiß-Denken lösen, das dem Westen die ganze Schuld zuschiebt. Es gibt sehr wenig, was wir als unsere „eigene“ Errungenschaft bezeichnen können, geschweige denn, dass wir überlegen wären, aber unsere Gesellschaftsform und der Diskurs, der ihr zugrunde liegt, können sich durchaus hören lassen. Oder anders ausgedrückt: Die Kritik des Denkens sollte

nicht zu einer Kritik nur an Westeuropa werden.

Deshalb schließe ich mich jenen Autoren an, die eine Tür oder ein Fenster offen lassen, wie z.B. Boaventura de Sousa Santos, der für die Öffnung eines weiteren analytischen Raums, für einen nicht-westlichen Westen, für eine neue Interpretation der Emanzipation plädiert. Soziale Gerechtigkeit, so argumentiert er, ist ohne kognitive Gerechtigkeit nicht möglich. Wir müssen daher lernen, auf das zu hören, was andere uns zu sagen haben, und erkennen, dass keine „Kultur“ neues Wissen aufnehmen kann, wenn es nicht mit dem alten kompatibel ist. Wir müssen uns von unserem „orthopädischen Denken“ befreien, sagt er. Wir müssen lernen, unsere Geschichte und die der anderen kritisch zu betrachten und unterschiedliche Formen der Moderne zuzulassen. Mit anderen Worten: Wir müssen nicht eine „Alternative“ zum jetzigen System erfinden, sondern ein „alternatives Denken“ entwickeln. Auf diese Weise kann der Vielfalt und dem Universalismus Rechnung getragen werden.

Das scheint mir ein guter Leitfaden zu sein, um über unsere „modernen Werte“ nachzudenken, über die Entwicklung, über die Wirtschaft, den Staat und natürlich auch über unser Verhältnis zur Natur. Die Anthropologen mit ihrem Wissen und ihrem Blick für die Vielfalt unserer Welt spielen hier eine wichtige Rolle.

Ich möchte daher zu einem Richtungswechsel aufrufen, um zu lernen, anders darüber zu denken, was uns verbindet und was uns unterscheidet. Was uns eint, ist unsere Menschlichkeit, unsere Abhängig-

keit von der Natur, nicht unsere Identität. Was uns aber auch eint, ist ein notwendiger gesellschaftlicher Kampf gegen alle Mechanismen der Unterdrückung. Deshalb dürfen wir auch die alten Kämpfe nicht vergessen. Das Kind mit dem Bade ausschütten ist nicht das, was wir brauchen. Wir müssen erkennen, dass niemand alle richtigen Antworten hat.

Und vor allem die sozialen Bewegungen, die heute so viele Initiativen ergreifen, die mit Ausdauer auf die Straße gehen, um ihrer Forderung nach sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Gerechtigkeit Nachdruck zu verleihen, müssen auch lernen, sich wieder zu organisieren, lokal, national, kontinental und global. Ohne Organisation, ohne Struktur, kann sich nichts nachhaltig verändern. Der Übergang kann in Ihrer Straße beginnen, aber er wird ohne einen gleichzeitigen globalen Ansatz nichts nützen.

Es kann nützlich sein, einige alte Autoren wieder zu lesen, wie Mariátegui oder Amílcar Cabral. Oder schauen Sie sich an, was in Bandung gesagt wurde, die Neue Internationale Wirtschaftsordnung, das „einheitliche Konzept“ der UN.

Heute hängt die Linke in den Seilen und nach und nach, unbemerkt, schließt sich die Tür des Reformismus. Die sozialen Bewegungen sind sehr schwach, weil es ihnen an Koordination mangelt. Sie klammern sich an verzweifelte Strategien, was die Spaltung nur noch vertieft. Trump, Bolsonaro und Duterte lieben, was sie sehen. Mit den Covid-Maßnahmen können die Bewegungen nicht einmal mehr auf die Straße gehen.

Es gibt einen Begriff, der uns vereinen kann, denke ich, weil er Fortschritt und Veränderung impliziert und uns Solidarität auferlegt: die Emanzipation. Es geht darum, uns individuell und kollektiv von dem zu befreien, was uns einschränkt und unterdrückt, materiell und philosophisch. Es ist immer eine Geschichte von und und, nie von oder oder. Wir müssen diese Emanzipation aus dem Staub herausholen. ■

Die aus Belgien stammende Sozialwissenschaftlerin Francine Mestrum forscht seit Jahrzehnten über die soziale Entwicklung, Armut, Ungleichheit, Globalisierung und Geschlechterbeziehungen in Lateinamerika. Sie ist Koordinatorin von *Global Social Justice*, Mitglied des *Transnational Institute* in Amsterdam und vertritt CETRI (*Centre Tricontinental*) nach dem Ableben von Francois Houtart im Internationalen Rat des Weltsocialforums.

SYSTEMKRITISCHE BEWEGUNGEN HEUTE

Von Boaventura de Sousa Santos

Welche Anti-System-Bewegungen gibt es heutzutage? Es ist notwendig, zwischen linken und rechten Bewegungen zu unterscheiden. Was die linken Bewegungen betrifft, haben sich die alten revolutionären Bewegungen in demokratische und reformistische Parteien gewandelt. Der antikapitalistische Kampf wurde zum Kampf für umfassende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, und der Kampf gegen die liberale Demokratie wurde zum Kampf für die Radikalisierung der Demokratie: gegen den Abbau der liberalen Demokratie, für die Verbindung zwischen repräsentativer und partizipativer Demokratie, für die Verteidigung der kulturellen Vielfalt, gegen Rassismus, Sexismus und neuen/alten Kolonialismus.

Diese Parteien hörten also auf, systemfeindlich zu sein, und begannen, für progressive Transformationen des liberaldemokratischen Systems zu kämpfen, während die linken Anti-System-Bewegungen weiter existierten, aber per Definition außerhalb des Parteiensystems. Man kann sogar sagen, dass sie sich ausgeweitet haben, angesichts der wachsenden sozialen Unruhen, die durch die bedingungslose Unterordnung der Demokratie unter den Kapitalismus und auch wegen der Unfähigkeit der linken Parteien, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, ausgelöst wurden. Sie fand in widerwärtiger sozialer Ungleichheit, rassistischer und sexueller Diskriminierung, einer drohenden ökologischen Katastrophe, endemischer Korruption und irregulären Kriegen ihren Niederschlag. Auf die alten revolutionären und gewerkschaftlichen Bewegungen folgten neue soziale Bewegungen auf lokaler, nationaler und sogar globaler Ebene (*Via Campesina*, *Weltmarsch der Frauen* und verschiedene globale Koalitionen, die innerhalb und außerhalb des Weltsozialforums entstanden, das 2001 zum ersten Mal in Brasilien tagte).

Es entstanden neue soziale Akteure, nämlich feministische, indigene, ökologische, LGBTIQ-, gemeinwirtschaftliche und afro-deszendente Bewegungen. Viele dieser Bewegungen haben antikapitalistische Ziele und streben radikale Formen der Demokratie an. Einige von ihnen haben es

geschafft, diese Ziele auf lokaler Ebene zu erreichen und wurden so zu realistischen Utopien. Bisher waren sie nicht in der Lage, einen beständigeren politischen Einfluss auszuüben, weder auf nationaler noch auf globaler Ebene, aufgrund von Schwierigkeiten bei der über das Lokale hinausgehenden Organisation und der Tatsache, dass das liberal-demokratische politische System von Parteien monopolisiert wird.

Es sind friedliche Bewegungen, die sich von der Idee der interkulturellen Demokratie leiten lassen und von der Aufwertung der lokalen Wirtschaftsformen und des angestammten Wissens der bäuerlichen, indigenen und, im amerikanischen Kontext, afro-deszendenten Gemeinschaften.

Gleichzeitig gewannen in der letzten Periode auch rechtsgerichtete Anti-System-Bewegungen (die extreme Rechte) neuen Schwung. Die Niederlage des Nazismus und des Faschismus (in Portugal 1974-76 und Spanien 1975-78) war überwältigend. Wenn sie überlebten, dann in einer sehr abgeschwächten Form, wie im Fall des Peronismus in Argentinien und des Varguismus in Brasilien, ohne Diktatur oder Verherrlichung von politischer Gewalt oder Rassenhass. Es war dieses hybride System, das ursprünglich Populismus genannt wurde. Nach 1989 erlebten wir das Auftauchen oder die wachsende Sichtbarkeit rechtsextremer Gruppen, die fast immer in Rhetorik und Aktionen von Rassenhass und Gewalt verwickelt waren. Dieses Wachstum ist in den Vereinigten Staaten besonders signifikant.¹ Viele dieser Bewegungen blieben illegal oder erkundeten Grau- oder Hybridbereiche, die ich als Gesetzlosigkeit bezeichnet habe.

Neue rechtsextreme Aggressivität

In den letzten zwanzig Jahren nahmen diese Gruppen eine neue Aggressivität an, indem sie Legalität und ihre eigene Umwandlung in Parteien anstrebten, die sie mit sprachlichen Kunstgriffen und der Komplizenschaft der Gerichte zu legalisieren vermochten. Als dies geschah, unterhielten sie klandestine Strukturen, die formal von der Parteistruktur getrennt waren, sich aber organisch als Quellen der politischen Mobilisierung strukturierten, die die Parteien selbst nicht gewährleisten

können. Mit dem Machtantritt von Donald Trump bekamen rechtsextreme Bewegungen neuen Auftrieb und diversifizierten sich intern. In der Zwischenzeit hatten amerikanische rechtsextreme Gruppen und Milizen zugenommen, besonders nachdem Barak Obama an die Macht kam.

Das angesehene *Southern Poverty Law Center* identifizierte im Jahr 2020 838 „Hassgruppen“. Einige sind Nazis, schwer bewaffnet, und berufen sich auf das Erbe der rassistischen Lynchbewegungen des 19. Jahrhunderts (*Ku-Klux-Klan*)². Außerhalb der Vereinigten Staaten nähern sich paramilitärische Gruppen und Milizen in Kolumbien, Brasilien, Indonesien und Indien der institutionellen Macht an. Andererseits haben sie eine globale Dimension angenommen, die vorher nicht vorhanden oder nicht sichtbar war. Der in Europa und Amerika berüchtigste Agent dieser Kräfte ist Steve Bannon, eine finstere und kriminelle Figur, die von entweder naiven oder verbündeten Medien umschmeichelt wurde.

Diese Bewegungen erobern den sozialen Raum nicht durch die Verherrlichung von Nazi-Symbolen (auf die sie auch zurückgreifen), sondern durch die Ausnutzung des sozialen Unbehagens, das die zunehmende Unterordnung der Demokratie unter den Kapitalismus hervorruft. Mit anderen Worten, sie nutzen dieselben sozialen Bedingungen aus, die auch die linken Anti-System-Bewegungen mobilisieren. Doch während für letztere die sozialen Unruhen gerade aus der Unterwerfung der Demokratie unter die Forderungen des Kapitalismus resultieren, die mit dem demokratischen Spiel zunehmend unvereinbar sind, ergeben sich für die rechtsextremen Bewegungen die Unruhen aus der Demokratie und nicht aus dem Kapitalismus.

Deshalb wird die extreme Rechte, wie in den 1930er Jahren, von Teilen des Kapitals verwöhnt, geschützt und finanziert, insbesondere vom Finanzkapital, dem unsozialsten aller Kapitalektoren. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen. Erstens: Warum ist die extreme Rechte jetzt wieder auf dem Vormarsch, wenn es, anders als in den 1920er, 1930er Jahren, keine kommunistische Bedrohung und keinen großen gewerkschaftlichen Aktivismus gibt?

Diese Bedrohung war eine der Antworten auf die schwere soziale und wirtschaftliche Krise, die damals herrschte. Heute gibt es diese Reaktion nicht mehr, aber die Krise der kommenden Jahre droht genauso ernst zu werden wie die von damals. Die globalen kapitalistischen *Think Tanks* (einschließlich der chinesischen) haben auf die Gefahr der politischen Destabilisierung aufgrund der drohenden sozialen und wirtschaftlichen Krise hingewiesen, die nun durch die Pandemie verschärft wird. Sie wissen, dass das Fehlen von antikapitalistischen oder postkapitalistischen Alternativen nicht endgültig ist. Sie können auf lange Sicht entstehen, und es ist besser, auf Nummer sicher zu gehen.

Staaten wird die Mitte-Rechts-Partei der Demokraten als radikale Linke angegriffen, die verwirrender Weise mit dem Großkapital und den Informations- und Kommunikationstechnologien verbunden ist. In Brasilien spricht die extreme Rechte an der Macht von der Gefahr des „kulturellen Marxismus“, ein Nazi-Slogan, mit dem jüdische Intellektuelle verteufelt wurden.

Das Ziel ist, die Übereinstimmung der Demokratie mit dem Kapitalismus zu maximieren, indem sie ihres sozialen Inhalts entleert, schwach im Schutz und stark in der Repression wird. Die *Think Tanks* wissen, dass all diese Pläne unsicher sind und dass die systemfeindlichen linken Bewe-

geben sie diese friedlich ab, wenn sie die Wahlen verlieren. Anfangs haben sie die Unterstützung der Mainstream-Medien und ab einem gewissen Punkt Gefolgsleute in den sozialen Medien, die von der Logik der Post-Wahrheit und „alternativen Fakten“ berauscht sind. Noch vor jedem diktatorischen Ergebnis hat die heutige extreme Rechte zwei grundlegende Komponenten des Nazi-Faschismus: die Verherrlichung politischer Gewalt und den Diskurs des Rassenhasses gegen Minderheiten.

Nur die Diktatur fehlt, aber einige loben die Folter (Jair Bolsonaro in Brasilien) und fördern außergerichtliche Hinrichtungen (Rodrigo Duterte auf den Philippinen). Die Gefahr dieser beiden Komponenten kann durch drei Faktoren maximiert werden:

Erstens die Komplizenschaft der Gerichte mit einem fehlgeleiteten (oder schlimmeren) Verständnis von Redefreiheit.

Zweitens die Blendung der Medien mit der „unkonventionellen“ Rhetorik der Profaschisten und die Prominenz rechter Ideologen, die die politische Botschaft, die sie befürworten, künstlich von dem trennen, was sie für entbehrliche Exzesse halten (lebenslange Haft, Sterilisierung von Pädophilen, Abschiebung von Einwanderern, Segregation von Minderheiten), und dabei die Tatsache ausblenden, dass es genau diese „Exzesse“ sind, die einen Teil der Anhänger:innen anziehen.

Drittens die Legitimation durch gemäßigte rechte Politiker, die sie zu Partnern in der Regierung machen, in der Hoffnung, solche Auswüchse abmildern zu können. Im vornazistischen Deutschland erlangte Franz von Papen traurige Berühmtheit, der 1933 eine entscheidende Rolle bei der Überwindung des Widerstands von Reichspräsident Paul von Hindenburg gegen die Ernennung Hitlers zum Regierungschef spielte und sich, nachdem er selbst in diese Regierung eingetreten war, als völlig unfähig erwies, die „Dynamik“ des Nazi-Putsches zu kontrollieren.

Die Verteidigung der Demokratie

Die Verteidigung der Demokratie gegen die extreme Rechte beinhaltet viele Strategien, einige kurzfristig, andere mittelfristig. Kurzfristig Illegalisierung, sobald die Verfassung verletzt wird, politische Isolierung und Aufmerksamkeit bezüglich



Foto: Leo Gabriel

Gefahr für die Demokratie bei Unterwanderung von rechts (Polizei in Cancún, Mexiko)

Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung

Die Antwort hat mehrere Ebenen. Die tiefgreifendste ist die Perfektionierung des Überwachungskapitalismus, der mit der vierten industriellen Revolution (künstliche Intelligenz) die Entwicklung von effektiven und präziseren Kontrollen der Bevölkerung als je zuvor ermöglicht. Auf einer eher oberflächlichen Ebene wird eine einschüchternde, antidemokratische, rassistische und sexistische Ideologie gefördert. Die Sprache der Vergangenheit ist in diesem Fall wirksamer als die der Gegenwart, und so spricht die Rhetorik der extremen Rechten von der neuen kommunistischen Gefahr, die sie sowohl in demokratischen Regierungen als auch im Vatikan von Papst Franziskus sieht. In den Vereinigten

Staatungen sie auf den Müllhaufen der Geschichte werfen können. Daher ist Vorbeugen besser als Heilen.

Zweite Frage: Hat die extreme Rechte eine faschistische oder einfach nur eine autoritäre Ausrichtung? Die extreme Rechte ist weder monolithisch noch kann sie ausschließlich nach ihrem rechtlichen Auftreten bewertet werden. Daraus ergibt sich die Komplexität der Beurteilung. Die Geschichte lehrt uns, dass die liberale Demokratie sich nicht gegen Antidemokraten zu wehren weiß, und im Übrigen wurden seit 1945 noch nie so oft Antidemokraten in hohe Ämter gewählt wie heute. Sie sind Antidemokraten, weil sie der Demokratie nicht dienen, sondern sie benutzen, um an die Macht zu kommen (wie Hitler), und wenn sie einmal an der Macht sind, üben sie diese weder demokratisch aus, noch

⇒ von Seite 9: SYSTEMKRITISCHE BEWEGUNGEN

der Unterwanderung von Polizei, Armee und Medien.

Mittelfristig politische Reformen, die die Demokratie wiederbeleben; eine robuste Sozialpolitik, die die Rhetorik, „niemanden und keine Region des Landes zurückzulassen“, wirksam werden lässt; in einem Land wie Portugal eine politische Verurteilung der Verbrechen des Faschismus und des Kolonialismus, um die Geschichte und das Bildungswesen zu dekolonisieren; Förderung neuer Formen kultureller Bürgerschaft und Achtung der daraus resultierenden Vielfalt. Bedrängt von der globalen Ideologie der extremen Rechten, wird die Demokratie im öffentlichen Raum leicht sterben, wenn sie sich nicht in das materielle Wohlergehen von Familien und Gemeinschaften übersetzt. Nur so kann die Demokratie verhindern, dass der Respekt Hass und Gewalt und die Würde der Demütigung und Gleichgültigkeit weicht. ■

Der aus Portugal stammende Professor Boaventura de Sousa Santos (geb. 1940 in Coimbra) ist ein wichtiger Entwicklungsforscher und der vielleicht einflussreichste lebende Rechtssoziologe. Im Zentrum seines über 100 Titel umfassenden akademischen Werks stehen die soziokulturellen Prozesse des Südens, vor allem Lateinamerikas. Den ursprünglich von Antoni Aguiló und José Luis Exeni Rodríguez vom Portugiesischen ins Spanische übersetzten Text hat Hermann Klosius ins Deutsche übertragen.

¹ Siehe *Center for Strategic and International Studies 2020 Report*, „The Escalating Terrorism Problem in the United States“, verfasst von Seth Jones, Catrina Doxsee und Nicholas Harrington. Verfügbar unter https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/publication/200612_Jones_DomesticTerrorism_v6.pdf

² Verfügbar unter <https://www.splcenter.org/hate-map>

AUSLANDSSCHULDEN UND COVID

Wenn die Auslandsschulden unbezahlbar sind, warum und wozu steigen sie durch das exponentielle Wachstum der Zinsen immer weiter an?

Von Óscar González César

Tragödien, Dramen, Komödien und sogar Kriege haben sich zwischen Gläubigern und Schuldern abgespielt. Über diese komplizierten Themen finden wir in der Literatur einige der berühmtesten Werke von Autoren wie Balzac, Moliere, Dickens, Quevedo, Lope und natürlich Shakespeare. Ein sehr bekanntes ist *Der Kaufmann von Venedig*, in dem Shylock, der Geldverleiher, versucht, mit einem Pfund Fleisch, nämlich dessen Herz, die unbezahlbaren Schulden eines bankrotten Kaufmanns einzutreiben. Im Falle Mexikos führte das „Moratorium“, das Juárez 1861 verkündete, zum Krieg mit dem Frankreich von „Napoleon dem Kleinen“. Letzterer setzte dann den „Kaiser“ Maximilian von Habsburg durch, eine Episode, die glücklich mit der Hinrichtung des Österreichers endete, der wie seine verrückte Frau am Ende nicht mehr wusste, wo er war (Lektüre zu dieser dramatischen Geschichte: *News of the Empire* von Fernando del Paso).

Es gibt, wie wir wissen, vielfältige und unterschiedliche Arten von Schulden: individuelle und gruppenbezogene, persönliche und kollektive, kleine und riesige, interne und externe, nationale und internationale; es gibt sogar „erbliche, postmortale Schulden“. Der sozioökonomische Status von Menschen, Unternehmen und Nationen wird in vielen Fällen anhand ihrer Vermögenssituation bewertet („Wieviel du hast, so viel bist du wert“). Vermögen, Verbindlichkeiten, Vorgeschichte, Aufzeichnungen, Akten und Schulden sind Elemente, die zu berücksichtigen sind, um Kredite und Geld freizugeben oder wiederzuerlangen, eine Aufgabe, die auf staatlicher Ebene heutzutage von den Ratingagenturen wahrgenommen wird.

Es gibt eine lange und alte Geschichte von Banken und Bankern, von pflichtbewussten und säumigen, insolventen, bankrotten, betrügerischen Schuldern und von gefräßigen Gläubigern. Es ist schwer sich vorzustellen, wie die Welt ohne Geld, ohne

Kredit, ohne Papier- oder Münzgeld ... ohne Schulden aussehen würde. Von Gold und Silber bis hin zu Stein, Ton und Kakao waren Tauschmittel in allen Zeitaltern und Zivilisationen Teil des Erwerbs, der Produktion und des Handels von Waren und Dienstleistungen aller Art. Gordon Childe behauptet, dass der Handel seit prähistorischen Zeiten nie Grenzen anerkannt hat. Und das Geld, das nicht nur ein Tauschmittel ist, wurde selbst zur Ware, zur „Ware schlechthin“.

Wenn Auslandsschulden, egal ob von reichen oder armen Nationen, technisch, wirtschaftlich und politisch unbezahlbar sind, warum steigen sie dann aufgrund des exponentiellen Wachstums der Zinsen immer weiter an? Die einfachste und direkteste Erklärung ist, dass die Zahlung von Schuldzinsen für arme Länder in Wirklichkeit eine Steuer oder ein Tribut ist, den die Neokolonisatoren den (immer noch) Kolonisierten auferlegen, und zwar durch eigens dafür entwickelte finanzielle Mechanismen. An wen und wozu bezahlen aber die reichen Länder, wenn sie doch ihre eigenen Schuldner und Gläubiger sind und auch die internationalen Finanzinstitutionen kontrollieren?

Ein umfangreiches Arsenal wirtschaftlicher und politischer Werke über Kredit, Bankwesen, Kreditvergabe und Schulden füllt Bibliotheken. Wer beschäftigt sich in unseren digitalen Zeiten wie mit diesen Fragen, die sich letztlich alle auf die ursprüngliche Akkumulation und Reproduktion des Kapitals beziehen, im Großen wie im Kleinen, unabhängig von politischen Regimen und Wirtschaftsmodellen? Das Thema ist so aktuell und so umfangreich, dass wir Bände mit Zahlen und Daten füllen könnten, die eine Legion von Finanz-„Experten“ täglich produziert. Es macht aber Sinn, einige Möglichkeiten zu untersuchen, wie man mit diesem komplexen Problem umgehen kann, das gerade durch die Covid-bedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrise an Bedeutung gewonnen hat.

Die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) wurden im Jahr 1944 in Bretton Woods (USA) gegründet, um direkt und indirekt Druck auf eine große Anzahl von Schuldnerländern auszuüben. Seitdem haben die beiden Institutionen ein weites Netz von Tochter-

gesellschaften aufgebaut. Es wäre langwierig, die Geschichte und die Personen durchzugehen, die an der Spitze der WB und des IWF gestanden haben. Um nicht zu weit zurückzugehen, können wir die letzten vier „Charaktere“ an der Spitze der Weltbank erwähnen: Paul Wolfowitz (2005-2007); Robert Zoellick (2007-2012); Jim Yong Kim, ebenfalls Amerikaner (2012-2019) und David Malpass (seit 2019). Aber ihnen vorangehend hatte die 1997 von einigen Honoratioren gegründete neokonservative Lobbygruppe PNAC (*Project for a New American Century*) entscheidenden Einfluss auf Definition und Betrieb der internationalen Finanzinstitutionen. Ihr gehörten unter anderem Donald Rumsfeld (Verteidigungsminister ab 2001), Dick Cheney (damals Chef von Halliburton und US-Vizepräsident ab 2001), Jeb Bush (Bruder von George W. Bush), Richard Pearle und Robert Kagan an.

Wie hat sich die aktuelle Kredit- und Schuldenkrise auf die Länder des Nordens und die des Südens ausgewirkt? Wie stehen WB, IWF und Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) angesichts der bekannten Polarisierung von Reichtum und Armut zum außerordentlichen Anstieg der Zinszahlungen? Wer hat eigenes oder geliehenes Geld, um Lebensmittel, Industriegüter, Technologien und jetzt auch Impfstoffe zu produzieren oder zu kaufen und um die neuen, durch die Pandemie entstandenen Ausgaben zu bewältigen? Welche Länder werden früher oder später bankrottgehen?

Angesichts einer andauernden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Notlage ist unbestreitbar, dass wieder einmal „die vorne zu schnell laufen und die hinten zurückbleiben“, wie es in einem Kinderlied heißt. Ohne Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sind die für Gesundheit zuständigen UN-Organisationen weitgehend überfordert, während die wirtschaftlichen und finanziellen Sonderorganisationen bekanntermaßen außerhalb des UN-Systems agieren. Es gibt weder die technischen und finanziellen Kapazitäten noch den Willen der stärksten Länder, einen globalen Aktionsplan zu entwerfen und voranzutreiben. Es gibt keine Weltregierung. Und alles deutet darauf hin, dass es auf unabsehbare Zeit keine geben wird. Was tun?



Karikatur aus der bolivianischen Tageszeitung La Razón

Im Augenblick lassen die sogenannten „Auslandsschulden“ den ungleichsten, marginalisiertesten Ländern der Welt offenbar keine Möglichkeit, die Lebensbedingungen ihrer Bewohner:innen, der neuerdings so genannten „nutzlosen Masse“, zu verändern. Das verhindert allein schon die Erhebung von Verzugszinsen, die den Schuldendienst exponentiell ansteigen lassen. Da ihnen Nahrung und Impfstoffe fehlen, werden die Gläubigerbanken und Regierungen vielleicht bald niemanden mehr haben, von dem sie Geld eintreiben können. Und doch zeigt uns die Erfahrung, dass die Mächtigen mit einer imperialen Berufung ihre Schulden eintreiben, indem sie die natürlichen Ressourcen der Schuldner (Öl, Gas, Mineralien, Wasser, Wälder) direkt ausbeuten.

Eric Toussaint, eine weltweite Autorität auf diesem Gebiet, der die „Unbezahlbarkeit“ der Auslandsschulden der großen Mehrheit der Länder des Südens ausgiebig erforscht hat, schrieb: „Staaten können einseitig die Aussetzung der Schuldentrückzahlung anordnen und sich dabei auf das Völkerrecht und insbesondere auf drei Argumente berufen: 1. Notstand, 2. grundlegende Änderung der Umstände und 3. höhere Gewalt.“

Die Gründe und Argumente sind vielfältig, aber die Logik beider Parteien, Gläubiger und Schuldner, ist unerbittlich: „Du bezahlst mich oder ich treibe die Schuld über deine natürlichen Ressourcen ein“, sagt der Starke. „Ich habe nicht das

Geld, um Sie zu bezahlen, ich werde mich wehren“, sagt der Schwache. Was wie ein absurdes und sogar komisches Spiel erscheint, ist bei steigenden Zinsen eher tragisch. Bei der Veröffentlichung des Berichts „Finanzierung für Nachhaltige Entwicklung 2021“ erklärte die UN-Untergeneralsekretärin Amina Mohammed, dass die Weltwirtschaft die schlimmste Rezession seit 90 Jahren erlebt hat, wobei die Schwächsten der Gesellschaften unverhältnismäßig stark betroffen sind:

„Schätzungsweise 114 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, und etwa 120 Millionen Menschen wurden in extreme Armut zurückgeworfen... Die sehr ungleiche Reaktion auf die Pandemie hat die ohnehin schon enormen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sowohl innerhalb als auch zwischen verschiedenen Völkern und Nationen noch vergrößert. Die historischen 16 Billionen Dollar an Konjunktur- und Wiederaufbaumitteln, die die Länder in die Bewältigung der Coronavirus-Krise gesteckt haben, halfen, die schlimmsten Auswirkungen abzuwenden, aber weniger als 20 Prozent davon wurden in Entwicklungsländern ausgegeben. Etwa die Hälfte der am wenigsten entwickelten Länder und andere einkommensschwache Länder waren vor Covid-19 hochgradig gefährdet oder stark verschuldet, und angesichts sinkender Steuereinnahmen hat die Pandemie die Schuldenstände in die Höhe schnellen lassen.“

⇒ von Seite 11: AUSLANDSSCHULDEN UND COVID

In welchem Ausmaß hat die Pandemie die „Schuldenstände“ hochschießen lassen? Über alle Einkommensgruppen hinweg wird erwartet, dass die Schulden jetzt 274 Prozent des globalen BIP ausmachen. In Afrika sieht es sehr schlecht aus. Aber in Lateinamerika ist es nicht viel besser. Dieser Kontinent mit 8,4 % der Weltbevölkerung und einem Rückgang des BIP um 7,7 % im Jahr 2020 ist für 30% der weltweiten Covid-19-Todesfälle verantwortlich. Die Region bleibt zudem „die am höchsten verschuldete der Welt“.

Wie zu Zeiten der alten Römer und Feudalherren haben die neuen Imperialisten das Schema nicht wesentlich verändert; sie treiben Tribut mit beiden Händen ein, in der einen das Kreuz, in der anderen das Schwert. Durch Hunger oder durch Krieg, „wer nicht zahlt, stirbt“. Wie soll man zahlen? Womit? Denken wir daran, dass es öffentliche und private, interne und externe Schulden gibt. Das unerbittliche Kapital ruht in beiden Fällen nicht. Der Arbeiter ist eine Produktionsmaschine. Der private Eigentümer und der verschuldete Staat kassieren den Mehrwert. Der Staat und die Gläubiger sammeln und konzentrieren ihn. Als Teil des Kapitalzyklus verleihen sie wieder und reproduzieren so den Mehrwert. Die grundlegenden Kriterien der Eigentümer des Geldes werden nicht aufgegeben. Um diese Herausforderung anzugehen, schlägt der oben erwähnte UN-Bericht u.a. vor:

- ◆Bereitstellung von extrem langfristigen Finanzierungen, z.B. mehr als 50 Jahre, für Entwicklungsländer zu festen Zinssätzen, um die derzeit historisch niedrigen Zinssätze zu nutzen.

- ◆Neuorientierung der Kapitalmärkte auf nachhaltige Entwicklung, indem z.B. kurzfristige Anreize entlang der Investitionskette beseitigt werden.

Man fragt sich, wie durchführbar die Anwendung solcher Maßnahmen sein kann, da der Neoliberalismus der letzten vier Jahrzehnte in den meisten Ländern des Südens zu wirtschaftlicher Lähmung und extremer Armut geführt hat. Wäre es aus einer elementaren Logik des Widerstands und des Überlebens heraus nicht angebracht, Entscheidungen zu fördern, die wir nicht institutionell, sondern einfach rein „politisch“ nennen könnten, nämlich die offene Rebellion und die entschiedene Ablehnung der Zahlung von Auslandsschul-

den? Wie Toussaint richtig feststellt, hat sich ein breites Spektrum von Staats- und Regierungschefs der Ablehnung der Schulden angeschlossen, auch wenn sie noch keine ausreichende politische Koordination erreicht haben. Es bleibt die Frage: Warum wagen sie es nicht, eine solche berechtigte und legitime politische Entscheidung jetzt in die Tat umzusetzen? Es geht nicht nur darum, zu unterschreiben und zu erklären, sondern zu entscheiden und zu handeln, und zwar mit der breitesten Unterstützung und Mobilisierung der Bevölkerung.

Die Forderung nach Schuldenstreichung steht anlässlich dieser globalen Gesundheitskrise erneut im Vordergrund. Mitte März 2020 hatte ein Dutzend ehemaliger lateinamerikanischer Präsidenten einen entsprechenden Aufruf gemacht. Am 23. März forderte eine große Mehrheit der Nationalversammlung von Ecuador einen Zusammenschluss der lateinamerikanischen Regierungen, um die Zahlung der Schulden auszusetzen. Ende März forderten die Vertreter der CEMAC (Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten) den Erlass der Auslandsschulden ihrer jeweiligen Länder. Am 4. April forderte der senegalesische Präsident Macky Sall den Erlass der Staatsschulden Afrikas.

All das wäre nur anekdotisch, würde es sich nicht um zweifellos ernstzunehmende und nachprüfbar Fakten handeln, die uns den Handlungsbedarf vor Augen führen. Der einzige Wirtschaftsfaktor, der niemals ruht, ist das Geld. Was tun, wenn es nur gehortet und nicht in Umlauf gebracht wird? Wenn nicht einmal die minimalen Zinsen zum Geldwerterhalt eingenommen werden können, wird sich dann als ultimative Realität nicht der Bankrott der kleinen Schuldner:innen, sondern jener der großen Gläubiger:innen einstellen? Wird das Geld (das *Exkrement des Teufels*, wie Leon Bloy schrieb) seinen ganzen Wert verloren haben und niemand wird es haben wollen? Kann die Realität die Fiktion noch einmal übertreffen? Hoffen wir, dass dies eher früher als später geschieht: zurück zum Tauschhandel, zur glücklichen Vorgeschichte des rousseau'schen „guten Wilden“? Warum nicht?■

Óscar González César, Diplomat und Dichter, studierte (internationales) Recht und Politikwissenschaft an der UNAM und an der New York University. Seine Arbeit konzentriert sich hauptsächlich auf die Menschenrechte. Übersetzung und Kürzung: Jürgen Kreuzroither

⇒ von Seite 4: PERSPEKTIVEN AUS DER KRISE

fen wurde, ist die so genannte „Modernität“. Hier stehen zum Beispiel die antikolonialen indigenen Bewegungen, aber vor allem die etwas puristisch ausgerichteten Umweltorganisationen den traditionellen Gewerkschaften und Bauernorganisationen gegenüber. Aber auch die auf das Nullwachstum ausgerichtete Solidarökonomie hat es nicht immer leicht, sich gegen die Verfechter einer postindustriellen, digitalisierten Fortschrittsgläubigkeit durchzusetzen.

Gemeinsame Stoßrichtungen

Trotzdem gibt es nicht wenige Gemeinsamkeiten, die von (fast) allen zivilgesellschaftlichen Organisationen mitgetragen werden, wie z.B. die angesichts der Pandemie wieder in Gang gekommene Kampagne für einen Schuldenerlass in den Ländern des globalen Südens, deren Logik von Óscar González, dem mexikanischen Vertreter des Weltsozialforums, hier wiedergegeben wird.

Neben den buchstäblich unter Beschuss gekommenen Menschenrechten, wie Boaventura dos Santos anhand des Beispiels Kolumbien auf eindrucksvolle Weise beschreibt, ist auch eine fundamentale Erneuerung der Staatsform im Rahmen von konstituierenden Nationalversammlungen, wie sie derzeit in Chile, Kolumbien, El Salvador, Brasilien und laut Hugo Cabieses auch vom ökosozialistischen Ansatz des neuen Präsidenten in Peru vorangetrieben wird, die große Klammer, auf die sich die überwiegende Mehrzahl der sozialen Bewegungen einigen können.

Ob sich allerdings eine globale zivilgesellschaftliche Versammlung bereits während des für Ende April 2022 geplanten Weltsozialforums realisieren lassen wird, steht noch in den Sternen.■

AM BEISPIEL ECUADOR: WARUM DER PROGRESISMO IN LATEINAMERIKA SCHEITERT

In Ecuador hat nicht einfach die Linke gegen die Rechte verloren, schreibt der Ökonom, Ex-Minister und ehemalige Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung Alberto Acosta. Die Niederlage von Andrés Arauz steht für die Schwächung und sogar das Scheitern des lateinamerikanischen *Progresismo*, also der sogenannten linken Parteien und Staatschefs von Venezuela über Brasilien bis Bolivien, die einst weltweit Begeisterung ausgelöst haben.

Von Alberto Acosta

Nachrichten der Mainstream-Presse und politische Analyst:innen aller politischen Richtungen scheinen sich einig: Bei den Wahlen in Ecuador hat die Rechte gewonnen und die Linke verloren. Diese vereinfachte Lesart hilft jedoch wenig bis gar nicht dabei zu verstehen, was passiert ist.

Progresismo: von Venezuela über Brasilien bis Ecuador

Wer ist diese Linke, die die Wahl verloren hat? Der unterlegene Kandidat Andrés Arauz wird einer politischen Strömung in Lateinamerika zugeordnet, die *Progresismo* („Progressismus“) genannt wird. Dazu gehörten beispielsweise Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien, Lula da Silva und Dilma Rousseff in Brasilien oder Rafael Correa, der frühere Präsident Ecuadors. Sie und ihre Parteien sind heute nicht mehr an der Macht oder haben ihren früheren Glanz eingebüßt.

Die Anhänger:innen des *Progresismo* sind immer noch viele – wenn auch in abnehmender Zahl – innerhalb und außerhalb der Region. Der progressive Medienerfolg war so groß, dass er in verschiedenen Teilen der Welt als offizielle Version der lateinamerikanischen Linken anerkannt wurde.

Eine Linke, die andere Linke verfolgt

Die Realität ist aber, dass Lateinamerika keine echte linke Kraft von internationaler Dimension hat. Die verschiedenen *Progresismos* haben sich von den linken



Foto: Camila Buneña

Um Sieg betrogen? Yaku Pérez, der indigene Kandidat

Idealen entfernt, die ihnen das Leben geschenkt haben. Sie haben mit Gewalt, Autoritarismus und sogar Kriminalisierung andere soziale und politische Gruppen der Linken bekämpft. Der *Progresismo* wurde zu einer hegemonialen Linken, die andere Linke jagte – sicherlich ein seltsames Phänomen.

Es ist komplex zu definieren, wo sich die Linken derzeit auf regionaler und sogar globaler Ebene bewegen. Es ist noch schwieriger zu bestimmen, wie die Linke politische Optionen schaffen kann, um den Kapitalismus zu überwinden. Die Realität ist manchmal so hoffnungslos, dass sich reformistische politische Strömungen mit wenigen Fortschritten als die bestmögliche Option präsentieren. De facto aber schwächt das das Ethos der Linken: eine politische Kraft zu sein, die sich danach sehnt, das Unmögliche zu erreichen und eine bessere, post-kapitalistische Welt zu schaffen. Die Komplexität der Linken verdient zweifellos, dass jeder Fall sorgfältig analysiert wird, also die konkreten Tatsachen und nicht bloß die oberflächlichen Reden genau berücksichtigt werden.

Patriarchal und kolonial

Im Fall Ecuadors ist die Rechts-Links-Achse immer mehr in den konservativen Bereich gerutscht. Die Wahlniederlage des *Progresismo* im Jahr 2021 in Ecuador ist nicht etwa auf die mangelnde Einheit der sozialen und politischen linken Kräfte zurückzuführen. Im Gegenteil können wir hier sehen, dass der *Progresismo* die großen und wichtigen Widersprüche nicht verstanden hat, da er nur allzu oft patriarchale und koloniale Positionen gefestigt hat. Zur Ablehnung des Progressismus hat

auch die Verfolgung, Kriminalisierung, Unterdrückung und sogar Inhaftierung von zahlreichen Mitgliedern der linken Parteien und sozialen Bewegungen durch die Regierungen von Correa beigetragen. Und in der Praxis haben diese Regierungen des *Progresismo* trotz ihrer revolutionären Reden nie versucht, den Kapitalismus zu überwinden.

Gerade gegen solche Lesarten, die die Realität zu stark vereinfachen, ist es zweckmäßig, sich mit dem ecuadorianischen Wahlprozess zwischen Februar und April 2021 zu befassen, der ein politisches Erdbeben in dem kleinen Andenland verursacht hat. Dieses Ereignis wird Auswirkungen auf die Situation in Ecuador haben, in einem Kontext wirtschaftlicher Stagnation und einer Pandemie, die über eine bloße Wahl hinausgeht.

Bestes Ergebnis eines indigenen Kandidaten

Der ecuadorianische *Progresismo* trägt selbst einen großen Teil der Verantwortung für seine Niederlage. In der ersten Wahlrunde blieb sein Kandidat Andrés Arauz weit hinter dem angekündigten Sieg in der ersten Runde mit absoluter Mehrheit zurück. Auch die von Guillermo Lasso vertretenen Kräfte der neoliberalen und oligarchischen Rechten erlitten einen spektakulären Rückschlag. Der spätere Wahlsieger scheiterte beinahe am Einzug in die Stichwahl. Andererseits erzielte die indigene Bewegung mit ihrem Kandidaten Yaku Pérez überraschenderweise das beste Ergebnis ihrer gesamten Wahlgeschichte.

Als die erste Runde mit einem enorm knappen Abstand zwischen Lasso und Pérez in Bezug auf den zweiten Platz endete, verschärfte das Team um Arauz seine Kampagne gegen Yaku Pérez. Auch aus dem internationalen *Progresismo* gab es böartige Angriffe gegen den indigenen Kandidaten. Mit einer Reihe von Aktionen wurde er durch einen Wahlbetrug an den Rand gedrängt. Zum Beispiel wurden trotz der im Nationalen Wahlrat mit den Kandidaten Lasso und Pérez darüber erzielten Einigung die Wahlurnen nicht überprüft.

⇒ von Seite 13: WARUM DER PROGRESISMO SCHEITERT

Arauz, besorgt über eine mögliche Konfrontation mit dem indigenen Kandidaten, unterstützte die Forderung von dessen Partei *Pachakutik* nach Transparenz nicht.

Correas Vermächtnis

All das ist nicht ohne die jüngere Geschichte Ecuadors zu verstehen. Andrés Arauz war der Kandidat Rafael Correas, des Präsidenten von 2007 bis 2017. In seiner Amtszeit sank die Armut in Ecuador enorm, aber gleichzeitig wurden die Reichen wegen der sehr hohen Erdöleinnahmen noch reicher. Doch zugleich wuchs die Feindschaft zwischen dem *Progresismo* und den sozialen und indigenen Bewegungen. Ein wichtiger Grund dafür war die brutale Ausbeutung natürlicher Ressourcen, etwa durch Ölförderung in einem Nationalpark und die Einführung großer Bergbauprojekte.

Im Zuge des Konflikts verfolgte und kriminalisierte Correa soziale und indigene Bewegungen sowie Gewerkschaften. In diesen Punkten unterschied sich diese Regierung – wie viele ihrer *Progresismo*-Verwandten – kaum von der neoliberalen Konkurrenz.

Linker Wahlboykott in der Stichwahl

Angesichts dessen setzte ein großer Teil der Linken in der Stichwahl auf einen Wahlboykott „für Würde und Widerstand“. Würde, weil ein von Unregelmäßigkeiten geprägtes Wahlergebnis nicht akzeptabel ist; Widerstand, weil keiner der verbliebenen Kandidaten – weder Arauz noch Lasso – eine echte Alternative für die breite Bevölkerung darstellte.

Der Wahlboykott wurde von der Partei *Pachakutik*, dem Dachverband der Indigenen CONAIE, von Gewerkschaften, Frauenbewegungen und einer großen Anzahl sozialer Organisationen unterstützt. Fast 17 Prozent der in der Stichwahl abgegebenen Stimmen waren ungültig. So ging der Sieg mit etwa 52,4 zu 47,6 Prozent an den wirtschaftsliberalen Kandidaten Guillermo Lasso.

Es ist schwierig, alle Faktoren zu bestimmen, die Lassos Sieg vollständig erklären. Ein wichtiger Faktor war aber sicherlich die Gegnerschaft großer Teile der Bevölkerung gegenüber der früheren Correa-Regierung. Diese verstärkte sich in den letzten Wochen vor den Wahlen wei-

ter. Ein weiterer Grund ist die Unfähigkeit des *Progresismo*, Bündnisse mit breiten Teilen der Bevölkerung und sozialen Bewegungen einzugehen. Im Gegenteil griff er in falscher Siegesgewissheit zu ungeschickten Drohungen. Nicht zu vergessen sind die Versuche, die indigene Bewegung zu spalten.

Für eine erneuerte Linke

Eine erneuerte Linke in Ecuador und Lateinamerika darf nicht länger versuchen, alles durch die Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen oder der Produktionsmittel zu lösen. Sonst läuft sie Gefahr, die so zentrale ökologische Frage wieder an den Rand zu drängen. Außerdem darf die Linke nicht die kulturelle Vielfalt der indigenen und afro-amerikanischen Völker vernachlässigen. Darüber hinaus muss sie den Dogmatismus von „Haupt- und Nebenwiderspruch“ sowie ihre patriarchalen Laster überwinden.

Wenn wir Lehren aus den Wahlen in Ecuador ziehen wollen, dann diese: Die Linke muss gleichzeitig antikapitalistische, feministische, dekoloniale, gemeinschaftliche und antirassistische Positionen berücksichtigen und Kämpfe führen. Sie muss die Demokratie ausweiten und radikalisieren.

Keine Solidarität mit dem Progresismo

Zweifellos ist internationale Solidarität notwendig. Aber die Solidarität mit dem *Progresismo* rechtfertigt niemals das Zuschauen oder Schweigen, wenn eine „unserer Regierungen“ die Rechte von Menschen oder der Natur zertrampelt. Dieses Verhalten trägt oft dazu bei, die Möglichkeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels zu begraben.

Ebenso ist jede Form des Neokolonialismus unerträglich. Allianzen müssen zwischen Gleichen bestehen, ohne die inneren Widersprüche jeder Nation zu übersehen. Wer sich auf internationaler Ebene als Linke:r bezeichnet, darf nicht darüber hinwegsehen, wenn Menschen kriminalisiert und verfolgt werden, die für ihre Rechte und Freiheiten kämpfen.

Werden jene, die heute Ecuador, Lateinamerika und den *Progresismo* beobachten, diese Notwendigkeiten verstehen? Wenn nicht, bleibt ihr Verständnis zwangsläufig unvollständig und dogmatisch. ■

Leicht bearbeitet übernommen aus <https://mosaik-blog.at/>



KOLUMBIEN

Das Ende des

Von Boaventura de Sousa Santos

Kolumbien steht in Flammen. Es ist derzeit eines der Länder mit den meisten Todesfällen durch Covid-19 und nimmt nach den USA, Brasilien und Mexiko den vierten Platz in der Region ein, wobei bis heute (Stand 19.6.) nur 8,5 % der Bevölkerung vollständig geimpft sind und es zu den Ländern gehört, die sich weigern, die Forderung nach Freigabe von Patenten für Impfstoffe zu unterstützen. Es ist auch das Land, in dem im Jahr 2020 42,5% der Bevölkerung in Armut und 15,1% in extremer Armut lebten. Zu diesen minimalen, aber aussagekräftigen Daten können wir hinzufügen, dass seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens 2016 zwischen 700 und 1.100 Menschenrechtsverteidiger:innen getötet wurden (die Zahlen von NGOs und Regierungsstellen variieren). In den Gebieten, die früher die Domäne der FARC-EP waren, tummeln sich heute verschiedene illegale bewaffnete Gruppen, die nicht nur wirtschaftliche Interessen verfolgen (Drogenhandel, illegaler Bergbau), sondern auch ein schreckliches und blutiges Interesse an der Kontrolle über die Zivilbevölkerung mitbringen, was das soziale Gefüge ernsthaft beeinträchtigt, so dass dies nur die Spitze des Eisbergs in der neuen Gemengelage des Landes bildet.

In diesem Kontext und nach fast drei Jahren unter der Regierung einer Rechten, die gegen das Friedensabkommen ist, sind die Werktätigen inmitten einer Pandemie, die Tausende von Menschen getötet hat, auf die Straße gegangen, um ihre Stimme gegen eine angekündigte Steuerreform zu erheben, die nach der Logik der Regierung 23 Billionen Pesos (etwa 6,3 Milliarden Dollar) einbringen sollte, um die öffentlichen Finanzen zu verbessern und Sozialhilfeprogramme zu finanzieren. Es ist zwar richtig, dass das Land sein Steuersystem verbessern muss, aber diese Reform schlug vor, die Zahl der Menschen, die ihr Einkommen deklarieren und versteuern, mit der Unterstützung, der Vision und dem konzeptionellen Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu steigern.

Theoretisch klingt die Vorstellung, dass mehr Menschen für die Zahlung von Steuern und die Finanzierung der Staats-

IN FLAMMEN

Neoliberalismus wird gewaltsam sein



Polizeieinsatz im Februar 2020 gegen Studierende in Bogotá

ausgaben verantwortlich sind, nicht weit hergeholt; tatsächlich würde man denken, dass es die Besserverdienenden sind, die die meisten Steuern zahlen, wenn man die in der kolumbianischen Verfassung verankerten Prinzipien der Progressivität, Gerechtigkeit und Steuereffizienz berücksichtigt. Nach Angaben der Weltbank ist Kolumbien jedoch eines der ungleichsten Länder Lateinamerikas (der GINI-Index liegt bei 51,3), was eine unangemessene und regressive Steuerpolitik widerspiegelt, die eine hohe Konzentration von Einkommen und Vermögen zulässt und damit eine geringere Entwicklung bewirkt, wenn man berücksichtigt, dass Einkommen und Vermögen in den Händen eines sehr kleinen Prozentsatzes der Bevölkerung verbleiben. Die vorgeschlagene Reform würde sich in das komplexe Steuersystem des Landes einreihen, das keine echte progressive Politik widerspiegelt und voller Steuervergünstigungen ist, von denen Menschen mit höherem Einkommen profitieren.

Proteste seit Jahren

Seit 2016 sind die Menschen auf den Straßen und Plätzen Kolumbiens präsent, verteidigen den Frieden, fordern die Erfüllung der Abkommen, den Schutz der sozialen Führer und die Solidarität mit den Ermordeten sowie die Ablehnung der Vorschläge zur Änderung des Renten-, Ar-

beits- und Steuerregimes. So waren in den letzten fünf Jahren in Kolumbien Jugendliche, Frauen, Indigene, Afrokolumbianer-, Lehrer-, Rentner- und Student:innen auf den Straßen unterwegs und haben dabei Erstaunliches zustande gebracht, wie z.B. am 21. November 2019 eine der größten Demonstrationen im Land seit den 1970er Jahren. Dank dieser Ermächtigung des Volkes und trotz der Covid-19-Pandemie marschierte Kolumbien vom 9. bis zum 21. September 2020 erneut, um gegen Polizeimissbrauch und das Missmanagement der Regierung in der durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen und sozialen Krise zu protestieren, die Stimme zu erheben und zu sagen, dass es genug ist mit den Massakern im Land, die trotz des Lockdowns ohne Pause weitergingen.

Besonders bemerkenswert war die *minga* im Südwesten Kolumbiens im Oktober 2020, die von den indigenen Organisationen angeführt wurde. Ihre Slogans und ihr Mut bewegten die Menschen und mobilisierten einen großen Teil der Gesellschaft für ihre Forderungen, nachdem sie auf ihrer Tour durch das Land die Zustimmung von Millionen von Menschen erreicht hatten, die sie in jeder Stadt auf ihrem Marsch in die Hauptstadt herzlich empfingen.

In diesem Szenario beschloss das Volk, ab dem 28. April (28A) 2021 gegen die

Steuerreform und die träge Regierung zu marschieren. Die Repression der Polizeikräfte ist brutal. Die Bürgerunruhen waren Gegenstand von Stigmatisierung und Unterdrückung durch die staatlichen Kräfte. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen dokumentierten zwischen dem 28. April und dem 5. Mai insgesamt 1.708 Fälle von Polizeigewalt, davon 381 Opfer von körperlicher Gewalt durch die Polizei, 31 Todesfälle (in Überprüfung), 1.180 willkürliche Verhaftungen gegen Demonstrant:innen, 239 gewaltsame Eingriffe der Sicherheitskräfte, 31 Opfer von Aggressionen gegen die Augen der Demonstrant:innen, 110 Fälle von Schusswaffengebrauch durch die Polizei und zehn Opfer von sexueller Gewalt durch die Sicherheitskräfte. In ähnlicher Weise stellte das Büro der Volksverteidiger (Kolumbiens Ombudsstelle) fest, dass 87 Beschwerden über angebliches Verschwindenlassen während der Proteste des Nationalstreiks vom 28. April registriert wurden.

Was als starker Widerstand gegen eine unpopuläre Reform und gegen einen Finanzminister begann, der den Wert eines Dutzend Eier (und generell des gesamten Familienkorbs) nicht kannte, ist so weit eskaliert, dass nicht nur die Rücknahme der besagten Reform im Kongress und der Rücktritt dieses Ministers erreicht wurde, sondern auch, dass Präsident Iván Duque Márquez einen Raum für den Dialog mit verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft vorgeschlagen hat, ein Dialog, der bisher nur zwischen den Eliten des Landes, von oben, und nie von unten stattzufinden scheint. Die sozialen Organisationen wissen aus Erfahrung, dass von dieser Regierung nichts Gutes zu erwarten ist, aber sie verweigern den Dialog nicht, wie sie es immer getan haben.

Der erste Erfolg der Bürgerbewegung auf der Straße, die Rücknahme der Reform, kam weder friedlich noch gratis. Zusätzlich zu den oben genannten Zahlen, die von den NGOs des Landes gesammelt wurden, kündigte Präsident Duque die Militarisierung des Landes an, statt dem sozialen Aufschrei nachzugeben. Seit dem 1. Mai ist in den sozialen Netzwerken und auf den Straßen Kolumbiens das Grauen eines für einen diktatorischen Ausnahmezustand typischen Militäreinsatzes zu beobachten, bei dem die Polizei auf friedliche und unbewaffnete Demonstrant:innen schießt. Dies war vermutlich die weltweit repressivste Reaktion während der Pandemie.

⇒ von Seite 15: KOLUMBIEN IN FLAMMEN

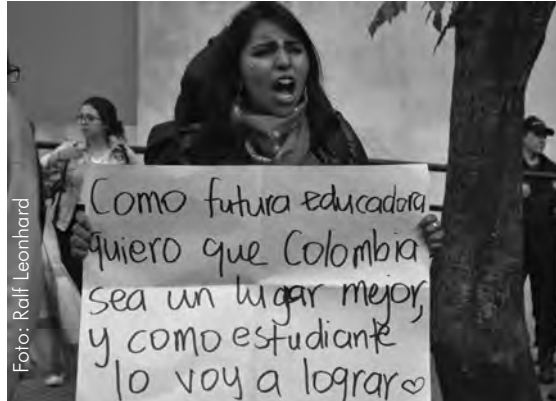
In Cali hatten die Proteste eine ganz besondere Intensität durch die Mobilisierung indigener Organisationen nach dem grausamen Mord an Sandra Liliana Peña, der 35-jährigen indigenen Gouverneurin. Sie hatte sich für die Rückgewinnung des traditionellen Wissens eingesetzt und die Präsenz aller bewaffneten Akteure in ihrem Territorium abgelehnt. Diese Stadt ist das urbane Zentrum mit dem zweithöchsten Anteil afroamerikanischer Bevölkerung in ganz Südamerika, voller Widersprüche und Kämpfe, und hat die Unterdrückung auf die abschulichste Art und Weise erlebt. Mitte in einer friedlichen Versammlung, die live in den sozialen Netzwerken übertragen wurde, tauchte die Bereitschaftspolizei auf, um die Demonstration aufzulösen. Dabei konnten mehr als 1.000 Internet-Nutzer:innen die Tötung eines jungen Mannes live miterleben. Aus Siloé, einem Randbezirk von Cali, wurde berichtet, in der Nacht zum 4. Mai sei der Internet-Zugang blockiert gewesen.

Die schwache Reaktion der kolumbianischen Institutionen (Regierung wie Justiz) auf Polizeigewalt hat dazu geführt, dass bewaffnete Zivilisten die Demonstrant:innen als „Vandalen“ und „Terroristen“ bedrohen (und manchmal auch erschießen). In Cali verbreiteten Student:innen den folgenden „Dialog“: „Wir haben 25.000 Waffen“, rief ein weiß gekleideter Mann aus seinem teuren Lieferwagen, der vor der *Universidad del Valle* geparkt war. „Wir haben eine der besten Bibliotheken des Landes“, antwortete ein Student. In Pereira warb der Bürgermeister für eine „gemeinsame Front“, der Mitglieder der privaten Sicherheitskräfte, der Armee und der Polizei angehören sollten, um „die Ordnung und die Sicherheit der Bürger wiederherzustellen“. Die Folge war, dass dort ein junger Mann von acht Kugeln durchsiebt wurde und in einem Krankenhaus starb.

Wohin steuert Kolumbien?

Diese Frage ist wichtig für Kolumbien, aber über Kolumbien hinaus können die jüngsten Ereignisse in Kolumbien als Vorboten dessen gesehen werden, was in den kommenden Jahrzehnten auf den Kontinent und die Welt zukommt. Natürlich hat jedes Land seine Besonderheiten, aber was

in Kolumbien geschieht, scheint das Worst-Case-Szenario anzukündigen, das ich in meinem jüngsten Buch über die Zeit nach der Pandemie identifiziert habe (*El Futuro Comienza ahora: de la pandemia a la utopía*. Madrid: Akal, 2021). Dieses Szenario besteht aus der Leugnung der Ernsthaftigkeit der Pandemie, der Politik, die Wirtschaft über den Schutz des Lebens zu stellen, und der ideologisch-politischen Besessenheit, zur Normalität zurückzu-



Künftige Lehrerin für ein „besseres Kolumbien“

kehren, auch wenn die Normalität für die Mehrheit der Bevölkerung die Hölle ist.

Die Folgen der Pandemie können nicht mit einem Zauberstab durch die Ideologie konservativer Regierungen gestoppt werden. Die soziale und wirtschaftliche Krise nach der Pandemie wird äußerst schwerwiegend sein, vor allem weil sie die schon vor der Pandemie vorhandenen Krisen potenziert. Die Nothilfepolitik, so mangelhaft sie auch sein mag, wird in Verbindung mit dem durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen Abschwung zu einer enormen Verschuldung des Staates führen und die Zunahme der Schulden wird immer mehr Austerität rechtfertigen. Konservative Regierungen kennen kein anderes Mittel im Umgang mit friedlichen Protesten der arbeitenden Bevölkerung gegen soziale Ungerechtigkeit als repressive Gewalt. So werden sie reagieren und die Botschaft wird die zunehmende Militarisierung des Alltags beinhalten. Dies impliziert den Einsatz von tödlicher Gewalt, die für äußere Feinde konzipiert wurde. Der schon jetzt deutlich erkennbare Abbau der Demokratie wird sich noch weiter verschärfen. An welchem Punkt werden noch vorhandene demokratische Restbestände zusammenbrechen und neue diktatorische Regimes entstehen lassen?

Dieses Szenario ist keine unrealistische Spekulation. Ein aktueller IWF-Bericht

macht die gleiche Prognose. Die Autoren Philip Barrett und Sophia Chen sagen, dass Pandemien zwei Arten von Auswirkungen auf soziale Unruhen haben können: einen dämpfenden Effekt, der die Möglichkeit von Unruhen unterdrückt, indem er soziale Aktivitäten beeinträchtigt, sowie einen Gegeneffekt, der die Wahrscheinlichkeit von sozialen Unruhen und damit von Aufständen oder Protesten erhöht, sobald die Pandemie abklingt. Was sie nicht sagen, ist, dass die Proteste durch genau die Politik motiviert werden, die der IWF und die Finanzagenturen auf der ganzen Welt fördern. Es ist die Heuchelei der Welt, in der wir leben, dass der IWF die Konsequenzen seiner Politik leugnet oder verschweigt.

Das kolumbianische Volk verdient und braucht die ganze internationale Solidarität. Ich bin nicht sicher, ob es die offen von den internationalen Agenturen bekommt, die behaupten, die Menschenrechte zu fördern, obwohl diese in Kolumbien so grob verletzt werden. Stellen Sie sich einen Moment lang vor, was in Kolumbien passiert, würde in Caracas, Russland oder einem anderen von den USA als missliebiger Teil der Welt geschehen. Sicherlich wären die OAS, das UN-Hochkommissariat und die US-Regierung bereits vor Ort, um die Missstände anzuprangern und Sanktionen gegen die ungehorsamen Regierungen vorzuschlagen.

Warum die Weichheit in den bisher veröffentlichten Kommuniqués? Es kann niemandem entgehen, dass Kolumbien der beste Verbündete der USA in Lateinamerika ist, der angeboten hat, sieben US-Militärbasen auf seinem Territorium zu installieren (was glücklicherweise durch den Einspruch des Verfassungsgerichts nicht geschehen ist). Die internationalen Beziehungen erleben derzeit den skandalösesten Moment der Heuchelei und Parteilichkeit: Nur die Feinde der US-Interessen begehen Menschenrechtsverletzungen. Das ist nicht neu, aber jetzt ist es noch schockierender. Die multilateralen Agenturen ergeben sich dieser Heuchelei und Parteilichkeit ohne jede Scham. Die Kolumbianer können jedoch die Solidarität aller Demokrat:innen der Welt erwarten. In ihrem Mut und in unserer Solidarität liegt die Hoffnung. Der Neoliberalismus stirbt nicht, ohne zu töten, aber je mehr er tötet, desto mehr stirbt er. Was in Kolumbien geschieht, ist kein kolumbianisches, es ist unser Problem, das Problem der Demokrat:innen der Welt. ■

KOLUMBIEN IN SOZIALER ERSCHÜTTERUNG

Der 28. April 2021 wird in Kolumbien als historisches Datum erinnert werden. Es ist der Tag, an dem eine Protestwelle losgetreten wurde, die schon viel verändert hat, bevor noch ein Ende abzusehen ist. Es begann mit einer Steuerreform, die einer Corona-gebeutelten Bevölkerung noch größere Opfer abverlangte, während sie die Reichen schonte. Auch die Rücknahme der Reform nach wenigen Tagen und der Rücktritt des Finanzministers konnten die Proteste nicht stoppen.

Von Ralf Leonhard

Viele Parallelen zum April 2018 in Nicaragua und zu Chile 2019 drängen sich auf: eine unpopuläre Reform, die vor allem junge Menschen auf die Straße brachte, und eine überschießend gewalttätige Reaktion der Polizeikräfte, die die Proteste weiter anheizte. Mit Barrikaden und Straßensperren versuchen die Demonstrant:innen Druck zu machen, die Regierung will sie als Terroristen abstempeln und verweigert den Dialog. In Nicaragua, wo das Regime Daniel Ortigas sich kaum mehr um eine rechtsstaatliche Fassade bemüht, wurde der Aufstand nach drei Monaten mit Feuer und Schwert beendet.

Das umstrittene Gesetz nahm Präsident Iván Duque nach wenigen Tagen zurück, auch der verhasste Finanzminister Alberto Carrasquilla, der die oft widerlegte These vertrat, man müsse nur den Unternehmen die Steuern kürzen, um Arbeitsplätze zu schaffen, musste am 8. Mai gehen. Aber auf die Protestbewegung ging Duque keinen Millimeter zu.

In Kolumbien finden die meisten Auseinandersetzungen in und um Cali statt. Die Zweimillionenstadt ist Ziel von Vertriebenen von der südlichen Pazifikküste und aus dem Cauca-Tal, die schon auf eine Bevölkerung mit extremen sozialen Gegensätzen treffen. Afrokolumbianische Gruppen dominieren in vielen Bezirken. Mehrere indigene Völker leben im Umland und spielten vor allem zu Beginn der Proteste eine zentrale Rolle. Viele der vorwiegend jungen Demonstrant:innen würden von den Gemeinschaftsküchen, die solidarische Nachbarn errichtet haben, besser ernährt als zu normalen Zeiten zu Hause, erzählt ein Fotograf mit dem

Pseudonym Jahfrann. Erzbischof Darío de Jesús Monsalve, der sich um Vermittlung bemüht, zählte 26 Straßensperren, attestierte den Leuten hinter den Barrikaden aber „Dialogbereitschaft von der ersten Sekunde an“. Ohne eine Garantie für die Freiheit von Strafverfolgung wollen sie die Sperren, die in der Stadt eine Krise der Lebensmittelversorgung ausgelöst haben, nicht aufgeben. Sie fordern aber auch Reformen in der Bildungspolitik, im Gesundheitswesen und vor allem in der Polizei.

Kolumbiens Polizeikräfte sind die letzten in ganz Lateinamerika, die noch dem Verteidigungsministerium unterstehen und nach der Logik der Politik der nationalen Sicherheit aus den 1970er Jahren operieren, wonach der Feind im Inneren der Nation zu suchen ist. Ihr unerschütterlicher Corpsgeist und die Rückendeckung der jeweiligen Präsidenten erlauben es, dass immer wieder Festgenommene auf den Polizeistationen misshandelt oder gar zu Tode geprügelt werden. Die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit sorgt für weitgehende Straflosigkeit. In Popayán verschleppte die Antiauführtruppe *Esmad* die 17jährige Alison Meléndez aufs Revier. Sie hatte einen Polizeieinsatz gegen eine Demo mit dem Handy aufgenommen. Über die sozialen Medien machte sie öffentlich, wie sie auf der Station sexuell misshandelt worden sei. Danach nahm sie sich das Leben.

Präsident Iván Duque reiste zwar nach Cali, traf sich aber dort nur mit dem Bürgermeister und den Repressionskräften. Bürgermeister Jorge Iván Ospina von der oppositionellen Grünen Allianz will den Konflikt im Dialog lösen und protestierte vergeblich gegen die Entsendung von Militärs. Claudia López, die Bürgermeisterin von Bogotá, konnte die Militarisierung des Konflikts in der Hauptstadt verhindern. Dort sind auch weit weniger Tote und Verletzte dokumentiert.

Die Protestbewegung, die in ihrer Dauer schon historische Dimensionen erreicht, brachte die seltsamsten Allianzen zuwege. So protestierten die sonst verfeindeten Fußballfans der Klubs *Deportivo Cali* und *América de Cali* Seite an Seite. Und die vom Protest erfasste fußballverrückte Bevölkerung machte so lange Druck, bis die Copa América, die in Ko-



Foto: Nueva Sociedad

lumbien stattfinden sollte, abgesagt und nach Brasilien ausgelagert wurde.

Die renommierte US-amerikanische Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hat bis Ende Mai Hinweise auf 68 Todesopfer erhalten. In ihrem Anfang Juni präsentierten ersten Bericht konnte sie 34 davon bestätigen. Darunter zwei Polizisten, ein Justizbeamter und 31 Demonstrant:innen oder unbeteiligte Passanten. Mindestens 20 seien von Polizisten getötet worden, viele mit gezielten Schüssen. Fünf Demonstrant:innen wurden von bewaffneten Zivilisten ermordet, mehrere verletzt. Ob es sich dabei um Polizisten ohne Uniform oder Mitglieder der „besseren Gesellschaft“ handelte, ist unklar. 90 Menschen galten zuletzt als verschwunden.

Die Regierung spricht fast nur von den toten Polizisten und wettet über Plünderungen und „Vandalenakte“. Amateurvideos zeigen aber, wie Polizisten selbst Schaufenster einschlagen, um dann die Demonstranten verantwortlich zu machen. Nach der Plünderung eines Kaufhauses in Cali haben Mitglieder der Protestbewegung Fernseher und andere elektronische Geräte, die sie den Plünderern abnahmen, zurückgebracht.

Mitte Juni war weder ein Ende der Proteste noch ein Einlenken der Regierung abzusehen. Außenministerin Marta Lucía Ramírez bestritt in den USA, dass Sicherheitskräfte in Menschenrechtsverletzungen verwickelt seien. Präsident Duque spricht von einzelnen „faulen Äpfeln“ und schwarzen Schafen. Er hat in mehreren Städten die „soziale Erschütterung“ ausgerufen, eine Art Vorstufe zum Ausnahmezustand. In Nicaragua folgte auf die Proteste ein Abgleiten in Richtung Diktatur. In Chile konnte eine verfassunggebende Versammlung durchgesetzt werden, die das Erbe der Pinochet-Ära beseitigen soll. Der Ausgang in Kolumbien ist offen. ■

„Die Definition von Wahnsinn ist, immer das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.“ Der Satz wird Albert Einstein zugeschrieben. Während in der internationalen Drogenpolitik nach Jahrzehnten der Beharrung und angesichts zunehmender Probleme die Weichen auf Reformen stehen, setzt die kolumbianische Regierung auf Maßnahmen, die seit einem Vierteljahrhundert in ein Nachhaltigkeitsdesaster mit hohen ökologischen und sozialen Kosten münden. Kritiker vermuten, der „Wahnsinn“ hat Methode: Bauernvertreibung und Landraub.

Von Robert Lessmann

Als katastrophales Jahr für die Menschenrechte bezeichnete das katholische Lateinamerika-Hilfswerk *Adveniat* das Jahr 2020. Kolumbien gilt als das gefährlichste Land der Welt für Menschenrechtsaktivist:innen. Das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, verzeichnete bis zum 16. Dezember 66 Massaker, die Menschenrechtsorganisation INDEPAZ gar 93. Die Anzahl der Tötungen von Aktivist:innen erreichte ein schockierendes Ausmaß: 292 laut INDEPAZ.

Dahinter stehe die Drogenmafia, versicherte auf dem Höhepunkt einer Welle der Gewalt im August der inzwischen verstorbene damalige Verteidigungsminister Holmes Trujillo, der in Kolumbien auch für die Polizei zuständig ist. Daher müsse man die Besprühung der illegalen Drogenpflanzen aus der Luft mit Glyphosat wieder aufnehmen. Die illegalen Kokapflanzungen und der Drogenhandel seien der wichtigste Feind des Friedens in Kolumbien.

In der Tat spielte der Kampf gegen den Drogenhandel und den Kokaanbau auch im Friedensabkommen zwischen der Regierung und den FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) von 2016 eine wichtige Rolle. Dazu müssten nachhaltige und partizipative Strategien mit den Produzentengemeinschaften entwickelt werden, heißt es da. Die umstrittenen Besprühungen waren während der Verhandlungen im Jahr 2015 ausgesetzt worden, nachdem die Weltgesundheitsorganisation WHO Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hatte. Seither waren Kokaanbau und Kokainproduktion

KOKABESPRÜHUNG AUS DER LUFT –

auf ein Rekordniveau geklettert, weshalb Donald Trump dem kolumbianischen Präsidenten Iván Duque bei dessen Besuch im Weißen Haus im März 2020 ausrichtete: „You’re going to have to spray.“

Nachhaltigkeitsdesaster

Kampagnen zur Reduzierung des Kokaanbaus sind in Kolumbien mehr als ein Vierteljahrhundert alt. Besprühungen mit Pflanzengift gegen Kokafelder vom Flugzeug aus begannen im Jahr 1994. Präsident Ernesto Samper willigte in eine deutliche Ausweitung der umstrittenen Besprühungsprogramme ein, nachdem Kolumbien zweimal die *certification* für drogenpolitisches Wohlverhalten durch Washington entzogen worden war (1996 und 1997) und Sanktionen drohten.

Interessanterweise kam es gleichzeitig zu einem Prozess der Importsubstitution. Die großen Kartelle von Medellín und Cali waren zerschlagen worden und ihre kleineren Nachfolger kauften nicht mehr in den traditionellen Koka-Produzentenländern Peru und Bolivien ein, sondern zu Hause. Drogenpolitische Erfolge wurden vom Markt direkt in ihr Gegenteil gewendet; man spricht auch von einem Ballon-Effekt. Gab es zu Beginn der *fumigaciones* im Jahr 1994 44.700 Hektar Koka in Kolumbien, so waren es im Jahr 2000 163.300. Und während der Kokaanbau 1994 auf sechs Provinzen beschränkt war, gab es zur Jahrtausendwende Kokaanbau in 23 der 33 Departements. (Alle Zahlen aus Berichten des Drogenkontrollprogramms der Vereinten Nationen, UNODC).

Die Besprühungen wurden – nun im Rahmen der *seguridad democrática* (*Plan Colombia*) vermehrt unter dem Schutz des Militärs – noch einmal ausgeweitet und von einer Kampagne der manuellen Eradikation (ebenfalls unter Militärschutz) ergänzt. Die Drogenpolitik unter der Prämisse der *seguridad democrática* des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez ging davon aus, dass Drogeneinnahmen die wichtigste Stütze illegaler bewaffneter Gruppen darstellen, und wollte ihnen diese entziehen.

Eine Halbierung des Kokaanbaus zwischen 2000 und 2004 wurde durch eine aggressive Besprühungskampagne erreicht, die sich auf die beiden FARC-Guerilla-hochburgen Caquetá und Putumayo konzentrierte: In Caquetá ging die Kokaan-

baufläche von 26.000 Hektar (2000) auf 6.500 Hektar (2004) zurück; in Putumayo von 66.000 (2000) auf 4.386 Hektar (2004). Das heißt: Eine landesweite Reduzierung um 80.000 Hektar wurde praktisch ausschließlich in Caquetá und Putumayo erzielt – Hochburgen der FARC, wo der Anbau in den folgenden Jahren dann auch am stärksten wieder zunahm.

Eradikation als Waffe im Bürgerkrieg

Der Ballon-Effekt wurde auch innerhalb Kolumbiens wirksam. Sehen wir uns die Details des Erfolgsjahres 2008 nach einzelnen Departements an: Den wichtigsten Reduzierungen in Cundinamarca (-91%), Arauca (-79%), Meta (-47%), Vichada (-56%) stehen Zuwächse gegenüber in Caldas (234%), Valle de Cauca (361%), Chocó (159%) und Boyacá (149%). Insgesamt konnte die Kokaanbaufläche damals um 18 Prozent reduziert werden (UNODC June 2009).

Im Ergebnis kann man diese Politik als Nachhaltigkeitsdesaster bezeichnen. Seit Präsident Samper unter Korruptionsvorwürfen Washingtons im Jahr 1994 zur Einwilligung in das Besprühungsprogramm gedrängt wurde, hat man in Kolumbien rund 2,5 Millionen Hektar Koka vernichtet, etwa das 15-fache des historischen Maximums der Anbaufläche (171.000 ha im Jahr 2017). Bis zum Jahr 2013 wurde laut Statistik alljährlich das Mehrfache dessen „vernichtet“, was überhaupt vorhanden war – das Gegenteil einer rationalen und nachhaltigen Strategie. Der Kokaanbau ist dadurch zu einer extrem volatilen Angelegenheit geworden. Verschwunden oder auch nur entscheidend vermindert ist er nicht.

Bei der besonders umstrittenen Besprühung von Kokafeldern mit Pflanzengift aus der Luft kann man vielmehr von einer regelrechten Bauernvertreibung sprechen. Bei einer Gesamtbevölkerung von knapp 49,6 Millionen Menschen sind in Kolumbien fast 8 Millionen auf der Flucht – vor allem infolge des Bürgerkriegs. Kolumbien ist damit noch vor Syrien das Land mit den meisten Binnenflüchtlingen (UNHCR 2019). Hinzu kommen rund zwei Millionen Flüchtlinge aus Venezuela. Die Politik der Kokavernichtung ohne Nachhaltigkeit hat zum Problem unfrei-

HUNDERT JAHRE EINSAMKEIT?

williger Mobilität in Kolumbien sicherlich noch beigetragen.

Es gibt unzählige Berichte und Studien über schädliche gesundheitliche und ökologische Auswirkungen der Besprühung mit Glyphosat und anderen Beimischungen, ebenso wie Klagen über mangelnde Zielgenauigkeit. Auch Felder mit legitimen Produkten und selbst Projekte der Alternativen Entwicklung wurden versehentlich besprüht. Es wird von Gegenmaßnahmen der Bauern berichtet, weshalb die empfohlene Konzentration von Glyphosat überschritten und aggressivere Chemikalien beigemischt wurden. Der langjährige Experte Ricardo Vargas geht davon aus, dass nur weniger als ein Drittel der besprühten Felder auch tatsächlich vernichtet werden. Doch selbst wenn man nur die Angaben über die manuelle Eradikation zwischen 2008 und 2018 addiert, kommt man auf 442.947 Hektar, das Zweieinhalbfache des historischen Maximums des Anbaus.

Die Strategie der zwangsweisen Kokaeradikation ist nicht nachhaltig und daher zur Drogenkontrolle unbrauchbar. Sie hat stattdessen ökologische Probleme geschaffen und die Lebensunsicherheit in den betroffenen Regionen erhöht. Die Frage muss erlaubt sein, weshalb man ungeachtet desaströser Ergebnisse an dieser Strategie festhält und sogar zu einer Politik der *fumigaciones* zurückkehren will.

Iván Duque – allein zu Haus

Im Rahmen des Friedensprozesses wurde mit dem *Programa Nacional Integral de Sustitución de Cultivos Ilícitos* das bis dato umfassendste und beste Programm der Alternativen Entwicklung verabschiedet. Die Bauern würden Überbrückungshilfen und technische Unterstützung bei der Umstellung der Produktion erhalten. Experten hielten allerdings die Fristen für viel zu ehrgeizig. Innerhalb des ersten Jahres sollte um 100.000 Hektar reduziert werden. Das hatte noch nie geklappt – nirgendwo! Vor allem aber wurde es auch nicht umgesetzt. Mit dem Regierungswechsel von 2018 ging auch noch der politische Wille verloren und damit einmal mehr das Vertrauen der bäuerlichen Produzent:innen. Zwischen 2015 (96.000 Hektar) und 2017 (171.000 Hektar) hat sich die Anbaufläche beinahe verdoppelt. Die von den FARC-Kämpfern geräumten

Territorien wurden oftmals nicht von den staatlichen Institutionen besetzt, sondern von anderen Guerillagruppen, FARC-Disidenten, die aus dem Friedensprozess ausscherten, Neo-Paramilitärs und kriminellen Banden, die um die territoriale Kontrolle kämpfen.

Stets war Washington mit seiner Sanktionspolitik die treibende Kraft hinter Politiken der Zwangseradikation. So hat man mit Washington im Oktober 2019 eine Halbierung des Kokaanbaus bis 2023 vereinbart, wobei man von solchen Reduzierungen in der Praxis weit entfernt ist. Das Eradikationsziel für 2020 lag bei 130.000 Hektar – 2019 erreichte man 15.000 von geplanten 80.000. Eine Halbierung des Kokaanbaus wurde beim Stand von 169.000 Hektar auch zum Auftakt des *Plan Colombia* im Jahr 1999 vereinbart. Seither hat der US-Steuerzahler dafür zehn Milliarden US-Dollar ausgegeben und die Produktion ist auf Rekordhöhe, wie ein kritischer Kongressbericht vom Dezember 2020 anmerkt.



Foto: Ralf Leonhard

Die Einsicht in das Scheitern der militärischen Drogenbekämpfung fehlt der Regierung.

Nichts weist darauf hin, dass dieses Ziel heute realistischer ist. Der *Plan Colombia* sei ein Erfolg für die Aufstandsbekämpfung, aber drogenpolitisch gescheitert, heißt es im noch von Trumps Außenminister Mike Pompeo mitunterzeichneten Bericht beider Kongressparteien, von dem man eben deshalb annimmt, dass er die Grundlage für die Drogenpolitik der Biden-Administration darstellen dürfte. In

der Tat: In einem Strategiepapier für das erste Amtsjahr kommt das Wort Eradikation nicht einmal vor.

Nichtdestoweniger hat Präsident Iván Duque im April per Dekret 380 die Tür zu einer Rückkehr zur Besprühung von Kokafeldern aus der Luft geöffnet. Doch er steht mit seiner Position zunehmend einsam da. In Kolumbien selbst haben die Senatoren Iván Marulanda (Grüne) und Feliciano Valencia (*Movimiento Alternativo Indígena Social - MAIS*) bereits im letzten Jahr einen Gesetzentwurf (236) zur Regulierung der Kokaproduktionskette vorgelegt, mit Fokus auf Menschenrechten, öffentlicher Gesundheit und Schadensminderung. Es geht dabei um Unterstützung für indigene und marginalisierte Gemeinschaften, die Koka anbauen. Aber er schlägt auch vor, dass der kolumbianische Staat die Rolle eines globalen Anbieters für Kokain auf einem regulierten Markt übernimmt. Obwohl es unwahrscheinlich ist, dass es verabschiedet wird, ist dieses Reformprojekt doch geradezu revolutionär für die internationale Debatte. Und: Auch Gustavo Petro, der frühere Bürgermeister von Bogotá und in Umfragen aussichtsrei-

che Präsidentschaftskandidat, kann der Idee, den illegalen Drogenmärkten die Rentabilität zu entziehen, etwas abzugewinnen, wie er unlängst in einem TV-Interview erklärte. Eine Rückkehr zur Besprühungspolitik lehnt er strikt ab. ■

Der Beitrag fußt auf einem Arbeitspapier für das deutsch-kolumbianische Friedensforschungsinstitut CAPAZ (www.instituto-capaz.org); deutsche Vorabversion unter www.robert-lessmann.com/kolumbien-drogenbekämpfung-und-friedensprozess

STICHWAHL AUF DES MESSERS SCHNEIDE

Ein potenzieller Präsident und ein tief(er) gespaltenes Land

P
E
R
U

Pedro Castillo, der Kandidat der Partei *Perú Libre*, dürfte nach Auszählung aller Stimmen mit einer knappen Mehrheit die Wahl gewonnen haben, doch konnte bis Mitte Juni noch kein Sieger erklärt werden. Denn das Wahlamt prüfte noch eine Vielzahl von Anfechtungsklagen, die von der Gegenkandidatin Keiko Fujimori und ihrer Partei *Fuerza Popular* unter dem Vorwurf des Wahlbetrugs erhoben wurden.



Foto: Ernesto Benavides
Schamanistisches Ritual für den künftigen (?) Präsidenten

Von Eny Angenvoort

Eine Woche nach der Stichwahl vom 6. Juni zeichnete sich ab, dass die Zitterpartie bei der Stimmauszählung noch eine Weile anhalten würde. Bei einer Wahlbeteiligung von 74,5% hatte Castillo zwar weiterhin mehr Stimmen als Fujimori, aber die Stimmendifferenz zwischen beiden Kandidaten wurde immer geringer: Allein zwischen dem 11. und dem 15. Juni sank sie von 68.473 auf 44.816¹ Stimmen. Bis zur Vereidigung am 28. Juli müssen alle Anfechtungsklagen geklärt worden sein und ein endgültiges Ergebnis vorliegen. Auch wenn Castillo schließlich als Sieger aus diesem Drama hervorgehen wird, wird er ein Land regieren, das mittlerweile alte Vorurteile und Ressentiments offen austrägt und von tiefen sozialen und politischen Gräben durchzogen ist.

In diesem Sinne hätten die politischen Positionen der beiden Kandidaten diesmal kaum unterschiedlicher sein können. Sie stehen für verschiedene Seiten der peruanischen Gesellschaft, für Links und Rechts, für Arm und Reich, für Stadt und Land. Auf der einen Seite vertritt Keiko Fujimori, die zum 3. Mal für das höchste Amt an der Spitze einer rechtspopulistischen Partei kandidierte, eine neoliberale Wirtschaftspolitik und eine Sicherheitsstrategie der harten Hand. Sie selbst aber saß bereits zweimal wegen Geldwäsche in Untersuchungshaft und wurde trotzdem von einer eher städtischen Ober- und Mittelschicht sowie rechtskonservativen Parteien unterstützt.

Auf der anderen Seite stand Pedro Castillo, ein evangelischer Dorfschullehrer aus der Provinz, der der marxistisch-lenin-

nistischen Partei *Perú Libre* erst seit 2020 angehört und bis zur ersten Wahlrunde in den Umfragen weit zurück lag. Castillo ist Gewerkschaftler und *rondero*, also Mitglied der bäuerlichen Schutztruppe zur Abwehr von Übergriffen des *Sendero Luminoso*, die in den 80er Jahren ins Leben gerufen wurde. Vorsitzender der Partei *Perú Libre* ist Vladimir Cerrón, ein Ex-Gouverneur der Provinz Junín, der wegen zweifacher Korruptionsurteile nicht kandidieren durfte. Der vorgelegte Regierungsplan stammt aus seiner Feder und setzt auf eine Planwirtschaft im Sinne eines unternehmerisch eingreifenden Staates.

Castillos Diskurs selbst erwies sich im Verlauf der Kampagne als widersprüchlich und teilweise inkonsistent. So wechselte sich die zugesicherte Stärkung staatlicher Institutionen mit der Ankündigung ab, das Verfassungsgericht zu schließen, während die anfängliche Rede von der Verstaatlichung der Öl-, Gas- und Metallindustrie sich allmählich abmilderte. Konstant blieb lediglich sein Plädoyer für die Stärkung der öffentlichen Fürsorge und eine neue Verfassung sowie seine Forderung, die Verträge mit multinationalen Konzernen neu zu verhandeln, damit es „keine Armen mehr in einem reichen Land“ gäbe.

Insgesamt hat der Wahlkampf den tiefen Rassismus und das Klassendenken der peruanischen Gesellschaft zutage gefördert und alte Ängste geschürt. Ausdruck fand dies insbesondere in den sozialen Medien und in den Medien der Gruppe *El Comercio*. So wurde insistierend über die Etablierung des Kommunismus, die Rückkehr des Terrorismus und über vermeintliche Beziehungen von Castillo und *Perú Libre*

zu Splittergruppen des *Sendero Luminoso* und dessen Nachfolgerorganisation berichtet. Zudem wurde Castillo wiederholt als ungebildeter „indio resentido“ diffamiert.

Castillo, auf den eine knappe Mehrheit der Stimmen entfallen ist, verdankt seinen Aufstieg den sozioökonomischen Schichten mit der niedrigsten Kaufkraft in der Mitte und im Süden des Landes. Ein möglicher Sieg

wäre allerdings auch auf die Stimmen der Fujimori-Gegner und der moderaten Linken zurückzuführen. Derzeit lässt sich Castillo von Pedro Francke, einem linken Ökonomen, beraten, der jüngst ein Dokument veröffentlicht hat, in dem erklärt wird, eine eventuelle Regierung Castillos werde weder zu befürchteten Enteignungen noch zu autoritären Maßnahmen greifen. Castillo hat zwar diese moderate Haltung bisher nicht bestätigt, führt aber derzeit Gespräche mit verschiedenen Politikern zur Vorbereitung einer möglichen Regierung.

Die Herausforderungen, vor denen Castillo stehen würde, sind vielschichtig: Das Land weist eine der höchsten Sterblichkeitsraten der Corona-Pandemie weltweit auf und steckt in einer der schwersten Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte. Zudem ist damit zu rechnen, dass Fujimori im Kongress mit anderen Parteien des rechten Spektrums eine starke Opposition bilden wird und die Medien weiterhin die Stimmung anheizen werden. Eine Regierung Castillos könnte dennoch funktionieren, indem er sich von Cerrón distanziert, sich mit moderaten Beratern umgibt und seine Pläne transparenter kommuniziert. So könnte er den diffusen Befürchtungen und Unsicherheiten, die im Wahlkampf gesät wurden, entgegenzutreten und vor dem Kongress bestehen. ■

¹ ONPE (2021): *Presentación de Resultados. Segunda Elección Presidencial*, <https://www.resultadospe.eleccionesgenerales2021.pe/SEP2021/EleccionesPresidenciales/RePres/T> (abgerufen am 15.06.2021).

MIT DEM SOMBRERO GEGEN DIE MAFIAS

Mit dem Triumph von Castillo und dem Volk der Sandalen und des Sombreros, der Indigenen des Hochlandes und des Amazonas, der Bauern und *ronderos*, der Bewohner:innen des Hochlands, wird Peru wieder eine Möglichkeit sein.

Von Hugo Cabieses Cubas

Angesichts der Wahlergebnisse des ersten Wahlgangs bin ich der Meinung, dass wir, vor allem die Organisationen der institutionellen Linken, damit beginnen müssen, mit dem wirklichen Peru, das wir nicht kennen und das die Lehrer:innen und die *ronderos* kennen, in Kontakt zu kommen und es zu begreifen, sei es indem wir an der Küste und den Meeren Ceviche essen oder im Hochland und seinen Feuchtgebieten Koka kauen. Wir müssen uns selbst erkennen, um weiter für ein Neues Peru in einer post-pandemischen Neuen Welt zu kämpfen und nicht zur Normalität zurückzukehren.

Nicht zur Normalität zurückkehren

Die Coronavirus-Pandemie hat eine humanitäre, gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale, ökologische, politische und internationale Krise ausgelöst, die unsere Sicht auf die nationale und globale Realität verändert hat. Ein Mikroorganismus, der nicht einmal die Kategorie eines Lebewesens erreicht, hat die Menschen und ihre überbewertete „westliche und christliche“ Zivilisation in die Knie gezwungen, aber auch andere Realitäten. Wie in jedem historischen Prozess wird es Nationen, Gesellschaften und Regionen geben, die relativ besser abschneiden als andere, aber es wird nicht bei Peru der Fall sein, wenn wir zur „Normalität“ zurückkehren. Trotz der frühen und drastischen Quarantäne sind die positiven Ergebnisse ausgeblieben, was die tiefgreifende Natur des peruanischen Paradoxons zeigt, das die besten makroökonomischen Kennzahlen des Kontinents zusammen mit den schlechtesten Werten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit aufwies.

Die Regierungsform, die wir in den letzten Jahrzehnten mit der Arroganz der Mächtigen angewandt haben, hat schließlich seine Grenzen und Widersprüche of-



P
E
R
U

Foto: Jacquelyn Kovarik (NACLA)

Indigenas haben mit großer Mehrheit für Pedro Castillo gestimmt

fenbar. Die Vision eines Schwellenlandes auf dem Weg in die Erste Welt, die sich mit dem Beitritt zur OECD verwirklichen würde, ist in diesen Monaten dem erschöpften Peru gewichen, einem Land mit fragilen Institutionen und gespalten durch Ungleichheit, die sich mit dem Rückgang des BIP von 12% im Jahr 2020 und einem ähnlichen im Jahr 2021 noch weiter verschärfen wird. Wir haben endlich entdeckt, dass Wirtschaftswachstum nicht gleichbedeutend mit nationaler Entwicklung ist. Und dass die Ergebnisse dieser großen Verwirrung einerseits ein bürokratischer, ineffizienter und korrupter Staat sind, der nicht in der Lage ist, seinen Bürgern ein Minimum an öffentlichen Dienstleistungen zu bieten, und andererseits die beschwerliche Informalität von mehr als 70% der Peruaner:innen, die daran gehindert werden, bessere Lebensbedingungen zu erreichen, die ihnen als Bürger:innen zustehen.

Am Wendepunkt

Wir befinden uns also an einem dramatischen Wendepunkt mit vielen Zweifeln. Pedro Castillo und *Perú Libre* haben bisher weder einen kohärenten Regierungsplan noch ein technisches Regierungsteam präsentiert. Angesichts der im Folgenden angeführten sechs Plagen haben sie einige begründete Hoffnungen geweckt. Wir hoffen, dass diese Herausforderungen mit Führungsqualität, Überzeu-

gung, Teamarbeit und demokratischer Ethik angegangen werden können, ausgehend von den Ergebnissen des zweiten Wahldurchgangs vom 6. Juni, mit Professor Pedro Castillo an der Spitze:

1. Das COVID-19 auslösende Coronavirus, seine verschiedenen Stämme und Folgeerscheinungen, die uns seit März 2020 zu Zehntausenden krank machen und töten, dem keine kohärente Gesundheitspolitik mit Kriterien, Logik, gesundem Menschenverstand, Transparenz und Gerechtigkeit entgegengestellt wurde.

2. Der seit 30 Jahren praktizierte wilde, extraktivistische Neoliberalismus mit seinen asymmetrischen ideologischen, sozialen, ökologischen, ökonomischen, arbeits-technischen und kulturellen Auswirkungen auf das Leben der Menschen, vor allem der Ärmsten, auf die nicht mit staatlichen Maßnahmen reagiert wurde.

3. Der Klimawandel mit seinen ökologischen Folgen für Wasser, Meere, Wälder, Biodiversität, Landwirtschaft, Amazonien, Industrien, Multikulturalität und die Menschen in unserem Land, dem nicht mit einer umfassenden und kohärenten staatlichen Politik begegnet wurde, die versucht, die Verpflichtungen von Paris 2015 zu erfüllen.

4. Die organisierte Kriminalität und ihre anhaltende Präsenz in ihren verschiedenen Formen, nicht nur im Drogenbereich, und die damit direkt zusammenhängende

⇒ von Seite 21: PERU

öffentliche und private Korruption, die sich auf die Sicherheit und Ethik der Menschen und des Landes auswirkt, worauf nicht mit präventiven, proaktiven, kommunalen, sozialen und nachrichtendienstlichen öffentlichen Maßnahmen reagiert wurde, sondern vorwiegend mit kriminell-repressiven und polizeilich-militärischen Maßnahmen.



Wahlsieger Pedro Castillo

5. Die Krise des Staates, nicht nur auf politischer oder Regierungsebene, in der wir uns zumindest seit Ende 2016 befinden, mit dem anhaltenden Prozess der institutionellen Zerstörung der Öffentlichkeit, angesichts derer der einzige Ausweg kurz- bis mittelfristig darin besteht, zu einem neuen konstitutionellen Sozialpakt aufzubrechen, der von unten und von innen aufgebaut wird.

6. Das Fehlen einer staatlichen Außenpolitik, die souverän ist und sich nicht dem Diktat Washingtons unterwirft, mit Trump zuvor und jetzt mit Biden. Beispiele dafür sind die Schaffung der Lima-Gruppe gegen Venezuela, die uneingeschränkte Unterstützung für die Fehlritte der OAS gegen dieses Land sowie gegenüber Bolivien und Brasilien, die Nichtverteidigung des Abkommens von Escazú, die Zurückhaltung bezüglich der Seerechte, das Schweigen über die Ansteckung durch die brasilianische Variante des Virus, die Untätigkeit bezüglich der Beschaffung von Impfstoffen und des „Vacunagate“, die katastrophale Grenzpolitik, usw. Das alles zeigt die Nichtexistenz einer souveränen Staatspolitik in unseren Außenbeziehungen. ■

Kürzung: Leo Gabriel, Übersetzung: Hermann Klosius

Die Wahl zur verfassunggebenden Versammlung brachte Mitte Mai einen fulminanten Zwischenerfolg für linke, feministische und ökologische Systemveränderer in Chile. Aber noch ist der Neoliberalismus nicht besiegt.

Von Erhard Stackl

In den letzten eineinhalb Jahren ist in Chile mehr passiert als davor in 30“, sagte die Frauenaktivistin Karina Nohales bei einer Zoom-Konferenz der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung. Wenige Tage nach der Wahl zur verfassunggebenden Versammlung am 15. und 16. Mai, bei der mehr als 70 Prozent der WählerInnen für keine der bisher oft dominanten Rechtsparteien gestimmt hatten, kam Nohales aus den Superlativen kaum heraus. Es sei „die wichtigste Wahl seit Allendes Sieg 1970“ gewesen, freute sich die 36-jährige Anwältin. „Vielleicht ist sie noch wichtiger, denn Salvador Allende musste auf die damals existierende Verfassung schwören – und wir schreiben eine neue.“

Erstmals in der Geschichte Chiles wird ein Grundgesetz vom Volk selbst erarbeitet, noch dazu plurinational – also unter Einbeziehung der zehn indigenen Ethnien – und mit Geschlechterparität. Nohales, im Wahlkampf für das Frauennetzwerk *Coordinadora Feminista 8M* unterwegs, sieht Chile auch im kontinentalen Rahmen als Sonderfall: Anders als in Venezuela, Bolivien und Ecuador, wo verfassunggebende Versammlungen (*Constituyentes*) unter linken Regierungen stattfanden, wurde sie in Chile dem rechten, sehr unpopulären Präsidenten Sebastián Piñera abgetrotzt.

Etwas weniger euphorisch beurteilt Atilio Borón, 77-jähriger, auch in Chile geschätzter Soziologe des Nachbarlands Argentinien, den Wahlausgang: Piñeras Regierung sei aus drei Gründen abgestraft worden. Erstens wegen des „katastrophalen Managements“ der Coronakrise und zweitens wegen der „brutalen Repression der Proteste“ vergangener Monate. Der dritte Grund ist umfassender und hängt mit den Ursachen der Straßenproteste zusammen, die seit Oktober 2019 zu einer wahren Revolte angewachsen sind. Es geht um die niedrigen Löhne und Pensionen, das teure und weitgehend private Bildungs- und Gesundheitssystem, die Wasserknappheit in den von „Avocado-Baronen“ beherrschten Landesteilen sowie um die generelle Missachtung der einfachen Leute

„WICHTIGER ALS

durch die herrschende Elite – und kulminiert im nun mehrheitsfähigen Slogan: Stoppt den Neoliberalismus!

Um die Abschaffung des in Chile schon in den 1970er Jahren unter dem Diktator Augusto Pinochet eingeführten „neoliberalen Modells“ zu verhindern, hatte Piñera der *Constituyente* die Bedingung aufgezwungen, dass es für jede Bestimmung der neuen Verfassung eine Zweidrittelmehrheit geben müsse. Bei den zwei großen Rechtsparteien war man sicher, zusammen locker mehr als ein Drittel der Sitze holen zu können und war dann völlig konsterniert. Nur 37 von 155 Sitzen erreichte die harte Rechte mit ihrer Liste *Vamos Chile*, das sind 21,1 Prozent. Noch schlechter – 14,7 Prozent – war allerdings das Resultat der Mitte-Links-Gruppierung *Apruebo* von Sozial- und Christdemokraten, die sich bisher mit der harten Rechten an der Macht abgelöst hatten.

Die Mitte-links-Fraktion wurde dieses Mal von zwei weiter links stehenden Formationen überholt: von *Apruebo con Dignidad* (18,5 Prozent), die aus der KP und dem studentenbewegten *Frente Amplio* besteht, sowie von einer aus unabhängigen Linken zusammengesetzten *Lista del Pueblo* (15,1 Prozent). Vom Erfolg dieser „Volksliste“ und anderen neuen Gruppierungen geht ein weiteres Signal aus: Von den 155 Verfassungsgeber:innen sind 103 bei keiner Partei Mitglied; einige der Unabhängigen (z.B. manche Feministinnen) gehören allerdings nicht einmal informell zur Linken.

Wohl aber neigen dazu die Vertreter:innen der Indigenen, für die 17 Sitze reserviert waren. Sieben gingen an die größte Minderheit der *Mapuche*, zehn weitere verteilen sich auf das Volk der *Aimara*, auf *Rapa Nui*, *Quechua* und sechs andere Ethnien. Bisher hätte eine kleine Gruppe weißer Männer hinter verschlossenen Türen alles ausgehandelt, meint die Mapuche-Anwältin Natividad Llanquileo (36), die als Verteidigerin Inhaftierter im Hungerstreik bekannt wurde. Jetzt hätten sich alle Ethnien gegen die soziale Ungleichheit gestellt, sagte Llanquileo bei der Zoom-Konferenz der Böll-Stiftung. Eine weitere Mapuche-Vertreterin in der *Constituyente*, Elisa Loncón, schaut in die Zukunft: „Wenn wir wollen, dass das Volk der Mapuche weiter existiert, muss es eine

DIE WAHL ALLENDES“



Foto: Elvis González

Der Erfolg im Verfassungsplebiszit vom 25. Oktober 2020 bereitete den Weg

Autonomie erhalten“, sagte die 58-jährige Universitätsprofessorin (für Englisch und indigene Sprachen) in chilenischen Medien.

Noch ist aber nicht einmal sicher, dass die Zweidrittelmehrheit zur Abschaffung des Neoliberalismus wirklich erreicht werden kann. Der harten Rechten könnte es gelingen, einige den Systemwechsel fürchtende Christ- und Sozialdemokraten sowie ausreichend Unabhängige auf ihre Seite zu ziehen. Außerdem betrug die Wahlbeteiligung im Mai peinlicherweise nur 40,3 Prozent, während am vorjährigen Referendum (bei dem die Abhaltung der *Constituyente* beschlossen wurde) noch 51 Prozent der Wahlberechtigten teilnahmen.

Karina Nohales bemängelt an der Versammlung zudem, dass Migrant:innen, Transgenderpersonen und Behinderte darin keine Vertretung haben. Nohales, von Beruf Arbeitsrechtlerin („Feminista anticapitalista“ steht in ihrem Twitter-Profil), beklagt auch das Fehlen traditioneller Gewerkschafter:innen in der Versammlung. Die Gewerkschaftsfunktionäre (darunter auch KP-nahe) wollten ursprünglich gemeinsam mit der *Lista del Pueblo* kandidieren, entschieden sich dann aber für eine eigene Liste, mit der sie komplett durchfielen. Jetzt hätten andere ihre Forderungen mitzuvertreten, empfiehlt Nohales.

In der Verfassung müsse das Streikrecht verankert werden, um von den Hungerlöhnen wegzukommen. (Im Durchschnitt liegt der Monatslohn bei rund 500

Euro; die große Mehrheit der Beschäftigten verdient weniger.) Bei der Kritik am bisherigen, privatisierten Pensionssystem sei man sich in der Bevölkerung einig, über die Alternative aber noch nicht.

Besser als die Gewerkschaften sind die Umweltschützer:innen in der *Constituyente* vertreten. Ihr Ziel ist es unter anderem, das Recht auf Wasser in der Verfassung festzuschreiben. Zudem gewann ein auch in Europa bekannter Aktivist, Rodrigo Mundaca von der Wasser- und Umweltbewegung *Modatima*, als Kandidat des linken *Frente Amplio* sensationell die im Mai gleichzeitig abgehaltene Gouverneurswahl in der Region Valparaíso.

Die Europäische Union und andere Handelspartner könnten sich bei Chiles Umbauprozess noch als starke Bremser erweisen. Denn eine Grundbedingung der *Constituyente* ist es, völkerrechtliche Verträge einzuhalten. Das Land hat mehr als zwei Dutzend Freihandelsverträge abgeschlossen. Einer der wichtigsten ist jener mit der EU, „dessen ‚Modernisierung‘ seit 2017 verhandelt wird“, wie die für deutsche Medien aus Chile berichtende Journalistin Sophia Boddenberg erinnert. Die EU ist am günstigen Zugang zu Kupfer, Lachs und Agrarprodukten interessiert, liefert in Europa längst verbotene Pestizide und braucht Lithium (für E-Auto-Batterien). Klauseln zum Investitionsschutz bewahren ausländische Konzerne vor Gewinnschmälerungen durch mehr Umweltschutz oder bessere Sozialgesetze.

Schiedsgerichte könnten hohe Strafen gegen Chile verhängen. Aus dieser Falle würden nur Neuverhandlungen (plus internationale Bewusstseinsbildung) durch eine progressive Regierung befreien.

Noch gibt es sie nicht. Aber die Liste der Zwischenerfolge am Weg dorthin ging am Superwahl-Wochenende im Mai noch weiter: Auch bei den gleichzeitigen Kommunalwahlen gab es etliche linke Siege. Am spektakulärsten war der Erfolg der Kommunistin Irací Hassler, der neuen Bürgermeisterin der Kommune Santiago im Zentrum der Hauptstadt. Die 31-jährige Wirtschaftsexpertin Hassler (deren Vorname Irací in *Tupí-Guaraní*-Sprachen „Bienenkönigin“ bedeutet) hat eine typische Karriere der neuen chilenischen Linken hinter sich. In einer begüterten Familie Schweizer Abstammung im noblen Osten Santiagos aufgewachsen, politisierte sie sich in der Protestbewegung 2011 an der *Universidad de Chile*. Wie ein Teil der Aktivist:innen folgte sie ideologisch der weltbekannten Studentenfürherin Camila Vallejo, die seit 2013 kommunistische Abgeordnete ist. Hassler sagte in einem Interview, sie habe sich für die KP entschieden, weil sie hier die Chance sah, die Gesellschaft tatsächlich zu verändern.

Ein anderer Teil der damals politisch Erweckten wurde in einer der zahlreichen Fraktionen des Linksbündnisses *Frente Amplio* aktiv, für traditionelle Linke ein akademischer Diskussionsklub ohne Draht zum Volk. Als sie für die Wahlen im Mai ein Zweckbündnis mit der KP schlossen, prophezeiten ihnen viele den Untergang. Umso größer die Überraschung, dass sich die *Frente*-Kandidat:innen bestens hielten. Ihr Spitzenmann Gabriel Boric gilt nun sogar als möglicher Linkskandidat bei Chiles Präsidentschaftswahlen im kommenden November.

Umfragesieger ist aber weiterhin Daniel Jadue, ein Kommunist mit Bodenhaftung, der in Santiagos Kommune Recoleta soeben als Bürgermeister bestätigt wurde. Ein Linker an der Regierungsspitze könnte Chiles Verfassungsgeber:innen ihrem Ziel, einen nicht mehr neoliberalen Staat zu schaffen, ein großes Stück näherbringen. Für viele klingt das noch unrealistisch, aber auch den Ausgang der Wahlen im Mai sah niemand voraus. ■

Buchtipps

Sophia Boddenberg: Revolte in Chile.

Unrast-Verlag, Münster 2021 (siehe Buchbesprechungen)

Nur zwei Stunden pro Woche ist es – nach vorheriger elektronischer Anmeldung bei der Polizei – erlaubt, die Wohnung zu verlassen, um einzukaufen zu gehen und sich mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen. In den kleinen, weitläufig verstreuten *Mapuche-comunidades*, 700 Kilometer südlich von Santiago, gelten aber exakt die gleichen Vorschriften wie in der Hauptstadt. Nur, dass es aus den *comunidades* – anders als in der Großstadt – ein Vielfaches mehr als die zur Verfügung stehenden 120 Minuten bedarf, um überhaupt in den nächstgelegenen größeren Ort zu gelangen, dort einzukaufen und dann auch noch rechtzeitig wieder zurück zu sein. Die Folge: Reihenweise wurden in den zurückliegenden Wochen Mapuche-Familien von den *Carabineros*, der chilenischen Polizei, wegen Verstößen gegen die Corona-Schutzverordnungen aufgegriffen und mit empfindlichen Strafen belegt.

Überhaupt: Covid-19 (auf *Mapudungun*, „Sprache der Erde“, nennen die Menschen die Pandemie „Wigka-Kuxan“) hat die Familien in den indigenen Gemeinden im *Wallmapu* noch einmal deutlich härter getroffen als den Durchschnitt der chilenischen Bevölkerung. Während der ersten Pandemiewelle im vergangenen Jahr war der proportionale Anteil der Corona-Toten nirgendwo so hoch wie in der Region um Temuco. Obwohl das chilenische Gesundheitsministerium bis heute nicht in der Lage ist, innerhalb des Wusts an Statistiken zu Covid-19 eine ethnische Differenzierung vorzunehmen, gibt es inzwischen genügend – auch internationale – Studien, die belegen, wie empfindlich heftiger die Corona-Einschläge in dieser ethnischen Gruppe ausfielen und weiter ausfallen. Das gilt übrigens – quer durch ganz Lateinamerika – für alle indigenen Gemeinschaften.

Die Gründe dafür sind nicht überraschend: Der Anteil von Mapuche-Familien, die unter Bedingungen von Armut und extremer Armut leben, ist signifikant höher als der unter der Mehrheitsbevölkerung. Das belegt auch ein kurzer Blick auf die Liste der zehn ärmsten Kommunen Chiles: Sieben von ihnen liegen in *Wallmapu*. Armut wirkt sich direkt auf das Bildungsniveau aus: Kinder aus Mapuche-Familien gehen weniger Jahre zur Schule – und die Unterrichtsbedingungen in den Schulen, zu denen sie Zugang haben, sind häufig äußerst prekär.

MAPUCHEFAMILIEN CORONA UND RASSISMUS,

Es sind die kleinen Geschichten, die vielleicht am deutlichsten zeigen, wie wenig die Zentralregierung in der fernen Hauptstadt Santiago auch nur den Hauch einer Idee von der Lebenswirklichkeit einer Mapuche-Familie in *Wallmapu* (dem Land der Mapuche) im Süden Chiles hat: Während der jetzt zweiten chilenischen Covid-19-Pandemiewelle mit den im März und April höchsten jemals im Land registrierten Infiziertenzahlen dekretierte das Kabinett von Präsident Sebastián Piñera erneut einen kompletten Lockdown mit strengen Quarantäne-Regeln.

Von Jürgen Schübelin

Hinzu kommt, dass die Arbeitskraft der Kinder in der Subsistenzlandwirtschaft, von der ihre Familien leben, bereits in frühen Jahren dringend benötigt wird. Das Ergebnis: Unter den Mapuche gibt es sehr viel mehr Analphabeten als im Landesdurchschnitt. Die Armut und die beengten Lebensbedingungen – vielfach ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, geschweige denn zu einer angemessenen Abwasserentsorgung – sorgen für einen schlechteren Gesundheitszustand als in einer Nicht-Mapuche-Familie. Die Lebenserwartung ist geringer und die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit höher.

Die Pandemie entzog vielen Mapuche-Familien fast vollständig ihre Einkommensmöglichkeiten: Durch die strengen Quarantäneregeln war es für Kleinbauernfamilien im *Wallmapu* jetzt über Monate hinweg so gut wie unmöglich, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse oder auch kunsthandwerkliche Produkte wie Web- und Strickarbeiten auf den Märkten anzubieten. In den sozialen Netzwerken machten Bilder eines brutalen Polizeieinsatzes gegen Mapuche-Bäuerinnen, die trotz des Lockdowns versuchten, in Temuco etwas Gemüse und andere Feldfrüchte zu verkaufen, die Runde. Aber auch für die Männer brachen seit März 2020 fast komplett alle Jobs im informellen Sektor oder auch als ungelernete Arbeiter auf Baustellen weg. Die Folge: Noch höhere Schulden, noch weniger Geld für Gesundheitsausgaben oder die Bildung der Kinder.

Was der chilenische Staat an sporadisch verteilten Lebensmittelpaketen oder einigen Gutscheinen an Hilfen zur Verfügung stellte, war bislang völlig unzureichend. Trotz der hohen Inzidenzzahlen und der vielen an Covid-19 Verstorbenen in den Mapuche-Gemeinden gaben viele der Befragten im Rahmen einer breiteren

Untersuchung, die auch andere indigene Gemeinschaften in Lateinamerika einbezog, an, dass für sie – mehr noch als die Pandemie selbst – dramatisch verschärfte Existenzsorgen und Zukunftsängste das Hauptproblem seien.

Was die Situation der Mapuche-Familien zusätzlich belastet – und darauf hatten in den vergangenen Monaten auch José Horacio Wood und Claudia Vera von der Kindersothilfe-Partnerorganisation *Fundación ANIDE* mehrfach (u.a. in einem Interview mit *Lateinamerika anders*) eindringlich hingewiesen – ist die anhaltende Repression und der Einsatz schwer bewaffneter Spezialkräfte der *Carabineros* in Mapuche-Gemeinden, die im Nachschatten der Corona-Pandemie – ausdrücklich ermuntert von Präsident Piñera und seinen Ministern – die Militarisierung der Region vorantreiben.

Das jüngste Opfer einer derartigen Polizeiaktion wurde am 24. April der 18jährige Student Cristián Millapan aus Triftrifko, dem aus nächster Nähe mit Hartgummikugeln ins Gesicht geschossen wurde und um dessen Augenlicht seither die Spezialisten im Regionalkrankenhaus von Temuco kämpfen. Es ist erst zweieinhalb Jahre her, seit ein Offizier einer Spezialeinheit der chilenischen Militärpolizei den jungen Mapuche Camilo Catrillanca in der Gemeinde Temucuicui hinterrücks mit einem Kopfschuss tötete und danach das Verbrechen mit Hilfe des damaligen Innenministers Andrés Chadwick, eines Anwalts und der Falschaussagen anderer Polizisten sowie durch Vernichtung von Beweismaterial zu kaschieren suchte.

In diesem Fall waren es am Ende die eklatanten Widersprüche, in die sich die Akteure verwickelten, die doch noch dazu führten, dass Anklage erhoben wurde – und im Januar dieses Jahres tatsächlich

IN CHILE: EINE UNENDLICHE GESCHICHTE



Protest nach dem Mord an Camilo Catrillanca

auch ein Urteil erging. Camilo Catrillanca hatte sich als Jugendlicher mehrfach auch an Veranstaltungen der Kindernothilfe-Partnerorganisation *Fundación ANIDE* und des von Kindernothilfe unterstützten Netzwerks *Red de ONGs de Infancia y Juventud (ROIJ)* beteiligt, um über Polizeigewalt und Repression gegen Mapuche-Familien zu berichten.

Dennoch gibt es nicht nur schlechte Nachrichten aus Wallmapu. Innerhalb der chilenischen Mehrheitsgesellschaft ist in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein und der politische Wille dafür gewachsen, dass die konsequente Verweigerung der Rechte indigener Menschen – bis hin zur Verneinung ihrer Existenz – so, wie sie in der noch immer geltenden vom Militärregime oktroyierten Verfassung festgeschrieben wurde, ein Ende haben muss. Die *Wenufoye*, die Flagge der Mapuche, war seit Oktober 2019, dem Beginn der Massenproteste gegen das neoliberale Wirtschaftssystem und des Ringens um eine neue Verfassung, auf den Straßen Chiles allgegenwärtig. Für viele Organisationen aus der chilenischen Zivilgesellschaft wurde sie zu einem Zeichen der

Auflehnung gegen rassistische Diskriminierung, für fehlende Rechtsstaatlichkeit und das Erbe des Pinochet-Regimes.

Die Forderungen der indigenen Gemeinschaften Chiles nach einer proportionalen Beteiligung am Prozess zur Erarbeitung einer neuen Verfassung, die überfällige Anerkennung ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und vor allem auch kulturellen Rechte in der zukünftigen chilenischen Verfassung – einschließlich der bereits seit dem Ende der Diktatur geforderten Festschreibung Chiles als plurinationaler Staat – gewann trotz der Pandemie-Bedingungen immer mehr an öffentlichem Rückhalt. Auch wenn es den rechtskonservativen Parteien in der zweiten Kammer des chilenischen Parlaments, dem Senat, am Ende doch noch gelang, den Proportions-Anteil indigener Vertreter:innen in der aus 155 Abgeordneten zusammengesetzten verfassunggebenden Versammlung von den geforderten 25 auf 17 zu drücken, ist diese Partizipation im einzigen Land Lateinamerikas, das bis heute die innerhalb seines Territoriums lebenden indigenen Gemeinschaften nicht in seiner Verfassung anerkennt, ein erster kleiner Fortschritt.

Es gehe darum, schrieben mehr als 40 Organisationen in einem offenen Brief an den Kongress in Valparaiso, „eine historische Schuld an der indigenen Bevölkerung durch demokratische Mechanismen der Partizipation zu begleichen“. Und unter jenen Mapuche, die sich bei den Wahlen zur *Constituyente* durchsetzen konnten, herrscht zumindest verhaltener Optimismus, in der künftigen Verfassung die Idee von der Vielvölkernation Chile, endlich verbriefte Rechte und die Ächtung rassistischer Praktiken durchsetzen zu können.

In Wallmapu selbst entwickelten die Mapuche-*comunidades* in den zurückliegenden Monaten immer mehr eigene Initiativen, um dem eklatanten Versagen des chilenischen Zentralstaates gegenüber ihrer besonderen Situation in der Corona-Pandemie entgegenzutreten. So entschieden Mapuche-Gemeinden, sich durch die

Schaffung selbstorganisierter Quarantäne-Zonen mit Gesundheitsbarrieren zu schützen – und zu verhindern, durch Ortsfremde einem zusätzlichen Ansteckungsrisiko ausgesetzt zu werden. Daraus ergaben sich in mehreren Fällen neue Konflikte mit der Polizei und den Behörden, die unbedingt den Zugang von Forstunternehmen, aber auch Tourist:innen zu den Mapuche-Gebieten sicherstellen wollten.

Teil der Selbstorganisations- und Selbsthilfe-Strategie ist es aber auch, dass Mapuche-Familien *ollas comunes* (gemeinsame Töpfe und solidarische Tafeln) organisieren, um diejenigen, die durch die Pandemie am stärksten in soziale Notlagen geraten sind, mit Nahrung und anderen Dingen des täglichen Bedarfs zu versorgen. In die gleiche Richtung gehen Initiativen, um untereinander, innerhalb und zwischen den verschiedenen *comunidades*, landwirtschaftliche Produkte und handwerkliche Dienstleistungen anzubieten und sich so gegenseitig zu unterstützen.

Eine ganz wichtige Rolle spielt aber auch die Stärkung der kulturellen und spirituellen Identität, Radio- und online-Programme über Kanäle der sozialen Medien auf Spanisch und *Mapudungun*, um immer wieder die wichtigsten Regeln zum Schutz vor einer Covid-Ansteckung zu erklären und den Familien zu helfen, auch psychisch möglichst unbeschadet durch Lockdowns und Quarantänen zu kommen. Hier engagieren sich vor allem junge Mapuche. Und weil in der Kosmovision des Mapuche-Volkes die Wissensüberlieferung durch die Ältesten innerhalb der Gemeinschaft eine ganz zentrale Rolle spielt, ist die Aufforderung, in den Familien und *comunidades* gerade mit den Ältesten solidarisch zu sein, sie zu schützen und sie versorgen zu helfen, auch unverzichtbarer Bestandteil einer kulturellen und spirituellen Überlebensstrategie in besonders schwierigen Zeiten. ■

Der Autor ist Referent der deutschen Kindernothilfe in Duisburg.

Der Artikel wurde verfasst unter Verwendung von Informationen aus dem lesenswerten Beitrag von Gabi Töpferwein: „Wigka-Kuxan in Wallmapu – Die Mapuche in Chile und das Corona-Virus“ des online-Magazins Quetzal:

<http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/chile/wigka-kuxan-in-wallmapu-die-mapuche-in-chile-und-das-corona-virus-19093.html>

Zum Weiterlesen:

<https://www.kindernothilfe.at/blog/gewalt-in-chile-polizei-ermordete-jungen-mapuche>

DIE SEITENVERKEHRTE „KONQUISTA“

Die Weltreise der Zapatist:innen im Sommer 2021

Die Ankündigung der Zapatist:innen, eine – als „Reise für das Leben“ bezeichnete – Weltreise zu unternehmen und am 13. August zum 500. Jahrestag der Eroberung von Tenochtitlán in Madrid präsent zu sein, hört sich an wie eine Umkehrung der Konquista des amerikanischen Kontinents durch die spanische Krone. Oder soll es die sagemuwobene Nachahmung der Reise des aus dem alten Teotihuacán verstoßenen Königs und Halbgottes Quetzalcoatl sein, der in Kukulkan seine Maya-Entsprechung fand? Der stach in Yucatán in Richtung Europa in See und prophezeite, eines Tages zurück zu kommen. Ist es das, was Historiker:innen als „Wiederholung der Geschichte“ deklarieren, nun in umgekehrter Richtung, aber unter umgekehrtem Vorzeichen?

Von Raina Zimmering

eigener autonomer Räume mit einer anti-kapitalistischen und basisdemokratischen gesellschaftlichen Organisation besteht.

Nachdem die Zapatistas jahrelang versuchten, die mexikanische Gesellschaft in Richtung Basisdemokratie zu transformieren, deren einschließendes Moment größer als das ausschließende sein sollte, scheiterten sie am Widerstand der Herrschenden und dem verrotteten gesellschaftlichen System in Mexiko, das gekennzeichnet ist durch die Ermordung tausender Menschen, die grausamen Morde an Frauen (Femizide), den verlorenen „Krieg gegen die Drogen“, durch Korruption und Betrug. Nach dem gescheiterten Transformationsprojekt errichteten die Zapatist:innen einen alternativen autonomen Raum, der sich durch Basisdemokratie, kollektives Eigentum, Gender- und Naturgerechtigkeit und Diversität auszeichnet. Ihre Bewaffnung hat einen überwiegend symbolischen Charakter und trägt zur Selbstverteidigung gegen die Verletzung ihrer Autonomie durch paramilitärische Gruppen und Übergriffe des Militärs bei. In den zapatistischen Gebieten entsteht ein Gemeinwesen, in dem alle Bewohner:innen an den Entscheidungen und Handlungen der Gemeinschaft aktiv beteiligt sind.

Von Beginn an waren die Zapatistas nicht nur auf sich selbst bezogen, sondern mit anderen Widerständen und Protestgruppen international verwoben. Ihr Motto: „lokal organisiert, global vernetzt“. Innerhalb kürzester Zeit entstand über Ideenaustausch, Solidaritätsaktionen, digitale Vernetzung und gemeinsame Treffen in Chiapas eine Weltgemeinschaft von Zapatistas ohne feste geographische Grenzen. Die Protestbewegungen der letzten 20 Jahre, wie etwa Gegengipfel gegen die G-20 oder „Reclaim the Streets“ übernahmen zapatistische Formen der Basisorganisation und friedliche Protestformen. Die Zapatist:innen wiederum luden Aktivist:innen aus der ganzen Welt zu internationalen Treffen nach Chiapas ein. Dies begann mit dem „Intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus“ 1996 im Lakandonischen Urwald und ging weiter mit zahlreichen internationalen Treffen von Frauen, Indigenen, Menschenrechtler-, Wissenschaftler- und Künstler:innen.

Am 13. August 1521 eroberte eine Einheit von einigen Hundert spanischen Konquistadoren die Hauptstadt des Azteken-Reiches, Tenochtitlán, das heutige Mexiko-Stadt. Die Legende von der Rückkehr des Quetzalcoatl, den man mit den weißen Eroberern verwechselte, begünstigte sicher die Eroberung der amerikanischen Hochkulturen, doch am meisten wurde sie durch die Hilfe der von den Azteken unterdrückten indigenen Völker erleichtert. Von Tenochtitlán aus setzte sich die Eroberung von ganz Amerika durch die Konquistadoren fort und verursachte in Mexiko einen der größten Genozide aller Zeiten. Über 22,5 Millionen Menschen auf dem Territorium des heutigen Mexiko starben infolge von Eroberungskriegen, eingeschleppten Krankheiten, Hunger, Zwangsarbeit, Strafexpeditionen und Zerschlagung ihrer Gemeinschaften und Kulturen.

Es war nicht nur einer der größten Genozide, sondern auch einer der größten Raubzüge der Geschichte. Die kapitalistische Entwicklung Europas wäre ohne das Gold und die Schätze Amerikas, Teil der ursprünglichen Akkumulation, nicht möglich gewesen. Noch heute glänzt das aztekische Gold von den Altären der Kirchen sowie den Dächern und Kuppeln von Schlössern in ganz Europa. Der Preis war das unermessliche Leid und Elend der originären amerikanischen Völker. Auf der Grundlage der gewaltsamen Eroberung, eingeschlossen in eine extrem ungleiche und abhängige Entwicklung, blieben die Indigenen, die eigentlichen Herren der amerikanischen Erde, die Untersten in der sozialen Hierarchie der amerikanischen Gesellschaften bis zum heutigen Tag.

Aufgrund ihrer Erinnerungsfähigkeit und ihres Sinnes für Widerstand überlebten die indigenen Gemeinschaften an allen Ecken des Kontinents. Immer wieder gab und gibt es Aufstände und Widerstände, stille und laute, die sich dem kolonialen und postkolonialen System widersetzen. Es gab und gibt einige positive Ergebnisse, wie Schutzgesetze oder Integrationsregime für Indigene. Doch letztendlich werden diese durch Rassismus, soziale Ungleichheit und Xenophobie zunichte gemacht und münden in Bevormundung und Assimilation mit noch mehr Unterdrückung.

„Ya Basta!“

In der neoliberalen Entwicklungsphase vergrößerten sich das Elend der originären Völker und deren Widerstände um ein Vielfaches. Der Aufstand der Zapatisten im Jahr 1994 in Chiapas, einem der ärmsten und unterentwickeltesten Bundesländer Mexikos, richtete sich gegen den Neokolonialismus und Neoliberalismus. Sie nannten sich nach einem Führer der Revolution von 1910, Emiliano Zapata, der den Slogan „Land und Freiheit“ verkündete. Am Tag des Inkrafttretens des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens zwischen Mexiko, Kanada und den USA, durch das die Indigenen in Chiapas ihre Existenz besonders bedroht sahen, erhoben sie sich gegen die mexikanische Regierung und begannen ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Das „Ya Basta!“ (Es reicht!), der Schlachtruf des Aufstandes, sollte den Anfang vom Ende der Ausbeutung der Indigenen und anderer sozial Unterdrückten bedeuten. Eine neue Widerstandskultur war geboren, die aus einer Mischung von Protest und der Errichtung



Die „Vorhut“ der zapatistischen Delegation am Beginn ihrer Schiffsreise nach Europa

Die Sympathisant:innen kamen aus der ganzen Welt nach Chiapas oder beteiligten sich digital von anderen Orten aus. Der Gedanke, dass die Zapatistas einmal selbst in die Welt hinausgehen könnten, war schon lange ein utopisch anmutender Wunsch. Und nun wird dieser Wunsch wahr!

Der 500. Jahrestag der Eroberung von Tenochtitlán war für die Zapatistas das symbolische Datum, um eine Weltreise zu unternehmen, der postkolonialen Welt den Spiegel vorzuhalten und deutlich zu machen, dass „sie (die Konquistadoren) uns nicht erobert haben. Dass wir weiterhin da sind und Widerstand und Rebellion fortsetzen“.¹ Sie richten ihre Botschaft „an die ehrlichen Menschen, die an allen Ecken und Enden des Planeten widerstehen“. Als Ziel nennen sie: „Wir werden segeln, um dem Planeten zu sagen, dass es auf der Welt, die wir in unserem kollektiven Herzen spüren, Platz für alle (todas, todos, todas) gibt. Ganz einfach deshalb, weil diese Welt nur möglich ist, wenn wir alle gemeinsam kämpfen, um sie aufzubauen.“ In einem Kommuniqué brachte die EZLN zusammen mit Unterstützer:innen aus Europa die Erwartung, gemeinsame Widerständigkeit zu erschaffen, zum Ausdruck: „Dass wir uns die Schmerzen der Erde zu eigen machen: die Gewalt gegen Frauen, die Verfolgung und Verachtung der in ihrer affektiven, emotionalen und sexuellen Identität Differenten, die Vernichtung der Kindheit, der Genozid an den originären, den indigenen Völkern, der Militarismus, die Ausbeutung, die Zerstörung der Natur.“²

Die Zapatistas nennen ihre Reise nach der Maya-Gottheit „Die Reise der Ixchel“, um die Verbindung von Gegensätzlichem und der Geburt neuen Lebens verstehbar zu machen.³ Die symbolische Kraft dieser Gottheit verbinden die Zapatistas mit dem Ziel ihrer Reise, wie Subcomandante Galeano verdeutlichte: „Eine Mayalegende erzählt, dass sich Ixchel in Form eines Regenbogens über die Welt ausbreitete. Dies geschah, um dem Planeten eine Lektion in Pluralität und Inklusion zu erteilen und ihn daran zu erinnern, dass die Farbe der Erde nicht eine, sondern viele ist, und dass alle, ohne aufzuhören, das zu sein, was sie sind, zusammen das Wunder vom erleuchteten Leben erleben. Und sie, Ixchel, die Regenbogenfrau, umarmt alle Farben und macht sie zu einem Teil von ihr.“⁴

Auf einem „Berg“ über das Meer

Die Weltreise begann mit der symbolischen Errichtung eines Schiffes in der zapatistischen Gemeinde Morelos, das die Zapatist:innen „Saatbeet“ nannten, was auf den visionären Charakter der Reise hinweist. Auf diesem imaginären Schiff begab sich die erste Gruppe der zapatistischen Reisenden in Quarantäne. Diese „Vorhut“ mit dem Namen „Escuadrón 421“ (Geschwader 421) weist auf die zapatistischen Prinzipien von Gendergerechtigkeit und Diversität hin. Die Gruppe besteht aus vier Frauen, zwei Männern und einer Transsexuellen. Am 1. Mai stachen sie zusammen mit einer Seemannschaft, die hauptsächlich aus Deutschen bestand, auf dem Schiff *La Montaña* (der Berg) auf der Isla de Mu-

eres in Yucatán in See. Am 20. Juni sind sie an der europäischen Küste in Vigo, Galizien, gelandet. Nach und nach werden weitere Gruppen von Zapatistas per Flugzeug nach Europa kommen, wo sie von Juli bis Oktober 2021 bleiben werden. Später werden weitere zapatistische Gruppen die Weltreise fortsetzen und Asien, Afrika, Ozeanien und Amerika besuchen.

Geplant sind Treffen mit Aktivist:innen der fünf Kontinente, um über die durch Umweltzerstörung und wachsende Kriegsgefahr gefährdete Welt sowie über Lösungsansätze zum Aufbau einer „anderen Welt“ zu diskutieren und gemeinsame Punkte des Kampfes zu finden. Die zapatistische Delegation, die nach Europa reist, besteht aus dem ganz Mexiko umfassenden Nationalen Indigenen-Kongress und dem Indigenen Regierungsrat, der „Volksfront zur Verteidigung des Wassers und der Erde in Morelos, Puebla und Tlaxcala“ sowie der EZLN (Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung).

In allen Ländern Europas bereiten sich verschiedene soziale Gruppen und Organisationen auf ihre Ankunft vor, planen gemeinsame Veranstaltungen und einen ausführlichen Erfahrungsaustausch. Nicht Eroberung und Gewalt sind Ziel der Reise, sondern Austausch und Gemeinsamkeit, also genau das Gegenteil des historischen Bezugs auf die Konquista. Und dabei sind nicht Quetzalcoatl oder Kukulcan, die das männliche Machtelement der alten Hochkulturen verkörpern, ihre Bezugsfiguren, sondern Ixchel, die weise Frau. Sie verbindet und erschafft neues Leben. ■

¹<http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2020/10/08/sechster-teil-ein-berg-auf-hoher-see/>

²<http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2021/01/01/gemeinsame-erklarung-eines-teils-des-europas-von-unten-und-der-ezln/>

³ *Ixchel wird mit den Attributen der Mond- und Fruchtbarkeitsgöttin, aber auch der Erdgöttin, Schutzherrin des Wassers, des Regenbogens, der Schwangeren und Erfinderin der Webkunst verehrt. Sie ist das verbindende und neu schöpfende Element. Die Isla de Mujeres auf Cosumel ist dieser Göttin gewidmet und ist Abfahrtsort der zapatistischen Vorhut.*

⁴ <https://radiozapatista.org/?p=37302>

*Für die Reisekosten und die Logistik ist sehr viel Geld notwendig. Spendenkonto für Österreich: Solidaritätskomitee Mexiko Salzburg, IBAN: At81 2040 4000 4148 1813, BIC: SBGSAT2SXXX, Verwendungszweck: Zapa-TourAustria
Weiterführende Infos: www.zapalotta.org*

EIN LAND IN GEISELHAFT

N
I
C
A
R
A
G
U
A

Man stelle sich ein Fußballspiel vor, in dem eine Mannschaft mit allen elf Spieler:innen antreten darf und die andere mit nur einer Person. Das zur Illustration, was in Nicaragua fünf Monate vor den Präsidentschaftswahlen vom 7. November geschieht: Seit Anfang Juni wurden etliche führende oppositionelle Akteure und Kandidat:innen festgenommen oder unter Hausarrest gestellt.

Von Leo Xavier Gabriel

Insbesondere der über Cristiana Chamorro, Vorkandidatin der Allianz *Ciudadanos por la Libertad* (CxL) und Tochter von Ex-Präsidentin Violeta Chamorro, am 2. Juni verhängte Hausarrest sorgte für internationales Aufsehen. In den folgenden Tagen wurden weitere oppositionelle Akteure festgenommen, darunter Arturo Cruz (CxL), sowie führende Figuren der *Unidad Azul y Blanco* (UNAB) wie Felix Maradiaga und Violeta Granera. Schon im Mai hatte das Ortega-Murillo Regime Parteien wie die *Partido de Restauracion Democrática* (PRD) von den Wahlen ausgeschlossen.

Im Juni richtete sich die Hexenjagd nicht nur gegen Akteure der Rechten. Beispiele wie die Festnahme des 76-jährigen Ex-Guerillero Hugo Torres, der einst sein Leben riskierte, als er die Freilassung Ortegas während der Somoza-Diktatur erzwang, sowie die Inhaftierung von Feministinnen wie Tamara Dávila, Ana Margarita Vijil, Suyén Barahona und auch der historischen Revolutionsfigur Dora María Téllez zeugen von einer breiten politischen Unterdrückung. Insgesamt wurden bis zum 20. Juni 17 Oppositionelle festgenommen. Die Anschuldigungen reichen von Geldwäsche bis zu Hochverrat.

Die rechtliche Basis dafür wurde Ende 2020 durch eine Reihe restriktiver Gesetze gelegt. Dazu zählt etwa das Gesetz 1055 „zur Verteidigung der Rechte des Volkes auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung für den Frieden“. Eine Strafprozessreform ermöglicht es, Personen für 90 Tage statt 48 Stunden ohne Anklage in Untersuchungshaft zu behalten. Politische Aktivist:innen werden aufgrund ihrer Gesinnung weggesperrt, unter Hausarrest gestellt oder zur Flucht gedrängt.



Dora María Téllez, 2009

Ein garantierter Wahlsieg

Diese offene Willkür überrascht, da die Gefahr eines Regierungswechsels de facto nicht gegeben ist. Das Regime hat durch Wahlrechtsreformen und die Kontrolle über den zentralen Wahlrat alles in der Hand und wird notfalls, wie schon zuletzt, zum Wahlbetrug schreiten. Und die Opposition ist alles andere als geeint. Bereits im Vorfeld der aktuellen Ereignisse kam es zu Abspaltungen. Die drei großen politischen Blöcke UNAB, ACJD und *Alianza Ciudadana* waren in einigen internen politischen Fragen uneins. Die UNAB vereint soziale, feministische, studentische und Umweltbewegungen und gilt somit als linker Flügel der Opposition. Die ACJD und die *Alianza Ciudadana* bestehen aus Unternehmer:innen und rechtsliberalen Persönlichkeiten wie Cristiana Chamorro. Drittens ist die nicaraguanische Bevölkerung weit davon entfernt, eine politische Partei zu unterstützen. Laut Inter-American Dialogue Survey 2020 würden 60% keine der vorhandenen politischen Optionen wählen. Die FSLN kommt gerade einmal auf 20%.¹

Regierung gefangen im eigenen Dilemma

Die Frage bleibt: Warum hat sich Präsident Ortega auf eine repressive Eskalation eingelassen? Der Journalist Carlos Fernando Chamorro hat dazu zwei Thesen: 1. Das Regime befürchtet eine Niederlage. 2. Das Regime will eine langfristige Staatsordnung schaffen, in der die FSLN bis auf weiteres ungestört bzw. autoritär regieren kann. International ist das Ortega-Murillo-Regime seit langem isoliert und in der eigenen Bevölkerung nicht mehrheitsfähig.

Diese Konstellation stellt Präsident Ortega vor ein selbstverschuldetes Dilemma. Eine stärkere und koordinierte Opposition könnte sich das durchaus zunutze machen. Deshalb erscheint es in der Logik des Regimes nötig, jeden zivilgesellschaftlichen Widerstand mit äußerst drakonischen Maßnahmen zu unterdrücken.

Zu deren Rechtfertigung werden alte Feindesnarrative herangezogen. Es ist kein Geheimnis, dass

die Chamorro-Stiftung von USAID und und der konservativen US-Stiftung NED Millionen an US-Dollar erhält.² Ebenso ist es klar, dass die USA jede Chance auf mehr Einfluss ausnutzen werden. Dass ein Teil der nicaraguanischen Opposition die USA und die EU auffordert, härtere Sanktionen zu verhängen, und sich gemeinsam mit rechtsradikalen Senatoren wie Ted Cruz fotografieren lässt, ist keine Überraschung und wurde von anderen Teilen der Opposition kritisiert. Der politische US-Einfluss ist kritisch zu betrachten. Doch wir sollten uns durch die Narrative vom „inneren Feind“ nicht vom erstarkten Autoritarismus und der politischen Gleichschaltung sämtlicher Institutionen ablenken lassen – und auch nicht von anderen problematischen Aspekten der Regierungspolitik, wie der Vertreibung von Gruppen wie *Miskitu* und *Mayangna* aus ihren Territorien, der zunehmenden Abholzung im Naturreservat *Bosawas*, einem der restriktivsten Abtreibungsgesetze weltweit und der Unterminierung nationaler Souveränität durch transnationale Mega-Projekte wie das (gescheiterte) eines interozeanischen Kanals. ■

¹ *The Inter-American Dialogue Survey: Support for Ortega and the FSLN Collapses During the COVID-19 Crisis*: https://elfaro.net/en/202007/centroamerica/24662/The-Inter-American-Dialogue-Survey-Support-for-Ortega-and-the-FSLN-Collapses-During-the-COVID-19-Crisis.htm?st-full_text=all&tpl=11

² Norton, Ben (2021): *How USAID created Nicaragua's anti-Sandinista media apparatus, now under money laundering investigation*: <https://thegrayzone.com/2021/06/01/cia-usaid-nicaragua-right-wing-media/>

LANDKONFLIKTE IM SÜDEN

Zwei Jahre nach der Ermordung von Sergio Rojas hat die costa-ricanische Kriminalpolizei noch keine heiße Spur zu Tätern und Hintermännern gefunden. Sergio Rojas war der führende Kopf einer Gruppe vom Volk der Bribris, die in ihrer Heimat Salitre Land besetzten, das ihnen laut Gesetz gehört, jedoch von weißen Siedlern genutzt wird. Im September 2020 gab die costa-ricanische Staatsanwaltschaft bekannt, dass die Ermittlungen ergebnislos eingestellt wurden. Nicht zuletzt wegen der Proteste aus dem In- und Ausland erklärte das Amtsgericht von Buenos Aires im Jänner, dass die Ermittlungen wieder aufgenommen seien. Obwohl auch seither kein Ergebnis vorliegt, deutet alles darauf hin, dass der Mord mit den Landkonflikten zu tun hat.

Von Klaus Beisswenger

Salitre, Térraba und China Kichá gehören zu den sieben Reservaten rund um das Landstädtchen Buenos Aires im Süden Costa Ricas. Ein großer Teil der Hügel und Berge wurde zu Indígena-Reservaten erklärt, nachdem der Bau der Panamericana-Straße in den fünfziger und sechziger Jahren vermehrt weiße Siedler in die Gegend gebracht hatte. Später verwandelte *Del Monte* die Ebene um Buenos Aires in eine Ananas-Monokultur.

Der Parlamentarier José María Villalta vom Linksbündnis *Frente Amplio* bemängelt den fehlenden politischen Willen von Regierung und Justiz und befürchtet einen fatalen Präzedenzfall: Wenn der Mord an Rojas ungestraft bleibt, kann dies als Signal verstanden werden, das weiteren Gewalttaten gegen Ureinwohner die Tür öffnet. Die Vorkommnisse sorgten auch international für Aufsehen. Mary Lawler und Francisco Cali Tzay äußerten als Repräsentant:innen der von den Vereinten Nationen beauftragten Untersuchungskommission ihre „tiefe Beunruhigung“.

Ein knappes Jahr nach der Ermordung von Sergio Rojas hatte es ein weiteres Todesopfer gegeben: Im Februar 2020 wurde der indigene Aktivist Jerhy Rivera im Territorium von Térraba erschossen. Als mutmaßlicher Täter wurde Luis Varela, ein Indigener vom Volk der *Brunkas*, angeklagt: Bei einem Tumult von etwa 40 Personen sei Rivera angepöbeln und beleidigt worden und im allgemeinen Aufruhr habe Varela ihn erschossen.

Auch wenn über die Hintermänner des Vorfalls nichts öffentlich wurde, kann man die Komplexität der Situation erahnen: Ein Teil der Indígenas kämpft darum, das ihnen laut Gesetz seit 1976 zustehende Land der Reservate auch in der Praxis nutzen zu können, und hat angesichts der Untätigkeit des Staates zum Mittel der

Landbesetzungen gegriffen. Ein anderer Teil hat sich mit den weißen Siedlern arrangiert, vielleicht Familienbande geknüpft oder bei einem Viehzüchter einen – wenn auch schlecht bezahlten – Job gefunden. Dieser Zwiespalt wird von den Nicht-Indígenen ausgenutzt und weiter geschürt.

Auch der Kirchenmann Luis Alberto Mena, Priester der benachbarten Landgemeinde Pejibaye, blies bei einer Anhörung im Gemeinderat von Pérez Zeledón am 4. Mai in dieses Horn: Die Indígenas seien uneins und die Landbesetzer eine kleine Gruppe, die den sozialen Frieden und das Zusammenleben störe. Sein Bischof, Monseñor Gabriel Montero, stand ihm bei: Die Landbesetzungen seien gesetzeswidrig und daher nicht zu tolerieren.



Foto: Semanario Universidad

Solchermaßen mit höheren Weihen ausgestattet, riefen die Viehzüchter für den 17. Mai zu einer „Karawane“ zum Reservat China Kichá auf, die sich letztlich nicht zuletzt wegen des präventiven Polizeieinsatzes auf eine kleine Kundgebung im Zentrum der Kleinstadt Buenos Aires beschränkte.

Im kleinen Reservat China Kichá geht es nicht zimperlich zu. Drohungen sind an der Tagesordnung. Im Oktober 2020 wurde ein Rancho mit seinem Dach aus Palmblättern in Brand gesteckt – kurz nachdem ein Gericht die Indígenas zur

Räumung der Ländereien aufgefordert hatte. Der Logik des Gerichts zufolge müssen die Ureinwohner abwarten, bis der Staat die ihnen seit 1976 gesetzlich zustehenden Flächen auch tatsächlich übergibt. Ein entsprechendes Programm der Regierung sah dafür einen Zeitplan bis zum Jahr 2023 vor, der kürzlich wegen administrativer und finanzieller Probleme um drei Jahre verlängert wurde. Das Warten würde dann 50 Jahre dauern.

Die Gegenspieler in China Kichá sind keine armen Kleinbauern. Zu einer Protestaktion gegen die indigenen Landbesetzungen rollten stattliche Trucks und Busse an – einer der Großgrundbesitzer ist gleichzeitig Eigentümer des dominierenden Omnibus-Unternehmens im Süden von Costa Rica und betreibt fast den kompletten regionalen Linienverkehr. Ihre abgeholzten Flächen nutzen sie für extensive Viehwirtschaft zur Fleischproduktion.

Eine besonders innige Feindschaft hegt der Siedler Miguel Vargas. Es kam sogar vor, dass staatliche Polizisten Tränengas gegen Indígenas einsetzten, um Vargas Zugang zu „seinem Besitz“ zu verschaffen. Allerdings hat das für Landfragen zuständige *Instituto de Desarrollo Rural* (INDER) Ende April 2021 festgestellt, dass Vargas gar nicht der rechtmäßige Eigentümer ist: Er habe die Ländereien erworben, als das Gebiet bereits zum Reservat erklärt und damit unveräußerlich war. Die Gesetzeslage ist klar: Rechtmäßige Besitzer von Ländereien, die später zu Reservaten erklärt wurden, haben Anspruch auf Entschädigung. Wer dagegen am Gesetz vorbei in einem bestehenden Reservat ein Grundstück erwirbt, kann keine Ansprüche geltend machen.

Wie Sergio Rojas hat auch Pablo Sibar jahrzehntelange Erfahrung in politischen Auseinandersetzungen und dafür ebenfalls Morddrohungen erhalten. In einer Video-Ansprache betont er im Oktober 2020, es handle sich nicht um einen Rassen-Konflikt. Die politische Verantwortung habe allein der Staat zu tragen, der die Umsetzung der Gesetze verschleppt. Besucher:innen von außerhalb seien willkommen, solange sie die Traditionen und Kulturen respektieren. In der Tat existieren in verschiedenen Gemeinden ökotouristische Projekte, in denen die Gäste freundlich empfangen werden. ■

WIRKSAMER SCHUTZ FÜR INDIGENE?

Am 15. April 2021 wurde im deutschen Bundestag die gesetzliche Voraussetzung für die Ratifikation des **Übereinkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** durch Deutschland geschaffen. Das Übereinkommen ist das einzige verbindliche internationale Rechtsinstrument zum Schutz von „eingeborenen und in Stämmen lebenden Völkern“. Es verankert wichtige individuelle und kollektive Rechte für die Angehörigen dieser Völker wie Diskriminierungsschutz, Partizipation in staatlichen Entscheidungen, die sie unmittelbar berühren, Eigentum an von alters her besiedeltem Land und – in vielen weiteren Bestimmungen verankert – ganz generell Schutz vor unfreiwilliger Assimilierung.

Von René Kuppe

Schon bald nachdem dieses „Indigenenübereinkommen“ im Juni 1989 im Rahmen der ILO angenommen und zur Ratifikation aufgelegt worden war, gewann es vor allem in den Staaten Lateinamerikas eine große Rolle bei Mobilisierung und Weiterentwicklung der Rechte indigener Völker. Von den bisher 23 Ratifikationen entfallen 15 auf diese Region. Bald setzten jedoch auch in europäischen Staaten Initiativen ein, um das Übereinkommen zu ratifizieren. Schon 1993 brachte das *Bündnis 90/Die Grünen* einen Antrag zur Ratifikation in den Deutschen Bundestag ein, der von der SPD-Fraktion unterstützt wurde. Er wurde damals abgelehnt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist von dem Übereinkommen nicht betroffen, da auf ihrem Territorium keine eingeborenen und in Stämmen lebende Völker leben und sie daher das Abkommen weder erfüllen noch dagegen verstoßen kann.“ Ähnliche Argumente beendeten in Österreich einen bald von entwicklungspolitischen NGOs kommenden Vorstoß zur Ratifikation.

Erfolgreicher war eine Kampagne in Spanien, die sich auch auf einige prominente Akademiker wie den Indigenenrechtsexperten Prof. Bartolomé Clavero stützen konnte. Am 15. Februar 2007 deponierte Spanien formell die Ratifikationsurkunde bei der ILO. Ratifiziert haben auch die Niederlande (1998) und Luxemburg (2008). Welche Bedeutung hat die Ratifikation eines derartigen Übereinkommens durch ein Land, in dem, wie es in der Beschlussempfehlung des „Ausschusses für Arbeit und Soziales“ an den (deutschen) Bundestag heißt, „keine indigenen Bevölkerungsgruppen im Sinne des ILO-Übereinkommens Nr. 169“ leben?

In der gutachterlichen Stellungnahme des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung war vor allem dessen

Übereinstimmung mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik betont worden. Aus schriftlichen Ausschussberichten und mündlichen Beiträgen direkt während der parlamentarischen Debatte am 15. 4. lassen sich breit gestreute Vorstellungen über Zweck und weiteren Umgang mit dem Übereinkommen ersehen.

Unterschiedliche Zugänge und Positionen

Die *CDU/CSU* betonte die Vorbildfunktion und positive „Signalwirkung“ der deutschen Ratifikation gegenüber anderen Staaten, die sich jedoch nicht aus einer völkerrechtlichen Verpflichtung ergebe.

Die *FDP* vertrat den Standpunkt, die Bundesrepublik solle sich in ihrer Außenpolitik konsequenter für die Rechte der indigenen Völker einsetzen, stellte aber klar, dass „die harte Kernarbeit der Durchsetzung von Menschenrechten nicht an die Unternehmen wegdelegiert“ werden dürfe.

Vertreter der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* bezogen sich auf das Selbstbestimmungsrecht indigener Völker, dem zufolge die Rohstoff-, Außenhandels- und Wirtschaftspolitik so gestaltet sein sollte, dass Maßnahmen auf Gebieten dieser Völker erst nach deren Zustimmung gesetzt werden. Für die Vergabe von Hermesbürgschaften setze das Übereinkommen einen neuen Maßstab; ebenso müsse es im (inzwischen beschlossenen) Lieferkettengesetz verankert werden, denn unternehmerische Sorgfaltspflichten würden auch den Schutz indigener Völker beinhalten.

Ähnlich wies die *Linke* auf die direkte Mitwirkung der deutschen Rohstoff-, Unternehmens-, aber auch Umweltpolitik bei der Zerstörung ganzer Lebensbereiche indigener Völker hin, wofür sie konkrete Beispiele aus Lateinamerika und Zentralafrika anführte, und forderte, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Die Ratifi-

kation dieses Übereinkommens dürfe nicht reine Symbolpolitik bleiben.

Die *SPD*-Fraktion betonte zwar die Signalwirkung der Ratifikation, sprach aber zugleich auch die „Sorgen der deutschen Wirtschaft vor möglichen Auswirkungen der Ratifikation“ an. Diese seien unter den Juristen umstritten, die Ungewissheit müsse aber im Sinne eines Eintretens für globale Menschenrechte hingenommen werden.

In der Tat ist hier einer der umstrittensten Aspekte der Ratifikation angesprochen: Grundsätzlich entfalten internationale Konventionen direkte rechtliche Verbindlichkeiten nur gegenüber Staaten. Das gilt auch für Menschenrechtsabkommen. Es gibt keinen direkten Durchgriff auf Unternehmen. Die Ratifikation findet jedoch in einem besonderen politischen Moment statt: In fast allen europäischen Ländern und auf EU-Ebene werden Sorgfaltspflichtengesetze („Lieferkettengesetze“) erörtert und in Kraft gesetzt, die Unternehmen menschenrechtliche Kernverpflichtungen bei internationalen Aktivitäten auferlegen. Das ILO-Übereinkommen wirft die Frage nach der Ausweitung dieser Verpflichtungen auch auf rechtsverbindliche Verantwortung gegenüber indigenen Völkern auf.

Ratifizierenden Staaten wie Deutschland steht es frei, durch Gesetze das Verhalten heimischer Unternehmen bei Auslandsgeschäften in Einklang mit den Anforderungen des Übereinkommens zu bringen. Offen bleibt, ob die Gremien der ILO entscheiden könnten, dass Deutschland dazu sogar aus dem Übereinkommen heraus verpflichtet ist, sobald ein markanter Anlassfall die Türen zu einem erfolgreichen Beschwerdeverfahren eröffnet hat. Ein solches Verfahren könnte etwa durch eine ausländische Gewerkschaft gegen Deutschland wegen Verletzung indigener Landrechte unter Verantwortung eines deutschen Konzerns eingeleitet werden. Offen bleibt jedoch auch hier die Reichweite der Verantwortung für Tochter- oder gar Zulieferfirmen, worüber letztlich nach Kriterien des Zivilrechtes im Einzelfall entschieden werden müsste.

Nach dem deutschen Beschluss zur Ratifizierung hat die *AG Globale Verantwortung* in einem Schreiben an die Minister Schallenberg und Mückstein eine Ratifizierung auch durch Österreich angeregt. ■

WASSERPOLITISCHER MEILENSTEIN: GUARANÍ-AQUIFER-ABKOMMEN IN KRAFT

Südamerika führt die Liste der Regionen mit den größten Süßwasservorkommen an, ist aber an letzter Stelle, was die jährliche Förderungsrate angeht. Nicht nur dort liegt der politische, wirtschaftliche und öffentliche Fokus weiterhin auf dem Oberflächenwasser, obwohl das Grundwasser 97% des verfügbaren Süßwassers ausmacht. Doch bei insgesamt 592 grenzübergreifenden Aquifere gibt es dazu nur sechs internationale Abkommen. Als Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay das Guaraní-Aquifer-Abkommen als Rahmen für ein gemeinschaftliches Management einer der größten Süßwasserressourcen der Erde schlossen, war es das erste multilaterale Abkommen zu grenzübergreifenden Grundwasserleitern in den Amerikas. Nun ist das Abkommen nach zehn Jahren und einem langwierigen Ratifizierungsverfahren endlich in Kraft. Was kann seine Umsetzung gegen die in der Region derzeit herrschende Dürre ausrichten?

Von Raban Brauner



was beispielsweise den Jahresverbrauch der USA übersteigt. Weil sich der Guaraní-Aquifer größtenteils so tief unter der Erde befindet, dass das Grundwasser nicht direkt zugänglich ist (nur etwa 7% der Fläche liegen frei und ermöglichen die Grundwasserneubildung), ist die aktuelle Förderrate noch sehr gering. Fortschrittliche Tiefbrunnenbohrtechniken beschleunigen jedoch eine stärkere Erschließung.

Anfänge der Zusammenarbeit

Nachdem die Wissenschaft dem Grundwasserleiter in den 1990er Jahren mehr Aufmerksamkeit widmete, startete 2003 unter Obhut der OAS das *Proyecto*

Sistema Acuífero Guaraní (PSAG), größtenteils finanziert von der Weltbank und der *Global Environment Facility*. Das Ziel bestand darin, die wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse über den Guaraní-Aquifer zu erweitern, eine internationale und regionale Struktur des Managements zu entwickeln sowie die zivilgesellschaftliche Partizipation zu fördern. Die Etablierung eines zentralen Informationssystems und vier lokaler Pilot-Projekte waren erste konkrete Ergebnisse.

Bereits in der Projektphase trafen sich regelmäßig Regierungsvertreter:innen Argentinien, Brasiliens, Paraguays und Uruguays, um einen Rahmenvertrag auszuhandeln. Allerdings scheiterte der erste Versuch 2005 an unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich der Konfliktbewältigung. Fünf Jahre später sorgte das infor-

ge neuer Erkenntnisse entwickelte Ziel, ein grenzübergreifendes Management in größerem Maßstab in die Wege zu leiten, für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Diesmal führten die Gespräche weit aus schneller zu Ergebnissen, sodass noch im selben Monat der Vertrag unterschrieben und zur Ratifizierung freigegeben wurde.

Das Guaraní-Aquifer-Abkommen (GAA)

Das Abkommen sollte durch ein kooperatives und integratives Management die Erhaltung sowie die nachhaltige Nutzung der Ressource garantieren. Zu Anfang der insgesamt 22 Artikel deklarieren die Vertragspartner zunächst ihre exklusive Inhaberschaft. Dies lässt sich auch auf während der Vertragsverhandlungen kursierende Gerüchte zurückführen, der Guaraní-Aquifer könne als Weltnaturerbe internationalisiert oder privatisiert werden, was den Kontrollverlust der GAS-Staaten über diese sozioökonomisch und ökologisch so wichtige Ressource und im Falle einer Privatisierung ein erhebliches Umweltisiko bedeuten würde. Mit Blick auf die Vergangenheit Lateinamerikas als Hinterhof der USA und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch multinationale Konzerne waren die federführenden linksgerichteten Regierungen (Cristina Fernández de Kirchner, „Lula“ da Silva, „Pepe“ Mujica und Fernando Lugo) daher verständlicherweise nervös.

Gleichzeitig verpflichten sich die GAS-Nationen zum Schutz der Umwelt und einem umsichtigen Verhalten in grenzübergreifenden Gebieten sowie zu einem intensiven Informationsaustausch. Der vermutlich kritischste Punkt findet sich in der Konfliktbewältigung, bei der es vor allem um negative Umweltauswirkungen von Nutzungsaktivitäten in Grenzgebieten geht. Neben einigen präventiven Maßnahmen soll eine supranationale Kommission gegründet werden, die über die Koordination der Zusammenarbeit und die Einhaltung von Prinzipien und Zielen des Abkommens hinaus auch die Konflikte lösen soll, die die involvierten Staaten nicht untereinander klären können. Falls auch das nicht klappt, wird ein Schiedsverfahren eingeleitet.

Aquifere sind hohle Gesteinskörper, die Grundwasser speichern und leiten. Deshalb werden sie im Deutschen auch Grundwasserleiter genannt. Mit einem Gesamtvolumen von ca. 45.000 km³ und einer Fläche von über 1 Mio. km² (mehr als Österreich, Deutschland, Frankreich und die Schweiz zusammen) ist das Guaraní-Aquifer-System (GAS) einer der größten Grundwasserleiter weltweit. Es erstreckt sich über Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay und versorgt über 15 Mio. Menschen, darunter etliche indigene Kommunen. Ganze Städte wie die brasilianische Großstadt *Ribeirão Preto* mit über 700.000 Einwohner:innen hängen zu 100% vom GAS ab. Schätzungen zufolge kann es durch das Absickern von Regenwasser jährlich um bis zu 166 km³ wiederaufgefüllt werden,

➔ von Seite 31: GUARANÍ-AQUIFER-ABKOMMEN

Trotz breiter Anerkennung als Meilenstein für die südamerikanische Grundwasserpoltik stieß der Vertrag innerhalb akademischer Kreise auch auf Kritik: Es mangle an Klarheit in der Konfliktbewältigung, die Art und Weise des Managements werde nicht weiter präzisiert und es gebe keinen konkreten Plan, um die Umwelt in den für Konflikte besonders anfälligen Austrittszonen des Grundwassers in Grenzregionen zu schützen.

Das (fast) verlorene Jahrzehnt

Der Ratifizierungsprozess offenbarte erste Risse in der bis dahin beispielhaften Zusammenarbeit. In Argentinien und Uruguay ging das Abkommen noch relativ zügig durch Senat und Abgeordnetenkammer und wurde jeweils 2012 ratifiziert. In Brasilien aber war das dezentrale Grundwassermanagement hinderlich, da es die Zustimmung aller acht Bundesstaaten erforderte, über die sich das GAS erstreckt. Noch dazu genießt das Grundwasser nicht erst seit Bolsonaro geringe Priorität in der Politik. In Paraguay führten außenpolitische Probleme zu einer Suspendierung der Ratifizierung, die ursprünglich schon 2012 kurz bevorstand. Das Außenministerium reichte den Vertrag an den Senat weiter, der ihn im Folgejahr genehmigte. Zwei Monate später revidierte er allerdings seine Entscheidung und lehnte das GAA ab, da das Land eine politische Krise erlebte und dadurch zwischenzeitlich vom *Mercosur* ausgeschlossen war. Nachdem Paraguay in den Staatenbund zurückgekehrt war, stimmte das Land dem Abkommen zwar im April 2018 zu, doch aus unbekanntem Gründen kam dieses Dokument lange nicht in Brasilien an – das laut Abkommen für die Verwaltung der Ratifizierungen zuständig war. Diese Undurchsichtigkeit steht sinnbildlich für ein (fast) verlorenes Jahrzehnt, das zwar ambitioniert begann, in dem aber der anfängliche Schwung versandete.

Im Anschluss büßte der Guarani-Aquifer trotz seiner hohen Bedeutung sowohl auf der politischen Agenda als auch in der Öffentlichkeit immer weiter an Priorität ein. So blieb nach zehn Jahren die ernüchternde Bilanz, dass keines der geplanten Komitees gegründet wurde, die Bildungsprojekte zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Teilnahme oder die Unterstützung lokalen Managements garantieren sollten,

und die Pilot-Projekte nach und nach vernachlässigt wurden. Obwohl die Schaffung des Informationssystems nicht unmittelbar an das Abkommen geknüpft ist und bereits 2013 offiziell angekündigt wurde, ist auch das nicht aktualisiert worden. Stattdessen entwickelten Argentinien, Brasilien und Uruguay ihre Datenbanken im Alleingang weiter, während Paraguay weitestgehend zurückblieb. Auch in der Bildungspolitik, die nicht über vereinzelte staatliche Initiativen hinauskam, gibt es noch viel Luft nach oben. Dabei wäre die Einbeziehung der Zivilgesellschaft elementar für ein effektives internationales Grundwassermanagement mit lokalem Fokus. Schließlich wird die Ressource von über 15 Mio. Menschen genutzt und bildet auch die Lebensgrundlage für indigene Kommunen.

Nachhaltigkeit in Gefahr

Zu allem Überflus sorgten Bohrunfälle der australischen Firma *Petrel Energy Ltd.* im uruguayischen Gebiet des GAS für negative Schlagzeilen. Während das Unternehmen mit Genehmigung uruguayischer Behörden nach Wasserstoff suchte, kam es zweimal zum Austritt hunderttausender Liter chemischen Schlammes, wodurch das Grundwasser möglicherweise kontaminiert wurde. Daraufhin erlegte die Regierung *Petrel Energy* eine Strafe von 50.000 US\$ auf, die allerdings wenig Eindruck machte: Zwei Monate später verkündete die Firma die Wiederaufnahme der Bohrungen.

Darüber hinaus ist die Nachhaltigkeit des Guarani-Aquifers von einem weiteren Problem bedroht. Denn im Chaco-Paranensisches Becken, das größtenteils im brasilianischen Bereich des GAS liegt, gibt es große Mengen an Erdgas, Wasserstoff, Schiefergas und Methan. Da das meiste Gas fest im Fels gespeichert ist, muss zur Förderung Fracking verwendet werden. Das bedeutet, dass bis zu zehn Mio. Liter Wasser mit hohem Druck in einen Brunnen gepumpt werden, um den Fels aufzubrechen, damit das Gas entweichen kann. Wie in Uruguay – wo Fracking mittlerweile verboten ist – könnte der Guarani-Aquifer also auch in Brasilien chemisch verunreinigt werden.

2013 gestattete die Nationale Erdölbehörde ANP in ihrer jährlichen Vergaberunde zahlenden Firmen die Förderung unkonventioneller Brennstoffe in mehreren ökologisch gefährdeten Gebieten, wie auch in Bereichen des GAS, und missachtete damit sämtliche Vorschriften zum Um-

weltschutz. Unter anderem erfolgte die Konzession ohne Absprache mit dem Umweltministerium, das Fracking ablehnte. In einem groß angelegten Prozess wurden die Vergaben schließlich für nichtig erklärt. Dennoch ist dieses Kapitel noch nicht abgeschlossen: Der neue Direktor der ANP äußerte sich 2019 optimistisch, dass das Schiefergas „bald gefördert werden kann“. Auch die Regierungen Argentiniens und Paraguays ließen einen Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichen Interessen erkennen, indem sie Förderaktivitäten privater Firmen zuließen.

All dies erweckt den Eindruck, dass die Betonung der Souveränität, die Informationsgewinnung sowie die wirtschaftliche Entwicklung ausschlaggebende Faktoren für die Zusammenarbeit waren. Die Zielsetzung eines gemeinschaftlichen Managements und nachhaltigen Nutzens verlor hingegen an Glaubwürdigkeit.

Ein Lichtblick war jedoch, im Nachhinein betrachtet, das Regionale Zentrum für Grundwassermanagement in Lateinamerika und der Karibik (CeReGAS) in Montevideo, das 2014 in Zusammenarbeit zwischen der UNESCO und Uruguay entstand. Auf dessen Initiative hin erarbeiteten die Staaten einen Finanzierungsantrag für die Umsetzung des bereits 2009 gemeinsam verfassten Strategischen Aktionsprogramms, dem 2020 stattgegeben wurde. Das läutete einen unverhofften Wiederaufschwung der Zusammenarbeit ein, der im November seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Nachdem Paraguays Ratifizierung im Oktober 2020 bei Brasilien eingegangen war, trat das Guarani-Aquifer-Abkommen schließlich am 26. November desselben Jahres in Kraft.

Noch ist allerdings wenig erreicht, da konkrete Maßnahmen erst folgen müssen. Die erste und dringendste Herausforderung wird der Aufbau der Kommission sein, da das Abkommen ohne sie nur begrenzt wirksam sein wird. Außerdem müssen sich die Staaten auf ein Schiedsverfahren zur Beilegung von Konflikten einigen. Nichtsdestoweniger ist mit dem Inkrafttreten des Abkommens ein riesiger Schritt im langwierigen Prozess der Zusammenarbeit erfolgt, die nun doch noch der extremen Bedeutung des Guarani-Aquifers gerecht werden und als Meilenstein der internationalen Grundwasserdiplomatie bezeichnet werden kann. ■

Der Autor hat an der Universität Köln Regionalstudien Lateinamerika studiert und ist derzeit bei Engagement Global und am Wuppertal Institut für Klima und Energie tätig.

IVAN ILLICH

Der Mann, der die Schule abschaffen wollte

Von Gerhard Drekonja-Kornat

Jetzt, da alle, Politiker, Mütter, Väter, aber vor allem auch Kinder, die Schule, mit Gesichtsmaske freilich, wiederbeleben wollen, erinnere ich mich an den Moment, als Bruno Kreisky jäh ein steinernes Gesicht aufsetzte, als sein Gast lustvoll ausposaunte „Schafft die Schule ab. Befreiung von der Lernmaschine!“ Anlass war die Tagung „Jugend und Entwicklung“, zu der unser damaliger Bundeskanzler im Mai 1970, mit Ivan Illich als Gastredner, nach Salzburg geladen hatte: Kreiskys momentaner Grant war erklärlich, war doch die Gesamtschule wesentliche Forderung der Sozialdemokratie!

Trotzdem war dies der Moment, als Illich, bisher auf Puerto Rico und in Mexiko tätig und infolge seiner radikalen Einfälle von Zugvögeln aus allen Amerikas umschwärmt, sein Entrée nach Europa schaffte, dessen Intellektuelle in den Jahren darauf gierig an den Lippen dieses „Jahrtausendmenschen“ hängen würden.

Da Jahrzehnte vergangen sind, darf man inzwischen durchaus fragen: Ivan Illich – who are you?

Unser Held, geboren 1926 in Wien als Nachkomme einer wirtschaftlich aufsteigenden katholischen Unternehmerfamilie, kroatisch-deutsch-jüdisch, hätte leicht ein Opfer der Hitler-Barbarei werden können. Indes, die Mutter konnte mit ihren drei Buben, Nazi-Bonzen mit Familienschmuck bestechend, nach dem damaligen italienischen Dalmatien und dann weiter nach Florenz ausreisen, wo man mit Glück die schlimmen Zeiten überlebte.

Neuanfang 1945 in Rom. Dem aufgeweckten, aber nie frömmelnden Ivan gefiel der Vatikan mit seiner barocken Hierarchie, wo er – als glänzender Lateiner – lernte und die Weihen als Priester empfing. Eine klerikale Karriere schien dem jungen Priester sicher.

Es sollte anders kommen. Ein Besuch in New York führte ihn zum einflussreichen Kardinal Francis Spellmann, der den aufgeweckten Kaplan mit der Betreuung der portorikanischen Zuwanderer in die Pflicht nahm. Dort agierte er derart erfolgreich, dass Spellmann den erst 28jährigen Österreicher zum „Monsignore“, dem jüngsten dieser Art, ernannte.



Auf diese Weise hatte das Lateinamerika-Engagement von Ivan Illich begonnen, das ihn durch den ganzen Kontinent führte, um im Aufbau seines CIDOC-Instituts (*Centro Intercultural de Documentación*) im damals paradiesischen Cuernavaca zu gipfeln. Eigentlich sollte Illich dort nordamerikanische Priester und Nonnen für die Mission in Lateinamerika ausbilden, sozusagen als kirchliche Parallele zu Kennedys „Allianz für den Fortschritt“. Angesichts der Widersprüche im Programm, das Antikommunismus zelebrierte, begann Illich über den Zustand der Welt nachzudenken und mit Zweiflern aller Art über die Sinnhaftigkeit von „Entwicklung“ zu debattieren.

Im Laufe der sechziger Jahre stieg Illich, beschützt vom warmherzigen Erzbischof von Cuernavaca, Don Sergio Méndez Arceo, zum charismatischen Debattierer auf, der alle Säulen der Nachkriegsordnung zum Einsturz bringen wollte. In zahlreichen Essays gerieten seine Forderungen immer radikaler: Schluss mit der konventionellen Schule! Schluss mit der Entwicklungshilfe! Schluss mit der modernen Medizin-Maschine! Schluss mit Institutionalisierungen aller Art, schließlich auch: Entsakralisierung des Vatikans!

Alles, was im Gefolge von 1968 weltweit als Kulturrevolution ausbrach, Theologie der Befreiung eingeschlossen, war im

CIDOC-Institut, wo Zugvögel (darunter damals auch der blutjunge Leo Gabriel mit seiner „Communiversität“) freie Vorlesungen anboten, vorgedacht worden. Kein Wunder, dass im Vatikan Panik ausbrach. Illich, zum Rapport nach Rom befohlen, zog die Konsequenz, legte sein Priesteramt zurück, ließ sich laisieren, blieb aber dem Geist des Evangeliums treu.

Ivan Illichs Ur-Text für das Verwerfen aller etablierten Architekturen wurzelte im Nachdenken über die Schule, denn diese historische Einrichtung „versklavt gründlicher und systematischer als das Wettrüsten“. Daher forderte Illich „De-Schooling“, also Ent-Schulung!

In Salzburg im Mai 1970 neben Bruno Kreisky sitzend, verwarf er alle institutionellen Reformen seitens der auf Wachstum drängenden bürgerlichen Experten, deren Ratschläge lediglich eine Modernisierung der Armut erreichen würden. „Es bleibt die Aufgabe des kulturellen Revolutionärs“, trug Illich in sanfter Sprache vor, „die Irrtümer, auf denen diese Förderung der Schule basiert, zu überwinden und Maßnahmen zu entwerfen, die zu einer radikalen Entschulung der Gesellschaft führen“.

Wie sollte das gelingen? Jeder Versuch, die verkrustete Schule aufzubrechen, schien ihm akzeptabel, auch als „Arbeitslager“ für pubertierende Jugendliche – womit er natürlich nicht die Nazis meinte, sondern die Praxis der israelischen Kibbuzim. Ebenso wollte Illich die amerikanische GI-Bill von 1945 verallgemeinern, als eine Art Erziehungskarte für junge Erwachsene, um sich, basisfinanziert, nach eigenem Gutdünken für ein oder zwei Jahre weiterbilden zu können. (Diesem göttlichen – leider nie wiederholten – Programm verdanken wir die Dutzenden von jungen US-Genies, die 1945, aus der Armee mit einem Dollarscheck entlassen, in Paris zu sich selbst fanden.)

Der kulturrevolutionären Welt war Ivan Illich Prophet. Auch Günther Nenning's *Neues Forum* druckte begeistert die Essays über „Entschulung“ nach.

Freilich, nach und nach, in den 1980ern, begann Illichs Stern zu verblassen. Alle von ihm entsakralisierten Institutionen, Kirche, Schule, Medizin oder Entwicklungshilfe, blühten und blühen weiterhin. Neu war lediglich das Umtaufen von „Dritter Welt“ in „Global South“.

Was übrigens Illich überhaupt nicht störte, denn er wollte nicht notwendiger-

Illustration: www.postwachstum.de

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlich in Berlin publizierten Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen

POONAL des Nachrichtenpool Lateinamerika

(<https://www.npla.de>, E-mail: poonal@npla.de),

des Lateinamerika-Portals amerika21.de

(<https://amerika21.de>, E-mail: redaktion@amerika21.de)

und anderen (jeweils angegebenen) Quellen

MEXIKO

Zwischenwahlen

Aus den Zwischenwahlen vom 6. Juni ging *Morena* zwar als stärkste Partei hervor, doch hat die Regierungskoalition dabei die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittel-Mehrheit im Unterhaus verloren. Über 90 Millionen Mexikaner:innen waren zu den umfangreichsten Wahlen der Geschichte des Landes aufgerufen. Tausende Ämter waren neu zu besetzen, darunter die 500 Sitze der Abgeordnetenkammer, 15 von 32 Gouverneursposten und 30 regionale Parlamente.

Der Wahlabend verlief für mexikanische Verhältnisse äußerst friedlich und sauber. Laut der Wahlbehörde INE konnte in über 99 Prozent der Wahllokale ein störungsfreier Betrieb garantiert werden. Nur in sechs Gemeinden mussten die Wahlen aufgrund von Gewalttätigkeiten abgesagt werden. Mit knapp 52 Prozent war auch die Wahlbeteiligung verhältnismäßig hoch.

Dabei standen die Wahlen angesichts der Corona-Pandemie unter keinen guten Vorzeichen. Außerdem zählte der Wahlkampf zu den blutigsten der mexikanischen Geschichte. Die Angaben über die Zahl der ermordeten Kandidat:innen reichen von 35 bis über 140. Analyst:innen sehen in der vor allem auf lokaler Ebene ausgeübten Gewalt den Versuch der mexikanischen Drogen-Kartelle, ihre Macht auch in der Politik zu festigen.

Die Wahlen galten als Stimmungstest für die Politik von Präsident López Obrador. Der häufig als „linkspopulistisch“ charakterisierte Präsident hatte bei Amtsantritt eine „vierte demokratische Transformation“ Mexikos angekündigt. Er versprach, das Land von der Herrschaft der von ihm als „Mafia der Macht“ bezeichneten Eliten zu befreien und den blutigen Drogenkrieg zu beenden.

Die Bilanz von Amlo muss jedoch als dürftig bewertet werden: Zwar hat er Sozialprogramme aufgelegt, doch der Drogenkrieg hat nicht nachgelassen. Im Gegenteil: Seit seinem Amtsantritt 2018 sind bereits über 80.000 Menschen ermordet worden.

Damit dürfte seine Amtszeit zur blutigsten der Geschichte werden. Außerdem wird der Präsident für seine Corona-Politik kritisiert. Viel zu spät hat López Obrador Maßnahmen eingeleitet und das Virus lange Zeit verharmlost. Mit über 230.000 Toten hat Mexiko die vierthöchste Opferzahl weltweit zu beklagen.

In seiner Amtszeit hat sich auch das von den USA forcierte Grenzregime an der mexikanischen Südgrenze verschärft, das vor allem Geflüchtete aus Guatemala, Honduras und El Salvador davon abhalten soll, die USA zu erreichen. Zur derzeit sehr vitalen feministischen Bewegung hat sich Amlo äußerst abfällig geäußert. Und für Infrastrukturprojekte wie den „Maya-Zug“, der touristische Hauptorte auf der Yucatán-Halbinsel verbinden soll, quer durch Naturschutzgebiete und indigene Regionen, wird er scharf kritisiert.

Doch Amlo wird weiter regieren können, wenngleich geschwächt. Rund 280 der insgesamt 500 Sitze der Abgeordnetenkammer wird das Wahlbündnis um die linke Regierungspartei *Morena* stellen. Die Partei des Präsidenten hat für die Wahlen gemeinsame Listen mit der post-maoistischen Partei der Arbeit (PT) und der in der Vergangenheit für Gewalttaten und Korruption kritisierten Grünen Partei aufgestellt.

Auf der Seite der Opposition hat sich eine janusköpfige Wahlallianz gebildet. Die erzkonservative PAN und die neoliberalen und wegen Korruptionsskandalen kritisierte ehemalige Staatspartei PRI, haben ein Bündnis geschlossen, dem sich die linke PRD, in der López Obrador seine Karriere begann, angeschlossen hat.

Morena wird voraussichtlich elf der Gouverneur:innenposten gewinnen. In Mexiko-Stadt zeichnet sich jedoch eine historische Niederlage ab. Die Hauptstadt ist eine traditionelle Hochburg der Linken und wurde über 20 Jahre von linken Parteien regiert, zuletzt von *Morena*. Neun von 16

Bezirken, vor allem die wohlhabenderen im Westteil der Stadt, wurden nun vom Oppositionsbündnis gewonnen. Der Einsturz einer U-Bahn-Brücke mit über 25 Toten Anfang Mai dürfte ein wichtiger Grund gewesen sein. In die Planung und den Bau der 2012 eröffneten Linie waren enge Vertraute von López Obrador maßgeblich involviert.

Von René Thannhäuser, amerika21

50 Jahre „Halconazo“-Massaker

Am 10. Juni jährte sich die als *Halconazo* bekannte Repression gegen mexikanische Student:innen vom 10. Juni 1971 zum 50. Mal. Erstmals wurde heuer eine Demonstration zum Haus des damaligen Präsidenten Luis Echeverría Álvarez (1970–1976) in Mexiko-Stadt durchgeführt. Das *Comité 68*, entstanden nach dem 1968 verübten Massaker von *Tlatelolco*, rief dazu auf sowie zu einer Demonstration in dem Stadtteil, wo der bis heute ungeführte staatliche Terror stattfand.

Die *Halcones* (Falken) waren eine paramilitärische Gruppe, die Ende der 1960er Jahre gegründet und vom General Manuel Díaz Escobar geleitet wurde. Zusätzlich zum militärischen Training in Mexiko wurden ihre Mitglieder nachweislich auch in Großbritannien, Frankreich, den USA und Japan in Nahkampf und Aufstandsbekämpfung ausgebildet. Diese Gruppierung griff am 10. Juni 1971 gezielt die erste Demonstration nach dem Massaker von *Tlatelolco* an. Rund 10.000 Studierende nahmen daran teil. Die Polizei zeigte kaum Präsenz und überließ die Straße bald den mehreren Hundert *Halcones*, welche die Demonstrierenden zuerst mit Bambusstöcken und anschließend auch mit Schusswaffen angriffen. Rund 120 Menschen wurden dabei getötet, viele weitere verletzt.

Der mit den Studierenden solidarische Arzt Fernando Valadez schildert den Horror, den er an diesem Tag erlebte: „Wir mussten beim Abtransport der Verwundeten auswählen, wen wir aufgrund seiner Überlebenschancen mitnehmen konnten, viele waren zu schwer verwundet und verbluteten auf der Straße“. Außerdem berichtet Valadez, dass die *Halcones* in ein Spital eindringen, um Verwundete zu ermorden. Er selbst wurde während des Abtransports der Verletzten von der Polizei verhaftet und galt für kurze Zeit als verschwunden.

Nach dem *Halconazo* entschieden sich viele junge Leute in Mexiko für den Guerillakampf, da es offensichtlich keine demokratischen Spielräume für die Linke gab. Die Regierung unter Luis Echeverría reagierte mit der Strategie des „Schmutzigen Kriegs“: Aufständische Gebiete wurden militarisiert, Guerillas und andere Linke wurden verfolgt, gefoltert und hingerichtet. Mehr als 600 Menschen gelten bis heute als gewaltsam verschwunden. Am 50. Gedenktag des *Halconazo* waren erstmals auch mexikanische Bundesinstitutionen aktiv und ein internationaler Kongress wurde von acht Universitäten mit-berufen.

Einen der bekanntesten kulturellen Bezüge zu den Ereignissen vom 10. Juni 1971 realisierte kürzlich der Regisseur Alfonso Cuarón in seinem mit drei Oscars preisgekrönten Film *Roma*, in dem er mit der Person Fermin den Werdegang eines „Falken“ porträtiert. Auch die Szenen des Massakers drehte Cuarón am exakten Tatort in Mexiko-Stadt. Eine juristische Aufarbeitung der Ereignisse und somit auch eine Rechenschaft des heute 99-jährigen Echeverría verhinderte der Oberste Gerichtshof bisher. Mexiko ist das einzige lateinamerikanische Land, in dem die Zeit der Repression der 1960er und 70er Jahre straflos bleibt.

In der Pressekonferenz zur Mobilisierung am 10. Juni lud das *Comité 68* auch eine Vertreterin der pädagogischen Hochschule Mactumactzá ein. Lehramtsstudierende in Chiapas, Puebla und Oaxaca erlitten kürzlich anlässlich ihrer Mobilisierungen kollektive Verhaftungen und massive Übergriffe der Behörden, ein Muster staatlicher Gewalt, das ungebrochen scheint.

Philipp Gerber

PERU

Traurige Weltspitze

Die peruanische Regierung hat Ende Mai, inmitten des Endspurts der Stichwahl um die Präsidentschaft, eine neue, drastisch erhöhte Covid-19-Todesbilanz bekanntgegeben. Demnach fällt die Anzahl der Todesopfer mit knapp 181.000 zweieinhalb Mal so hoch aus wie die bisherige offizielle Zahl. Letztere wurde von Beginn der Pandemie an immer wieder angezweifelt, denn die sogenannte „Übersterblichkeitsstatistik“ wies eine wesentlich höhere Differenz im Vergleich zu vorangegangenen Perioden auf.

Aufgrund der anhaltenden Kritik wurde im April dieses Jahres eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die zu dem traurigen Befund gekommen ist. Bei der neuen Zählung wurden nicht mehr nur wie bisher die positiven Testergebnisse berücksichtigt, sondern auch Verstorbene mitgezählt, bei denen man aufgrund der Symptomatik von einer Corona-Infektion hätte ausgehen können.

Peru weist nunmehr mit 575 pro 100.000 Einwohner:innen (Stand: 14.06.) die mit Abstand höchste Todesrate weltweit auf. Bisher wurde diese Statistik von Ungarn angeführt (305/100.000). Allerdings weist die peruanische Regierung darauf hin, dass in einer Reihe weiterer Länder dieselbe Aufgabe ansteht. Tatsächlich weisen einige lateinamerikanische Staaten ebenfalls eine hohe Diskrepanz zwischen der offiziellen Zahl an Corona-Toten und der Entwicklung der Übersterblichkeit auf. Mexiko hat diese Revision bereits Ende März vorgenommen (+ 120.000 Tote; siehe auch LAA 2/2021). Sie ist aber aus unerfindlichen Gründen – und im Gegensatz zur peruanischen Änderung – bisher nicht in den offiziellen WHO-Datenbestand eingeflossen.

Die erwähnten Diskrepanzen in den nationalen Statistiken haben bereits zu inoffiziellen Neuschätzungen der globalen Todesbilanz der Pandemie geführt: Demnach könnte die wahre Zahl bisher nicht bei 3,8 Millionen (laut WHO-Ausweis), sondern näher bei 8,5 Millionen Menschen liegen.

Jürgen Kreuzroither

BRASILIEN

(Wenig) Brot und (viele) Spiele

Die Bolsonaro-Regierung hat nach Rückziehen von Kolumbien (Unruhen) und Argentinien (Pandemie) und einer – ebenfalls Pandemie-bedingten – Absage der Biden-Regierung zugegriffen und übernahm die Austragung der Copa América, des südamerikanischen Gegenstücks der parallel laufenden Fußball-Europameisterschaften der Männer. Die äußerst kurzfristige Zusage (zwei Wochen vor Turnierbeginn am 13. Juni) war sehr umstritten: Schließlich ist auch in Brasilien die Pandemie mit derzeit 2.000 Toten pro Tag bei insgesamt einer halben Million Todesopfern alles andere als überwunden. Hinzu kommt die ökonomische Katastrophe: 60 Prozent der 210 Millionen Brasili-

aner:innen sind von zumindest zeitweiser Nahrungsmittelknappheit betroffen. Dementsprechend hat sich die Bevölkerung laut Umfragen zu fast zwei Dritteln gegen die Abhaltung des Turniers ausgesprochen und auch das Nationalteam hat reagiert. Neymar & Co sprachen sich gegen das Turnier in der jetzigen Phase aus, ohne jedoch den finalen Schritt eines Spielerboykotts zu wagen.

Bolsonaros Begeisterung für die Copa ist simpel: Er muss dringend Ablenkung von seinem desaströsen Corona-Management schaffen. Dieses wird nämlich aktuell aus einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss mittels täglicher Live-TV-Schaltung einem Millionenpublikum vor Augen geführt.

Es wurden sogar beim Obersten Gerichtshof mehrere Eingaben auf Untersagung des Bewerbs eingebracht. Das Gericht gab erst zwei Tage vor Turnierbeginn sein Placet, unter anderem mit dem Argument, dass es regionalen Behörden ja freistehe, als Veranstaltungsort auszustei- gen. Das tat schon zuvor der nordöstliche Bundesstaat Pernambuco, dessen Hauptstadt Recife zuletzt Austragungsort bei der Fußball-WM 2014 war. So wird das Turnier nunmehr von nur vier Städten ausgerichtet, wobei eine davon, Cuiaba in Mato Grosso, mit fast 500 Infektionen pro 100.000 Einwohner:innen derzeit eine der höchsten Inzidenzen des Landes aufweist (Österreich Mitte Juni: 19).

Der südamerikanische Verband CONMEBOL will dem mit einem strengen Protokoll begegnen: keine Fans in den Stadien, Kasernierung der Mannschaften und Bereitstellung von (nicht obligatorischen) Impfdosen – eine chinesische Schenkung – für alle Teilnehmer:innen. Das verhinderte allerdings nicht, dass just vor dem Eröffnungsspiel am 13. Juni das venezolanische Team 13 (!) Corona-Fälle in seinen Reihen bekanntgeben musste. Das Match konnte nur dank des speziellen Nominierungsrechts für dieses Turnier stattfinden. Viele weitere Infektionen folgten.

Jürgen Kreuzroither

CHILE

Erneute Niederlage für rechte Kräfte bei Regionalwahlen

Die rechten Parteien sind in der zweiten Runde der Regionalwahlen in Chile erneut abgestraft worden. In 13 der 16 Re-

weiter Seite 39 ➔



BUCHBESPRECHUNG

EIN LAND IN BEWEGUNG

Sophia Boddenberg: *Revolte in Chile*

Aufbruch im Musterland des
Neoliberalismus
UNRAST Verlag, Münster, 2020
144 Seiten, 14,- Euro

Nach der Lektüre dieses Buches bleibt vor allem eine Frage: Wie konnte es geschehen, dass es in Chile so lange dauerte – mehr als drei Jahrzehnte – bis der sprichwörtlich letzte Tropfen das Fass zum Überlaufen brachte? Seit Ende der siebziger Jahre sezieren kritische Autorinnen und Autoren akribisch das in seiner Radikalität und Konsequenz einzigartige neoliberale Projekt der Chicago Boys, der von Milton Friedman an der *School of Economics* der *University of Chicago* ausgebildeten und geprägten intellektuellen Elite des Pinochet-Regimes. Bereits sehr früh wurden die dramatischen Folgen der Privatisierung aller zuvor im öffentlichen Besitz befindlichen Betriebe und Institutionen der Daseinsvorsorge, des Bildungs- und Gesundheitssystems detailliert beschrieben und die sozialen und ökologischen Verwüstungen im Gefolge dieses marktradikalen Experiments dokumentiert. Es fehlte nicht an soliden Rechenmodellen, die belegen, wie zwingend das weltweit erste – ausschließlich auf Zwangsbeiträgen zu privaten Pensionsfonds im Besitz transnationaler Finanzholdings beruhende – Rentensystem mit seinen exzessiven Verwaltungskosten, in das nur die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einzahlen, nicht zur Altersarmut, sondern zur Altersverelendung führt.

Der notorische strukturelle Rassismus in der chilenischen Mehrheitsgesellschaft gegenüber den indigenen Gemeinschaften, die Alltäglichkeit geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Menschen mit einer LGBTQ-Identität – und der geradezu obszöne Abgrund zwischen dem Einkommen und Lebensstil der Wohlhabenden und dem Rest der Bevölkerung, all das wurde immer wieder analysiert und empirisch belegt. Der in diesem Buch zitierte Weltbank-Ökonom Branko Milanovic brachte es im Juni 2020 auf den Punkt: „Die Reichen in Chile verdienen so viel wie die Reichen in den reichsten Ländern



Europas und die Armen so viel wie die Armen in der Mongolei.“

Warum also diese langen Jahrzehnte, in denen keine der Nach-Pinochet-Regierungen fähig zur Erneuerung war, zur Überwindung des Gesellschaftsmodells aus der Zeit des Militärregimes? Was Sophia Boddenbergs Antwortversuch und ihr Blick auf das Chile, das endlich „aufgewacht“ ist, so lesenswert macht, ist die Mischung aus sozialwissenschaftlicher Analyse, historischer Herleitung und der Authentizität, dem verdichteten, ganz nahen Miterleben dessen, was da seit der „Explosion“ des 18. Oktober 2019, den durch Preishöhen der Santiagoer Metro und massive Aufschläge auf die Stromrechnungen ausgelösten Protesten, dem Beginn der landesweiten Revolte gegen das neoliberale Modell und ein im Kern patriarchalisch-autoritär gebliebenes politisches System, geschehen ist.

„Revolte in Chile“ ist die Geschichte vom Aufstieg und Fall eines zutiefst unsolidarischen Gesellschaftsmodells, das mit seinen sozialdarwinistischen Segregationspraktiken – etwa in Form der unter Pinochet konsequent vorangetriebenen sozialräumlichen Trennung – jahrzehntelang für ein Leben in Parallelwelten gesorgt hatte. Sophia Boddenberg geht es im Hauptteil ihres mit eindrucksvollen Fotos illustrierten Buches darum, diejenigen zu Wort kommen zu lassen, die die Protagonistinnen und Protagonisten der Massenproteste seit dem Oktober 2019 waren. Die Gesprächspartner sind dabei vor allem junge Menschen: Ihre Geschichten, Be-

wegründe, ihre Erfahrungen mit einem repressiven, auf ihre Forderung nach Veränderung extrem gewalttätig reagierenden Polizeistaat helfen zu verstehen, dass es in diesem Land mit seiner traumatischen Geschichte diesmal auch um ganz neue Formen politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse geht.

Es sind Schülerinnen und Schüler, Studierende, Frauen, Menschen aus den indigenen Völkern Chiles, Umwelt-Engagierte, Künstler, die am Ende weit über eine Million Teilnehmende an der größten Demonstration in der chilenischen Geschichte mobilisieren und so die Piñera-Administration und die sie stützenden rechtskonservativen Parteien zwingen, zuerst einem Plebiszit, das im Oktober 2020 den Weg zu einer neuen Verfassung freimachte, und danach den Wahlen zum weltweit ersten Verfassungskonvent, der zu gleichen Teilen von Frauen und Männern besetzt ist – und in dem auch erstmals die indigenen Völker Chiles vertreten sind – zuzustimmen.

Sophia Boddenbergs Blick auf dieses sich rasant verändernde, buntere und diversere Chile lässt verstehen, dass es bei diesem Aufbruch im Musterland des Neoliberalismus auch um ein Ende der repräsentativen Demokratie mit traditionellen Parteien, die sich allesamt seit 1990 delegitimiert haben, geht. Stattdessen sind es jetzt die jungen Menschen – darunter sehr viele Frauen –, alle fast immer ohne Parteibuch, die sich aufgemacht haben, die Zukunft Chiles zu gestalten. Ihre Welt ist die der sozialen Bewegungen, der Nachbarschafts- und Stadtteilorganisationen – und der Erfahrung, dass es eben doch gelingen kann, mit eindrucksvoll kreativen Formen des zivilen Ungehorsams und des massiven Protests Mauern ins Wanken zu bringen.

Jürgen Schübelin

ALTERNATIVEN ZUM KOLLAPS

León Enrique Ávila Romero: *Alternativas al colapso socioambiental desde América Latina*

Bielefeld University Press, transcript Verlag, Bielefeld 2021, broschürt, 155 S., 15,- Euro

Der vorliegende Band in spanischer Sprache ist Teil der CALAS-Reihe, die eine Ko-Produktion von je vier la-

teinamerikanischen und deutschen Universitäten darstellt und sich der kritischen Analyse des sozialen Wandels Lateinamerikas widmet.

Der Autor, mexikanischer Herkunft, ist neben der akademischen Karriere an mehreren, auch internationalen Universitäten auch in der Naturschutz-Basisarbeit aktiv. Er zeichnet eingangs ein düsteres Bild vom Ausmaß der Umweltzerstörung und insbesondere vom Voranschreiten des Klimawandels auf dem Subkontinent. Beeindruckend: In der 1970 und 80er Jahren waren vier Fünftel der Todesopfer von Naturkatastrophen geologischen Ereignissen zuzuschreiben. In den darauffolgenden zwei Jahrzehnten ist derselbe Anteil bereits klimatischen Umständen zum Opfer gefallen. Dabei ist Lateinamerika nur für fünf Prozent der weltweiten Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Folgerichtig sieht er auch den Begriff Anthropozän als zu generalisierend und bevorzugt den Begriff Kapitalozän.

Im zweiten Kapitel werden einige Schauplätze des konkreten Kampfes für „Mutter Erde“ und die sie tragenden Organisationen und Bewegungen eher cursorisch vorgestellt, wobei eine stärkere Berücksichtigung der Szene Zentralamerikas und Mexikos festzustellen ist. Spätestens an dieser Stelle ist anzumerken, dass die zitierten Quellen teilweise aktueller hätten ausfallen können. So stellt sich beispielsweise die Frage, ob Explorationsdaten zu mineralischen Rohstoffen aus 2012, die als weltweiter Anteil des Subkontinents angegeben werden (Seite 55), wirklich State of the Art sind.

Auch im abschließenden dritten Kapitel zu Alternativen angesichts des drohenden Kollapses bleibt der Blick schwerpunktmäßig auf Zentralamerika und Mexiko gerichtet. Der Bogen spannt sich von der Vorstellung des agrarökologischen Konzepts über die autonome zapatistische Regierungsorganisation im süd-mexikanischen Chiapas, Ansätze zu mehr Nachhaltigkeit im städtischen Bereich bis hin zum Konzept des *Buen Vivir* und zum kommunitären Feminismus.

Dass bei dieser Bandbreite an Themen, Begriffen und Bewegungen nur eine Einführung möglich war, liegt wohl am Design der CALAS-Reihe, die aus eher schlanken Bänden besteht. Leser:innen, die die deutschsprachige Lektüre bevorzugen, dürfte in wenigen Monaten eine Alternative geboten werden.

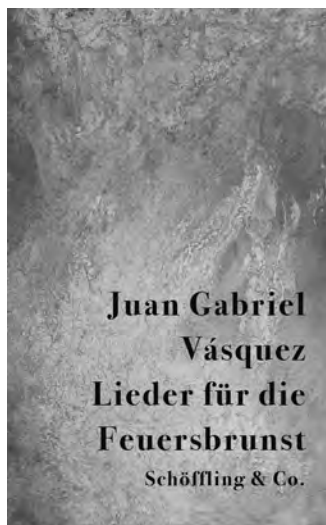
Jürgen Kreuzroither

FESSELNDE MINIATUREN

Juan Gabriel Vásquez: *Lieder für die Feuersbrunst*

Verlag Schöffling&Co, Frankfurt, 2021
236 Seiten, 22,- Euro

Die Feuersbrunst, die Vásquez besingt, ist nicht der berühmte Brand des Justizpalastes im Jahr 1985, sondern eine ganz normale Brandschatzung, wie sie im beginnenden Bürgerkrieg Ende der 1940er Jahre in der kolumbianischen Provinz an der Tagesordnung waren. Opfer ist mit Aurelia de León eine Frau, deren packendes Schicksal der Autor von verschiedenen Seiten aufrollt: von ihrer Geburt in Frankreich während des Ersten Weltkriegs und von ihrer Grabstätte in Kolumbien auf einem Friedhof, wo Freimaurer, Selbstmörder, ledige Mütter und andere von der katholischen Kirche Verstoßene beigesetzt wurden.



Der kolumbianische Autor geht von Fakten aus, die ihm durch Zufall zur Kenntnis gekommen sind, recherchiert so weit möglich Zusammenhänge und ergänzt die Lücken mit erzählerischer Phantasie, die so plausibel ist, dass man ihr gerne folgen will. Die Geschichte ist ein Abfallprodukt der Recherchen zum 2016 erschienenen Roman Die Gestalt der Ruinen. Ein vom Politiker Rafael Uribe Uribe, der dort eine der Hauptrollen spielt, verfasstes Wörterbuch spielt in dieser Erzählung eine nicht unerhebliche Nebenrolle.

Die neun Erzählungen, die in diesem Band zusammengespant sind, stammen aus zwei Jahrzehnten und mindestens drei

Wohnsitzen in Paris, Barcelona und Bogotá. Sie spielen auch in Kolumbien, Frankreich und Spanien. Gemeinsam ist ihnen, dass ihnen alltägliche Begegnungen zugrunde liegen und teils unspektakuläre Handlungen auf so spannende Art erzählt werden, dass sie uns berühren. Etwa *Der Doppelgänger*. Nach dem Abitur müssen die Schüler zur Stellung. Aber nicht alle werden von der Armee gebraucht, deswegen lässt man das Los entscheiden. Rote und blaue Kugeln, die aus einem Säckchen gefischt werden müssen, entscheiden über das Schicksal der jungen Männer. Der Autor und sein Freund Ernesto Wolf sind die letzten im Alphabet. Nur mehr eine blaue und eine rote Kugel wartet auf sie. Das Schicksal trifft den Freund, der zunächst mit viel patriotischer Gesinnung einrückt, aber dann bei einem Manöver tödlich verunglückt. Für den Ich-Erzähler ist es unmöglich, an der Beerdigung teilzunehmen, weil er dem Vater des Freundes nicht begegnen will. Er weiß, es hätte genauso gut ihn erwischen können. Er lebt, weil Ernesto gestorben ist. Wie der Vater damit umgegangen ist, erfährt er erst Jahre später, als ihm ein Paket des inzwischen Verstorbenen übergeben wird.

Als Student in Paris versucht der Autor als Statist in einem Film von Roman Polanski ein Taschengeld zu verdienen. Die Begegnung mit dem ebenso berühmten wie umstrittenen Regisseur verläuft ebenso unspektakulär, wie die immer wieder gedrehte Szene, in der er dem Hauptdarsteller Johnny Depp über den Weg laufen muss. Es ist kein Erlebnis, das einen längeren Text rechtfertigen würde. Aber Vásquez versteht es in der Erzählung *Der Flughafen*, nebenbei die Umstände und den Hergang des Ritualmords an Polanskis erster Ehefrau Sharon Tate nachzuerzählen. Ein Verbrechen, das vier Jahre vor der Geburt des Autors begangen wurde, ihn offenbar aber schon lange gefesselt hatte.

Die Frösche erzählt, wie ein Treffen von Veteranen des Korea-Kriegs, wo Erinnerungen an heroische und weniger heroische Taten ausgetauscht werden, plötzlich eine peinliche Begegnung ganz anderer Art wachruft. Juan Gabriel Vásquez, der mit seinen teils voluminösen Romanen inzwischen auch die deutschsprachige Leserschaft erobert hat, erweist sich in diesem Band auch als Meister der Miniaturen, die in bescheidenem Gewand daherkommen, aber fesseln und nachwirken.

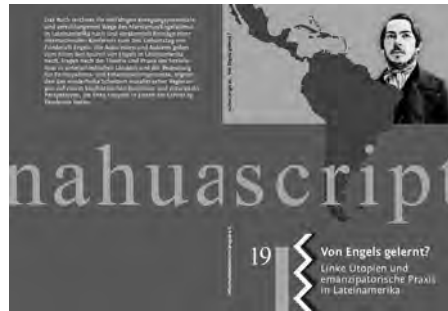
Ralf Leonhard

LINKE UTOPIEN

Matei Chihaiu/ Klaus Heß/ Peter Imbusch
(Hg.): *Von Engels gelernt?* Linke Utopien und emanzipatorische Praxis in Lateinamerika
nahuascript 19, Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal, 2021, 204 Seiten,
8 Euro plus Versand

Nach Wahlniederlagen, Amtsenthebungen und Putschen, dem „Scheitern des Progresismo“, wird linke Nabelschau gehalten: Wie... „aus der Krise“, ... „ins postkapitalistische Zeitalter“, welche... „Perspektiven“ – regelmäßig, auch hier, in *Lateinamerika anders*. Gegen Frust und endlose Wiederbelebungseuphorien hilft dabei vielleicht ein Blick auf die „Klassiker“. Ein solcher wurde anlässlich des 200. Geburtstags von Friedrich Engels im letzten Jahr auf einer Konferenz geworfen, deren Beiträge nun erschienen sind: tiefgründig, gedankenreich, inspirierend. Aus Europa importierte Marxisten hatten und haben – neben eigenen Fehlern und Versäumnissen – auch mit mächtigen Feinden des Sozialismus zu kämpfen. Sie waren mit Paradoxien konfrontiert: „Während die Studenten in Paris gegen die Konsumgesellschaft kämpften, (treten...) die Studierenden und Arbeiter in Lateinamerika für sie ein.“ Fehlende Proletarisierung der Gesellschaften wird festgestellt und eine Refeudalisierung – im Sinne von ungeheuren sozialen Gegensätzen. Álvaro García Linera, der ehemalige bolivianische Vizepräsident und Soziologe, wird zitiert, der vor ökonomischem Determinismus warnt: Entwicklung sei nicht automatisch gleich Entwicklung des Proletariats. Aber liegt die Crux nicht doch im Widerspruch, dass der Neoliberalismus einerseits soziale und ökologische Probleme von ungeheuren Ausmaßen produziert, andererseits aber auch wissenschaftlich-technischen Fortschritt – und dass es in globalem Maßstab zu einer bedeutenden Armutsreduzierung gekommen ist? Ist es also nicht so, dass, während die Revolution weiter auf der Tagesordnung bleibt, bisher auch die Produktivkraftentwicklung noch munter voranschreitet?

Alternativen sind gefragt. Im zweiten Themenblock werden emanzipative Projekte vorgestellt: Arbeiterselbstverwaltung, Indigenismus, Autonomie (wobei das umfassendste Forschungsprojekt dazu leider gar nicht erwähnt wird: www.latautonomy.com).



Im letzten Teil glänzen die Doyens des Lateinamerikanismus. Detlev Nolte warnt vor einer Überstrapazierung des Begriffs Staatsstreich und vergleicht den Sturz Salvador Allendes am 11. September 1973 mit dem von Manuel Zelaya in Honduras (2009) und Evo Morales in Bolivien (2019) sowie den Amtsenthebungen von Fernando Lugo in Paraguay (2012) und Dilma Rousseff in Brasilien (2016). In Uruguay, darauf weist er am Rande hin, ist die *Frente Amplio* nach drei aufeinanderfolgenden Regierungen auch einfach abgewählt worden. Er sieht dabei auf der Linken eine geringe Neigung zur Selbstkritik, einen Hang zum Personenkult und teilweise Autoritarismus – was nicht fällt, ist das Wort Sektierertum. Strategische Fehler der Amtsinhaber und das breitere politische und soziale Umfeld, das Machtwechsel begünstigt, geraten so oft aus dem Blick. Nicaragua und Venezuela sieht Nolte als Ballast für progressive Projekte.

Schade ist, dass der „sozialistische Prototyp“, Kuba, nur auf sechs Seiten analysiert wird, allerdings dennoch profund. Egalitäre Kernelemente wurden dort gegen alle Widerstände und Widrigkeiten verteidigt. „In Cuba war der Sozialismus keine Produktionsweise, sondern eine Verteilungsweise“, zitiert Bert Hoffmann einen kubanischen Freund. Und eine „Verteidigungsweise“, möchte man hinzufügen. Ohne die Hilfe der Sowjetunion und später Venezuelas wäre es wohl kaum gelungen. Dass heute Familienüberweisungen aus dem Ausland eine wichtige Stütze der Wirtschaft sind, gilt beileibe nicht nur für Kuba. Doch auch dies hatten sich die Klassiker anders vorgestellt, wenn die Produktionsverhältnisse zum Hindernis für die Produktivkraftentwicklung werden und dieser Widerspruch – über den Hebel des Klassenkampfes – zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise in einer sozialistischen führen würde.

Ein wichtiges Buch, das an vielen Ansatzpunkten zum Nachdenken anregt.

Robert Lessmann

⇒ von Seite 33: IVAN ILLICH

weise Resultate, sondern eigenwillige, die „Experten“ der postindustriellen Welt entlarvende Freunde und Freundinnen, mit denen er in endlosen Nachtgesprächen, bei Spaghetti und Rotwein, zukünftige Welten sondierte. Zudem interessierten ihn immer stärker exotische, dem Aussterben nahe Sprachen, wo er deren Verwandlung in taube „Informationssysteme“ festzustellen meinte.

Außerdem ging es ihm um „Konvivibilität“, um kreative Lebens- und Arbeitsgemeinschaften – was er in seinen späten Jahren im Umkreis der Frauenhistorikerin Barbara Duden an der Universität Bremen, als spätes Lebensglück, fand – und wo er 2013 friedlich (wenn auch, als attraktiver Mann, gepeinigt von einem entstellenden Karzinom im Gesicht) aus der Welt schied.

Vorher noch reizte Ivan Illich ein starkes Thema, die Beziehung zwischen Mann und Frau aus der Sicht der Verteilung von Arbeit. Daraus entstand „Gender – zu einer historischen Kritik der Gleichheit“ (1992). Illich, infolge seiner fabelhaften Lateinkenntnisse stark im Mittelalter positioniert, enervierte damit die erstarkende Phalanx des internationalen Feminismus. In einem inzwischen legendären Symposium an der *University of California* gab es schärfsten intellektuellen Kampf. Illichs These von der „asymmetrischen Komplementarität der vormodernen Geschlechterverhältnisse“ wurde von den feministischen Professorinnen erbarmungslos verworfen, auch lächerlich gemacht und als Proto-Faschismus entlarvt... Schwamm darüber!

Who are you, Ivan Illich? Es wäre banal, ihn als großen Österreicher anzusprechen. Denn er war der größte. Zu fassen nur als prophetischer Geist, dessen Reden und Schriften uns die Abgründe der postindustriellen Gesellschaft, in denen wir heute strampeln, erahnen lassen.

Postscriptum: Am ehesten lässt sich Ivan Illich begreifen, wenn man das lange Radio-Interview des kanadischen Journalisten Cayley mit Illich durcharbeitet. Deutsche Fassung siehe David Cayley, Ivan Illich: *In den Flüssen nördlich der Zukunft*. Letzte Gespräche über Religion und Gesellschaft. Verlag C.H. Beck, München 2006, 277 Seiten. ■

BUNNY WAILER, SOUL REBEL AUS TRENCHTOWN



Nachruf von Werner Zips

Bunny Wailer, Bob Marleys kongenialer Counterpart und Mitbegründer der *Wailing Wailers*, hat am 2. März 2021 seine „große Reise nach mystischer Tradition“ angetreten (wie *Rastas* den Übergang zur Transzendenz umschreiben), rund vier Jahrzehnte nach dem King of Reggae, dem er zeitlebens tief verbunden blieb.

Für seine beiden Marley-„Livications“ erhielt er jeweils einen Grammy (die Alben *Time will Tell*, 1990 und *Hall of Fame*, 1995), obwohl es sein Meisterwerk *Blackheart Man* (1976) viel eher verdient hätte. Für viele Menschen, selbst in Jamaika, stand er im Schatten von Bob Marley und Peter Tosh.

Wem das Privileg zuteil wurde, einen seiner recht raren Live-Auftritte miterleben zu dürfen, wird das zeitlebens nicht vergessen. Jah B – wie ihn seine Fans nannten – besaß charismatische Präsenz, die sogar Pablo Escobar zur sofortigen Flucht getrieben hätte. Er war ein wahrer „Soul Rebel of Defiance“, wie ihn die original Wailers besungen haben. Mit all der Bedeutungsvielfalt von Defiance im Deutschen: Auflehnung, Widerstand, Ungehorsam, Herausforderung usw.

Einheit in Verschiedenheit

Bunny Wailer-Konzerte waren eine Art Rasta-Offenbarung. Dabei ging es ihm im Kern um Einheit – U.N.I.T.Y. Ganz nach dem Rasta-Prinzip: „United we stand, divided we fall!“ Es meint auch die Unteil-

barkeit von *Reggae*, *Rastafari* und letztlich der gesamten Menschheit. Aufspaltung und Separation waren für ihn Erscheinungsformen der Apartheid. Sein Credo „One People, One Race, One Earth“ widerspricht sich nicht mit seiner beißenden Kritik an Versklavung, Kolonialismus und Rassismus. Im Zentrum seines Denkens und künstlerischen Schaffens stand demnach das durch die Sklaverei „verlorene“ Afrika, sein eindringlich beschworenes „Dreamland“. Wengleich sein sehnlichster Wunsch, noch bei Lebzeiten nach Afrika repatriert zu werden, leider nicht in Erfüllung ging. Doch im übertragenen Sinn war Jah B längst Afrikas Botschafter im „Rest der Welt“.

Ganz im Sinne der universalen Bedeutung von Reggae, die Bunny Wailer so umreißt (in einem Interview vom 24. Mai 1997, anlässlich seines umjubelten ersten Österreich-Konzerts): „Reggae-Musik ist nicht nur dazu da, um Botschaften auszusenden. Schon richtig, sie handelt von Geschichte, Wahrheit und Rechten. Aber sie will auch, dass Menschen dazu tanzen und sich amüsieren. Denn die Wurzel der Musik ist zuallererst, die Jugend anzusprechen. Dancehall ist der Ort der Anfänge von Reggae. Alle Menschen weltweit lieben zu tanzen. Tanzen ist jene Ausdrucksweise, die das Herz, den Verstand, die Seele und den Geist bewegt.“

Der Ursprungsort dieser Musik war ein Ghettobezirk mitten in Kingston, der durch die Wailers Weltruhm erlangte: *Trenchtown*. Eigentlich besteht er nur aus dreizehn staubigen Straßen. Für Jah B „ein Viertel, wo arme Menschen um ihr Überleben kämpften. Trenchtown war diese Art von Ort, der einem das Gefühl gab, in Hollywood zu leben, obwohl man zu den unterprivilegierten Menschen gehörte. Weil Du dort mitten im Zentrum warst. Alles, was man sich in seinen kühnsten Träumen vorstellen mochte, geschah in Trenchtown, einfach alles.“

In manchen Teilen Afrikas wird die letzte Reise des irdischen Daseins so umschrieben: „Er ist ins Dorf (der Ahnen) gegangen.“ Darin sieht man keinen Grund zur Trauer, denn dort warten bereits Angehörige und „good old friends (we lost)“. Im Falle Bunny Wailers heißt das Dorf Trenchtown/Afrika und die Freunde Robert Nesta (Marley) und Peter (Tosh).■

➔ von Seite 35: KURZNACHRICHTEN: CHILE

gionen fanden am 13. Juni Stichwahlen statt. Die rechte Koalition *Vamos Chile* stellte insgesamt sieben Kandidat:innen und verlor alle Stichwahlen. Damit bleibt dem Bündnis lediglich das Mandat in der Region *La Araucanía*, was bereits nach der ersten Runde feststand. „Die Rechte ist in Chile zur dritten Kraft geworden. Sie hat nur die Region gewonnen, in der sie immer gewinnt“, sagte der Politikwissenschaftler Carlos Correa.

Dahingegen erreichte der Block *Unidad Constituyente*, bestehend aus den Demokratischen Christen (DC) und der Sozialistischen Partei (PS), sieben Mandate. Die *Unidad Constituyente* stellt nun zehn der insgesamt 16 Gouverneur:innen. Davon gehören jeweils vier Gouverneur:innen der DC und der PS an. Die zwei weiteren gewählten Personen traten als Unabhängige an. Zudem erlangte das linke Parteienbündnis *Frente Amplio* den Wahlsieg in zwei Regionen. In den übrigen fünf Regionen setzten sich unabhängige Kandidat:innen durch.

Von hoher politischer Relevanz ist die Metropolregion Santiago. Hier gewann Claudio Orrego, Kandidat der DC, gegen die linke Kandidatin der *Frente Amplio*, Karina Oliva. Oliva betonte jedoch, dass „wir nicht nur verloren, sondern auch gewonnen haben“ und dass „die Menschen nun wissen, dass es eine Regierungsalternative gibt“.

Auch Daniel Jadue, Präsidentschaftskandidat der Kommunistischen Partei (PC), hob den Erfolg der Linken hervor: „Noch vor ein paar Monaten hätte sich niemand vorstellen können, dass die Rechte so untergehen würde. Niemand hätte sich vorstellen können, dass eine linke Kraft so konkurrenzfähig in dieser Region [Santiago] sein würde.“

Die Wahlbeteiligung war indessen sehr gering und lag bei lediglich 19,6 Prozent. Dies stellt die niedrigste Teilnahme dar, seitdem im Jahr 2012 die Wahlpflicht abgeschafft wurde. Gründe dafür könnten die Ausnahmesituation durch die Covid-19-Pandemie sowie das geringe öffentliche Interesse an den Regionalwahlen sein.

Das Resultat der Regionalwahlen ist zudem für viele Expert:innen richtungweisend für die im November stattfindenden Präsidentschaftswahlen. Laut Umfragen liegt dabei Jadue, Kandidat der Kommunistischen Partei, momentan vorne.